



Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Statistischer Jahresbericht

2002

Impressum

Bestell-Nr. Z 41 1 2002 00

Herausgegeben vom

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf • Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf

Telefon 0211 9449-01 • Telefax 0211 442006

Internet: <http://www.lds.nrw.de>

E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

Pressestelle

Telefon 0211 9449-2521 und -2518 • Telefax 0211 9449-3320

E-Mail: pressestelle@lds.nrw.de

Zentrale Information und Beratung

Telefon 0211 9449-2525 und -2495 • Telefax 0211 9449-2104

E-Mail: statistik-info@lds.nrw.de

Erschienen im April 2003

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf 2003

Die Verbreitung durch die Presse ist mit Quellenangabe erwünscht; wir bitten um einen Beleg. Im Übrigen sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt

Schwerpunktthema

Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis – Entwicklungen und Trends 1998 bis 2002.....	7
--	---

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Bevölkerung	13
Konjunktur und Arbeitsmarkt	15
Verdienste, Arbeitszeiten, Arbeitskosten.....	18
Verbraucherpreise	20
Außenhandel	22
Gewerbemeldungen, Insolvenzen	26
Industrie, Handwerk, Energieversorgung	28
Bauwirtschaft.....	33
Bautätigkeit und Wohnungsbestand	35
Flächennutzung, Landwirtschaft	36
Groß- und Einzelhandel	40
Reiseverkehr, Messen	41
Dienstleistungen	43
Verkehr	44
Umwelt	47
Öffentliche Finanzen	51
Gesundheitswesen und Soziales	57
Schulen, Hochschulen, Aus- und Fortbildung	61

Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis – Entwicklungen und Trends 1998 bis 2002

Zu den wesentlichen Kennzeichen des Veränderungsprozesses auf dem Arbeitsmarkt gehört die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Arbeitsverhältnisse. Damit verbindet sich die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze. Unternehmen sehen in Teilzeit und Flexibilisierung Instrumente zur Optimierung des Personaleinsatzes, für die Beschäftigten sind sie eine Chance, persönliche und berufliche Erfordernisse besser in Einklang zu bringen.

Mit der Ausweitung dieser flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitsformen ist allerdings auch ein Rückgang der traditionellen Normalarbeitsverhältnisse verbunden, die durch unbefristete Vollzeitätigkeit und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gekennzeichnet sind. Vor dem Hintergrund sich erneut verschärfender Probleme auf dem Arbeitsmarkt wird daher die Bedeutung von flexiblen Arbeitsverhältnissen für die Erwerbstätigkeit und das Normalarbeitsverhältnis dargestellt.

Im Jahre 2002 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der sich abschwächenden Konjunktur verschlechtert. Nach Ergebnissen des Mikrozensus, einer einmal jährlich durchgeführten repräsentativen Befragung bei einem Prozent der Haushalte, lag die Zahl der Erwerbstätigen im April 2002 um 66 000 oder 0,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Damit war die Erwerbstätigenzahl erstmals seit 1998 wieder rückläufig. Zwischen 1998 und 2001 war die Zahl der Erwerbstätigen um 281 000 gestiegen, das entsprach einer Zunahme von 3,8 Prozent. Dieser Anstieg betraf fast ausschließlich die abhängig Erwerbstätigen, auf die sich alle nachfolgenden Aussagen beziehen.

Der Trend steigender Frauenerwerbstätigkeit bei gleichzeitigem Rückgang der Männererwerbstätigkeit setzte sich in den letzten Jahren fort. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg zwischen 1998 und 2002 von 2,79 Millionen auf 3,04 Millionen (+9,2 Prozent). Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der erwerbstätigen Männer von 3,86 auf 3,81 Millionen zurück. Dies steht in engem Zusammenhang mit der anhaltenden Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze, die weit überwiegend von Frauen besetzt werden. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen zeigte sich hingegen eine rückläufige Tendenz.

Die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen ist zwischen 1998 und 2002 von 1,25 Millionen auf 1,55 Millionen deutlich angestiegen, so dass allein aufgrund des Anstiegs der Teilzeiterwerbstätigen eine positive Entwicklung bei der Erwerbstäti-

Erwerbstätigkeit 1998 - 2002

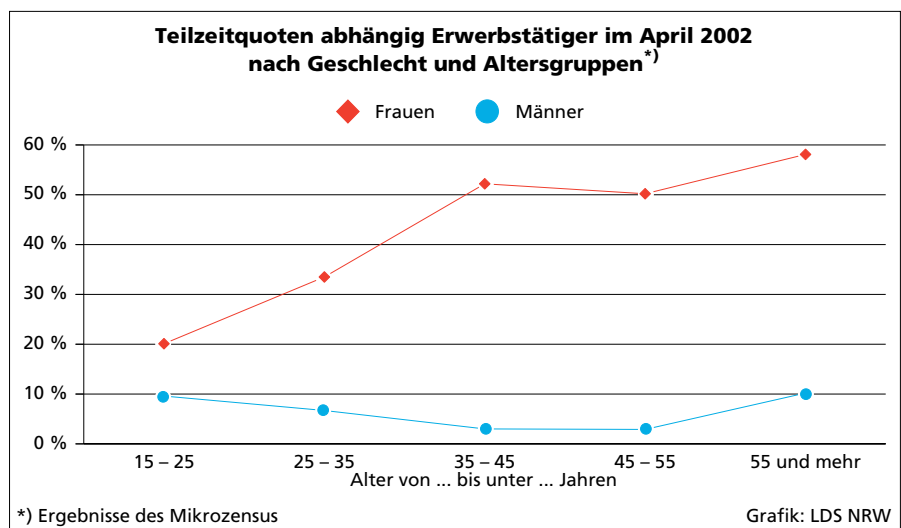
Teilzeiterwerbstätigkeit

genzahl insgesamt zu verzeichnen war. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen ist von 18,8 Prozent auf 22,6 Prozent gestiegen.

Teilzeitbeschäftigung ist noch immer eine Domäne der Frauen. 1998 waren 39,0 Prozent der Frauen Teilzeit erwerbstätig, im Jahr 2002 waren es bereits 44,0 Prozent. Bei Männern kommt der Teilzeiterwerbstätigkeit hingegen eine deutlich geringere Bedeutung zu. 2002 waren lediglich 5,4 Prozent der Männer Teilzeit erwerbstätig.

Für Männer ist Teilzeit allenfalls an den Altersrändern, d. h. beim Berufseinstieg und dem Übergang in den Ruhestand von gewisser Bedeutung. Bei den 15- bis unter 25-jährigen ist dies vor allem auf Teilzeit erwerbstätige Schüler und Studierende zurückzuführen. Bei den 55-jährigen und Älteren ist dagegen Altersteilzeit vor dem Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand die Ursache.

Bei jüngeren Frauen bis 34 Jahren ist die Teilzeitbeschäftigung unterdurchschnittlich ausgeprägt; bei Ihnen dominiert das Interesse an Vollzeitarbeit. Von den 35- bis 54-jährigen ist etwa jede Zweite Teilzeit tätig. Die höchsten Teilzeitquoten weisen auch bei den Frauen die Erwerbstätigen ab dem 55. Lebensjahr auf, da die Möglichkeiten der Altersteilzeit vielfach in Anspruch genommen werden.



Die Motive zur Ausübung einer Teilzeittätigkeit unterscheiden sich zwischen Männern und Frauen erheblich. Während bei rund 70 Prozent der Frauen persönliche und familiäre Verpflichtungen der wichtigste Grund für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit sind, hat dieser Punkt nur bei rund 16 Prozent der Männer Relevanz. Für Männer ist Aus- oder Fortbildung der wichtigste Grund für

eine Teilzeittätigkeit. Nur rund 6 Prozent der Frauen übten eine Teilzeittätigkeit aus, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten, bei den Männern waren es rund 18 Prozent.

Als geringfügig wird ein Beschäftigungsverhältnis bezeichnet, wenn die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 15 Stunden beträgt und das Einkommen einen monatlichen Höchstbetrag nicht überschreitet. 2002 lag dieses Limit bei 325 Euro, 1998 waren es 610 DM.

Auch die geringfügige Beschäftigung hat zugenommen. Im April 2002 waren 8,4 Prozent der Erwerbstätigen geringfügig beschäftigt, 1998 waren es noch 6,6 Prozent. Frauen arbeiten deutlich häufiger in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen als Männer. Allein von 1998 bis 2002 stieg der Anteil der geringfügig Beschäftigten bei den Frauen von 12,1 Prozent auf 15,5 Prozent. Bei den Männern blieb dieser Anteil fast unverändert und lag 2002 bei 2,8 Prozent.

In den letzten Jahren ist der Anteil der Erwerbstätigen mit befristeten Arbeitsverträgen leicht angestiegen, von 11,2 Prozent im Jahre 1998 auf 11,6 Prozent in 2001. Im Jahre 2002 war ein leichter Rückgang auf 11,3 Prozent zu verzeichnen. Dies kann auf die schwierige Lage am Arbeitsmarkt zurückgeführt werden, in der befristete Verträge seltener verlängert werden. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind in Bezug auf befristete Beschäftigungsverhältnisse kaum gegeben.

Die Befristung von Arbeitsverträgen wird vor allem als verlängerte Probezeit bei Neueinstellungen oder für flexiblen Personaleinsatz genutzt, z. B. für die Laufzeit bestimmter Aufträge. Insbesondere bei Berufsanfängern kommt daher die Befristung von Arbeitsverhältnissen in hohem Maße und mit steigender Tendenz zum Tragen. 1998 waren rd. ein Drittel der Beschäftigungsverhältnisse von Männern im Alter von 15 bis unter 30 Jahren befristet, im Jahr 2002 waren es bereits knapp 40 Prozent. Bei Frauen dieser Altersgruppe lag der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit befristetem Arbeitsvertrag zwar deutlich niedriger, doch auch bei ihnen zeigte sich ein deutlicher Anstieg von 28,6 Prozent auf 33,4 Prozent in 2002.

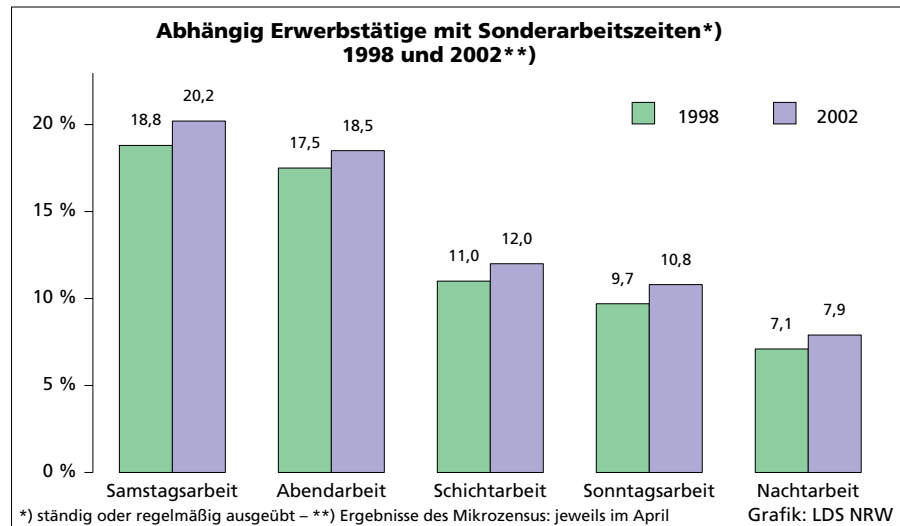
Die Ausweitung der Öffnungszeiten im Handel, bei Banken und anderen Dienstleistern erfordert mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung. Tatsächlich haben insbesondere die Wochenend-, Abend- und Schichtarbeit zugenommen.

Geringfügige Beschäftigung

Befristete Beschäftigung

Sonderarbeitszeiten

Die verbreitetsten Sonderarbeitszeitformen sind Samstags- und Abendarbeit. Im April 2002 hat ein Fünftel der abhängig Erwerbstätigen ständig oder regelmäßig an Samstagen gearbeitet, der Anteil derjenigen mit Abendarbeit lag nur knapp darunter.



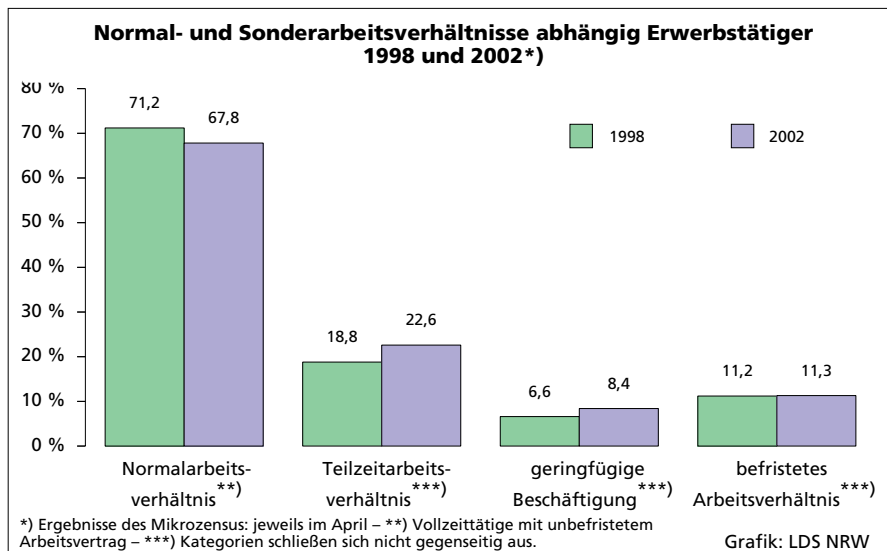
Auch die Schichtarbeit hat im Zuge der Ausweitung von Beratungs- und Serviceleistungen, die rund um die Uhr angeboten werden, wieder zugenommen. Im April 2002 lag dieser Anteil bei rund 12 Prozent.

Sonntagsarbeit unterliegt kulturellen und rechtlichen Einschränkungen. Das erklärt den deutlich niedrigeren Anteil. Immerhin musste jede(r) Neunte ständig oder regelmäßig an Sonntagen arbeiten. Mit knapp 8 Prozent lag der Anteil der Erwerbstätigen mit ständiger oder regelmäßiger Nachtarbeit vergleichsweise niedrig.

Als „Normalarbeitsverhältnis“ werden hier abhängige Beschäftigungsverhältnisse verstanden, die in Vollzeit ausgeübt werden und die keine zeitliche Befristung des Arbeitsvertrages aufweisen.

Diese Bedingungen trafen 1998 bei 71,2 Prozent der abhängig Erwerbstätigen zu. Bis 2002 ging dieser Anteil jedoch auf 67,8 Prozent zurück. Entsprechend der höheren Teilzeitquote ist das Normalarbeitsverhältnis bei Frauen deutlich seltener gegeben als bei Männern. Im Jahr 2002 waren lediglich 47,5 Prozent der Frauen in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt. Bei Männern hingegen ist das Normalarbeitsverhältnis vorherrschend. 84,1 Prozent stehen in einem Normalarbeitsverhältnis. Wenn sich der Trend einer Zunahme von Teilzeiterwerbstätigkeit und geringfügiger Beschäftigung auch in Zukunft fortsetzt, wird das Normalarbeitsverhältnis weiter an Boden verlieren.

Normalarbeitsverhältnisse



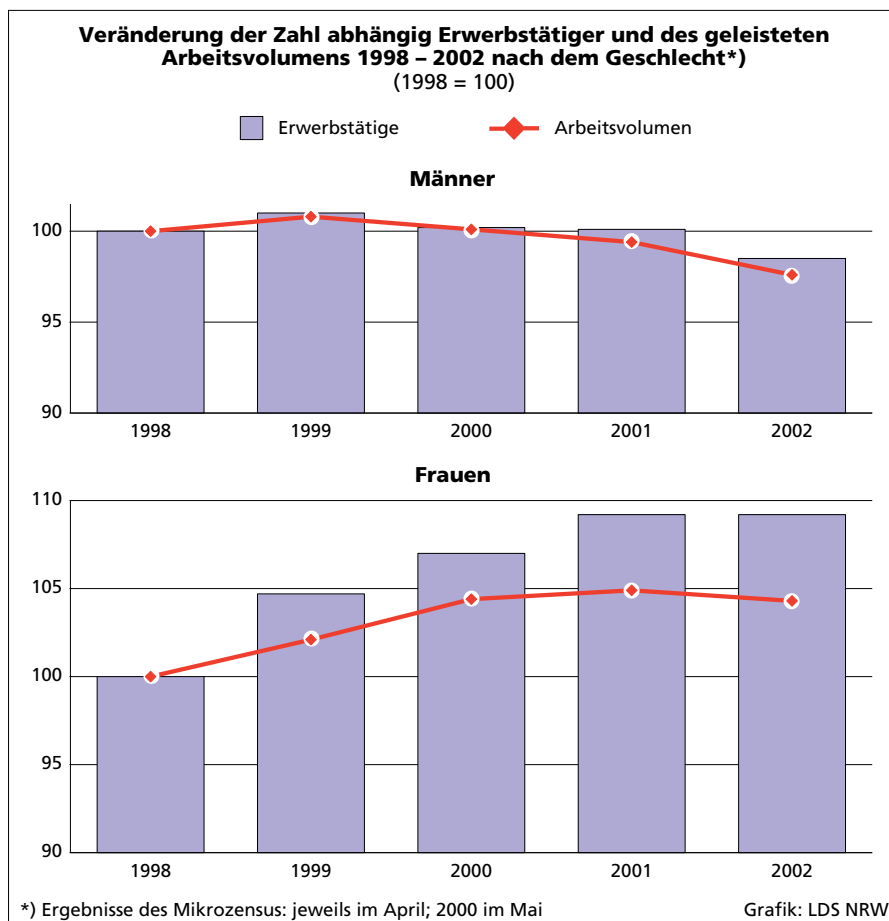
Die Bedeutung der Teilzeitarbeit und geringfügigen Beschäftigung für den Umfang der Erwerbstätigkeit wird deutlich, wenn das Arbeitsvolumen in Beziehung zur Zahl der Erwerbstätigen gesetzt wird. Das Arbeitsvolumen wird hier definiert als die Summe der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen in der Berichtswoche. Überstunden und krankheits- oder urlaubsbedingte Abwesenheit werden hierbei nicht berücksichtigt.

Insgesamt lag das Arbeitsvolumen der abhängig Erwerbstätigen im Jahre 2002 wieder auf dem Niveau von 1998. Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen stieg jedoch in diesem Zeitraum um 3,0 Prozent. Ursächlich hierfür ist vor allem die Ausweitung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung. Da Frauen in wesentlich höherem Maße Teilzeitarbeitsplätze in Anspruch nehmen oder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen als Männer, unterscheidet sich auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigenzahlen zwischen den Geschlechtern deutlich.

Während das Arbeitsvolumen und die Zahl der Erwerbstätigen bei den Männern rückläufig waren und weitgehend parallel verliefen, entwickelten sich Arbeitsvolumen und Erwerbstätigenzahl bei den Frauen immer weiter auseinander. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen wuchs stärker als das Arbeitsvolumen, da sich durch die Ausweitung von Arbeitsplätzen mit geringem Zeitumfang das vorhandene Arbeitsvolumen auf eine wachsende Zahl erwerbstätiger Frauen verteilte. Immer mehr Frauen sind mit im Durchschnitt sinkender Wochenarbeitsstundenzahl erwerbstätig geworden.

Wirkung von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung

Mehr Erwerbstätige bei konstantem Arbeitsvolumen



Teilzeitarbeit hat sich auch in rezessiven Phasen als ausbaufähig erwiesen und zu mehr Beschäftigung geführt. Offensichtlich wirken sich die verschiedenen Maßnahmen zur Förderung von Teilzeitarbeit, zuletzt das ab 1.1.2001 gültige Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), positiv aus.

Fazit

Die Ergebnisse zur Erwerbstätigenentwicklung 2002 lassen folgende Tendenzen erkennen:

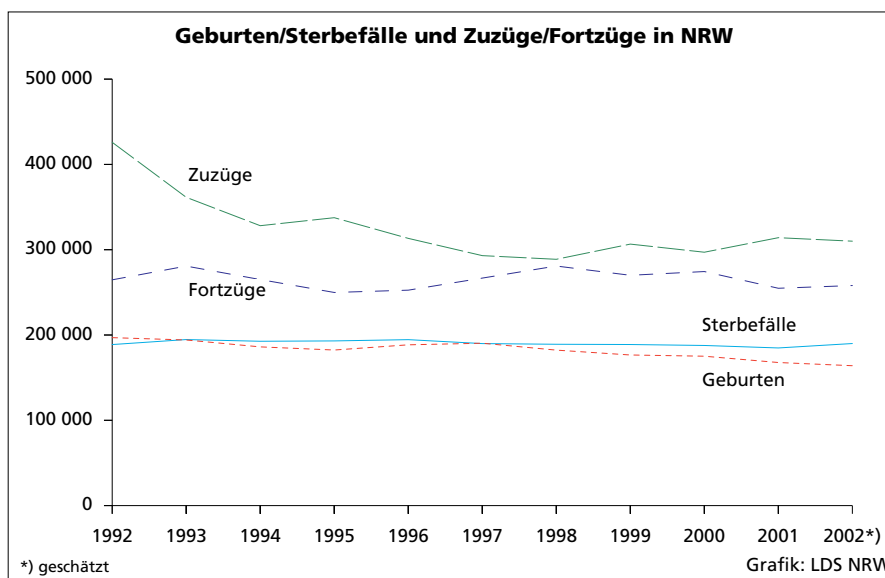
- Flexible Beschäftigungsverhältnisse haben weiter an Bedeutung gewonnen, dies gilt insbesondere für die – politisch geförderte – Teilzeitarbeit. Allerdings waren im April 2002 im Vergleich zum Vorjahr das Arbeitsvolumen und die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze rückläufig.
- Der Erwerbstätigenzuwachs der vergangenen Jahre war wesentlich auf die Ausweitung von Teilzeit-Arbeitsplätzen und geringfügigen sowie befristeten Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen. Damit war allerdings auch ein rückläufiger Anteil an Normalarbeitsverhältnissen verbunden. Zwar kann nicht von einer Erosion der Normalarbeitsverhältnisse gesprochen werden, dennoch ist ein Rückgang von dauerhaften Vollzeitarbeitsplätzen mit sozialer und materieller Sicherheit erkennbar.

Bevölkerung

Ende 2002 lebten in Nordrhein-Westfalen nach ersten Schätzungen rund 18 078 000 **Einwohner**, das waren etwa 26 000 mehr als zu Jahresbeginn. Bei einer Landesfläche von 34 080 km² erreichte die Bevölkerungsdichte einen Wert von 530 Einwohnern je km² und war damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Einwohnerzahl weiter gestiegen

Die Zahl der Geborenen war weiter rückläufig und erreichte mit etwa 164 000 den niedrigsten Wert seit anderthalb Jahrzehnten, während die Zahl der Gestorbenen mit 190 000 etwa auf Vorjahresniveau lag. Angesichts eines Negativsaldos von 26 000 aus diesen beiden Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung war – wie schon in den vergangenen Jahren – der Bevölkerungsanstieg ausschließlich darauf zurückzuführen, dass 52 000 Personen mehr nach Nordrhein-Westfalen zogen als das Land verließen, somit der Wanderungssaldo den Sterbefall-Überschuss mehr als ausgleichen konnte.

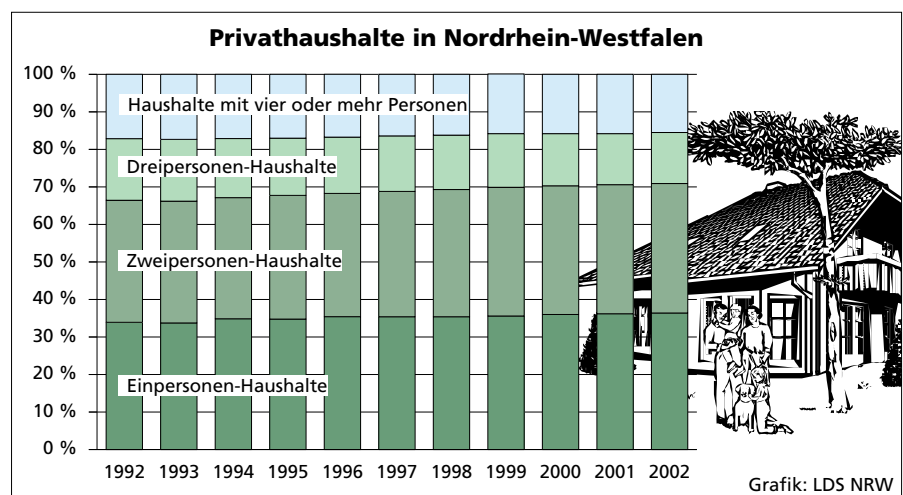


Die Zahl der **Eheschließungen** lag 2002 mit rund 90 000 wie auch schon im Vorjahr (2001: 89 500) unter dem Niveau der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts. Die Zahl der **Scheidungen** nahm dagegen weiter zu: Im Jahr 2001 (die Ergebnisse für 2002 werden in einigen Wochen vorliegen) wurden in NRW 46 900 Ehen geschieden, 3,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit wurde das bisherige Rekordergebnis von 1998 (damals: 45 250 Scheidungen) nochmals übertroffen. Die meisten Ehen scheiterten nicht im „verflixten siebten Jahr“, sondern nach einer Dauer von sechs (3 102), fünf (3 083) bzw. vier (2 911) Jahren. In 4 432 Fällen hatte die Ehe schon mehr als 25 Jahre bestanden, in 20 Fällen sogar mehr als 50 Jahre.

Weniger Eheschließungen, mehr Scheidungen

Anfang 2002 lebten in Nordrhein-Westfalen 1 939 000 **Ausländerinnen und Ausländer**; damit war jede(r) neunte Einwohner(in) (10,7 Prozent) nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Die größte Nationalitätengruppe bildeten mit 651 400 die Türcinnen und Türken; weitere 490 800 Personen stammten aus einem der EU-Staaten. 22 Prozent der ausländischen Bevölkerung waren jünger als 18 Jahre, nur 9,3 Prozent waren 60 Jahre oder älter. Gut zwei Drittel (68,3 Prozent) der ausländischen Mitbürger leben schon seit mindestens acht Jahren in Deutschland, mehr als jeder vierte (27,3 Prozent) kann sogar schon auf eine Aufenthaltsdauer von mindestens 25 Jahren zurückblicken.

Wie viele **Einbürgerungen** im Jahre 2002 zu verzeichnen waren, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. 2001 waren in NRW 60 600 Menschen eingebürgert worden, 7,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die meisten der Eingebürgerten stammten aus der Türkei (29 100); 4 300 kamen aus dem Iran, 3 200 aus Jugoslawien¹, 2 400 aus Marokko und 2 000 aus Sri Lanka.



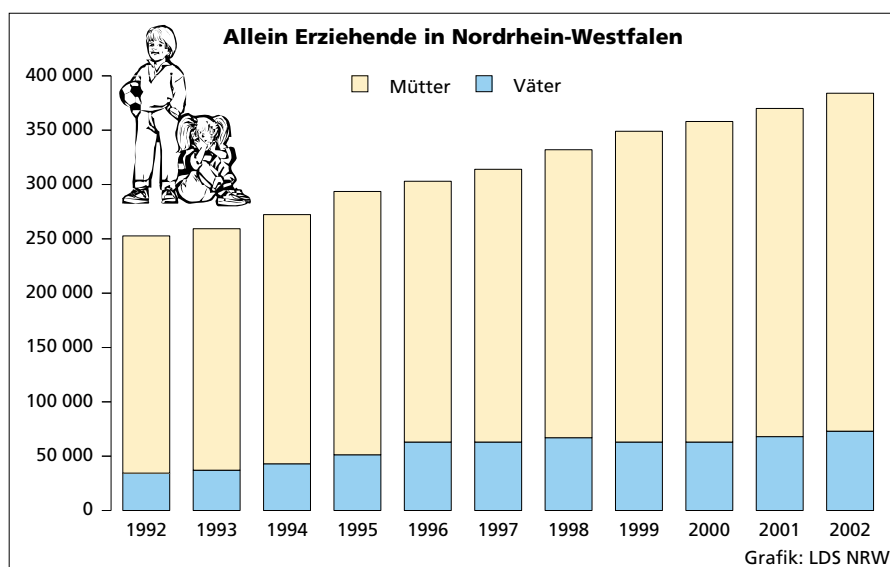
Trend zu kleineren Haushalten

Die in den letzten Jahren beobachtete Tendenz zu kleineren Haushalts- und Familiengrößen setzte sich auch 2002 fort. Weiterhin stellten Singlehaushalte mit 36,4 Prozent (2001: 36,2 Prozent) den höchsten Anteil an den insgesamt 8 415 000 **Privathaushalten**. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte erhöhte sich mit 34,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (34,4 Prozent) geringfügig, dagegen ging jener der Haushalte mit drei oder mehr Personen von 29,4 auf 29,1 Prozent zurück. Noch vor 10 Jahren war dieser Haushaltstyp mit 33,6 Prozent am stärksten vertreten gewesen.

¹ Serbien und Montenegro

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im Mai 2002 nach Alter – Ergebnisse des Mikrozensus –			
	Bevölkerung insgesamt		darunter in Einpersonenhaushalten	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
unter 35	7 082 300	39,3	734 700	24,0
35 – 45	2 925 400	16,2	443 000	14,5
45 – 55	2 435 500	13,5	320 100	10,4
55 – 65	2 355 700	13,1	392 400	12,8
65 und mehr	3 241 100	18,0	1 173 300	38,3
Insgesamt	18 040 100	100	3 063 500	100

Von den allein Lebenden waren, wie die Tabelle zeigt, 2001 weit mehr als ein Drittel (38,3 Prozent) mindestens 65 Jahre alt; nur etwa jeder vierte Single war jünger als 35. Mehr als jede(r) dritte Senior(in) an Rhein und Ruhr lebte demnach allein. Von den unter 35jährigen war nur jede(r) Zehnte ein Single.



Kaum eine Veränderung gab es in den letzten fünf Jahren bei der Zahl der Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren; mit 2,001 Millionen (1997: 1,996 Millionen) betrug ihr Anteil an den insgesamt 6,990 Millionen Familien (1997: 6,904 Millionen) 28,6 Prozent. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der allein Erziehenden seit 1990 um mehr als die Hälfte zugenommen: Mitte 2002 erzogen 311 000 Mütter und 73 000 Väter ihre Kinder allein; sie stellten damit 19,2 Prozent aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren.

**311 000 Mütter und 73 000 Väter
erziehen allein**

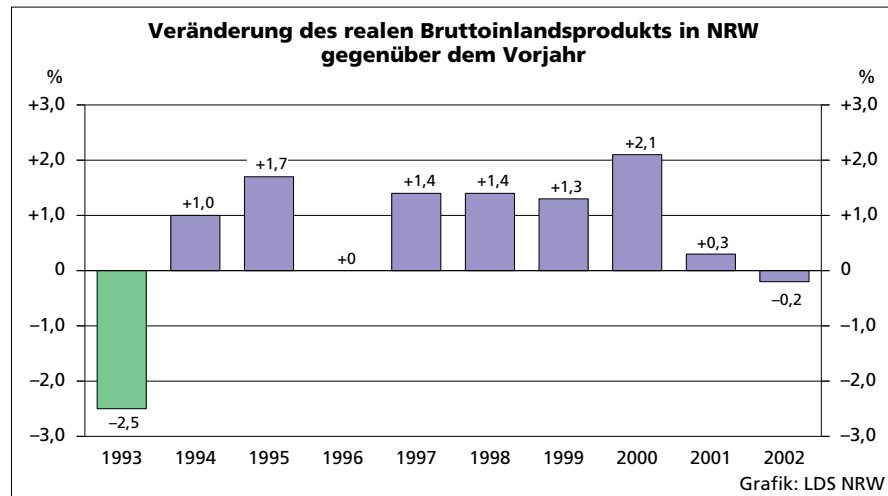
Konjunktur und Arbeitsmarkt

Das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens war im Jahr 2002 nominal um 1,7 Prozent höher als im Jahr zuvor. Real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, ergab sich hingegen eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr

**Bruttoinlandsprodukt
nominal +1,7 Prozent ...**

... real **-0,2 Prozent**

um 0,2 Prozent. Damit fiel das Ergebnis besser aus, als nach der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für die erste Jahreshälfte 2002 (nominal: +0,7 Prozent; real: -1,0 Prozent) zu erwarten gewesen war.



Negative Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe (real -1,1 Prozent) und im Baugewerbe (real -7,7 Prozent), trugen maßgeblich zum konjunkturellen Abschwung in NRW bei. Dagegen konnte in den Bereichen „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ sowie „Energie- und Wasserversorgung“ zusammen ein reales positives Wachstum (+3,6 Prozent) verzeichnet werden.

Stabilisierend wirkte sich auch die überdurchschnittliche Zunahme in den Dienstleistungsbereichen (+1,1 Prozent) aus. Aufgrund der auch weiterhin anhaltenden staatlichen Sparmaßnahmen konnte die Zunahme im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ (+1,6 Prozent) die rückläufigen Entwicklungen jedoch nicht vollständig kompensieren.

Insgesamt belief sich das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen (abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter), in Nordrhein-Westfalen 2002 nominal auf rund 464 Milliarden Euro. Im Durchschnitt erwirtschaftete jede(r) an der Produktion beteiligte Erwerbstätige eine Leistung von 55 605 Euro.

Die Gesamtzahl der **Erwerbstätigen**² in Nordrhein-Westfalen sank im Jahr 2002 in demselben Maße, in dem sie im Vorjahr angestiegen war, und zwar auf rund 8,344 Millionen Personen. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren das

² Dazu zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch die Beamten, geringfügig Beschäftigten, Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörige.

53 200 Personen (-0,6 Prozent) weniger als im Jahre 2001. Damit liegt der Rückgang in NRW genau im Trend des Ergebnisses für das gesamte Bundesgebiet. In den Jahren 1996 bis 2001 hatte die Erwerbstätigkeit in NRW um 7,6 Prozent zugenommen (Deutschland insgesamt: +4,4 Prozent).

Bundesland	Erwerbstätige nach Bundesländern		
	2001	2002	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in Prozent
	Anzahl		
Baden-Württemberg	5 367 400	5 359 000	-0,2
Bayern	6 295 200	6 278 000	-0,2
Berlin	1 556 200	1 533 000	-1,5
Brandenburg	1 044 900	1 023 200	-2,1
Bremen	391 000	389 500	-0,4
Hamburg	1 052 600	1 045 600	-0,7
Hessen	3 022 800	3 009 100	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	734 600	723 800	-1,5
Niedersachsen	3 483 900	3 485 800	+0,1
Nordrhein-Westfalen	8 397 000	8 343 800	-0,6
Rheinland-Pfalz	1 761 800	1 761 700	-0,0
Saarland	511 500	505 500	-1,2
Sachsen	1 946 800	1 925 000	-1,1
Sachsen-Anhalt	1 038 100	1 021 000	-1,6
Schleswig-Holstein	1 244 000	1 233 800	-0,8
Thüringen	1 069 200	1 047 000	-2,1
Deutschland insgesamt	38 917 000	38 688 000	-0,6

Der aktuelle Rückgang ist in NRW fast ausschließlich auf die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe zurückzuführen (-3,7 Prozent), wo auch schon in den Vorjahren Stellenabbau bzw. -verlagerungen in andere Wirtschaftsbereiche zu

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige 2002			
	Deutschland		Nordrhein-Westfalen	
	Anzahl	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in Prozent	Anzahl	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in Prozent
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei	955 000	-0,5	124 000	+0,8
Produz. Gewerbe (einschl. Bau)	10 780 000	-3,1	2 281 000	-3,7
Dienstleistungsbereiche	26 953 000	+0,4	5 939 000	+0,6
davon				
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	9 905 000	-0,2	2 222 500	-0,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5 926 000	+0,6	1 308 700	+1,4
öffentliche u. private Dienstleister	11 122 000	+0,9	2 407 900	+1,0
Insgesamt	38 688 000	-0,6	8 344 100	-0,6

beobachten waren. In den Dienstleistungsbereichen hielt dagegen der positive Trend nach wie vor an (+0,6 Prozent) und war auch weiterhin stärker ausgeprägt als in Deutschland insgesamt (+0,4 Prozent). Mit etwa 5,94 Millionen Personen umfasst der Dienstleistungssektor in NRW inzwischen 71,2 Prozent aller Arbeitskräfte.

Erwerbstätige: Positiver Trend im Dienstleistungssektor

Erstmals seit fünf Jahren stieg die Zahl der **Arbeitslosen** 2002 wieder an, und zwar um etwa 46 000 auf rund 812 300 Personen im Jahresdurchschnitt. Damit

wurde der Rückgang seit dem Höchststand 1997 (884 479) gestoppt. Entsprechend entwickelte sich die Arbeitslosenquote von 12,2 (1997) über 9,6 Prozent im Jahre 2001 auf 10,1 Prozent im Jahresdurchschnitt 2002. Eine deutliche Abnahme von etwa 106 200 im Jahr 2001 auf ca. 89 700 im Jahr 2002 war bei der Zahl der offenen Stellen festzustellen.

Mehr zur Entwicklung des Arbeitsmarktes finden Sie im Schwerpunktthema „Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis – Entwicklungen und Trends 1998 bis 2002“ auf Seite 7 ff.

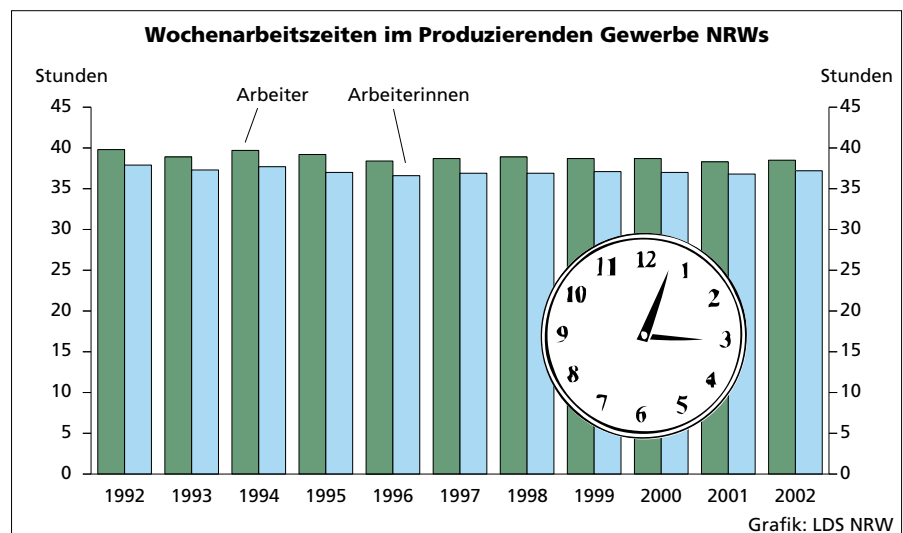
Verdienste, Arbeitszeiten, Arbeitskosten

Bruttomonatsverdienste

+3,5 Prozent

Die durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer³ im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen waren im Oktober 2002 mit 2 908 Euro um 3,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Die **Bruttostundenverdienste** der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴ erhöhten sich 2002 (Stand: jeweils Oktober) um 2,8 Prozent auf 15,18 Euro. Männer verdienten im Mittel 15,55 Euro pro Stunde (+2,7 Prozent), Frauen 11,78 Euro (+2,1 Prozent).



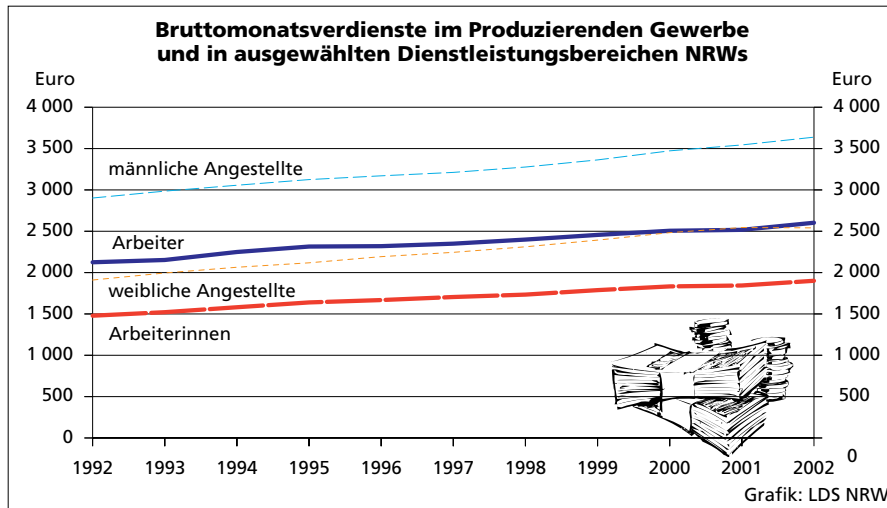
Die bezahlte **Wochenarbeitszeit** der Arbeiterinnen und Arbeiter stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Stunden auf 38,4 Stunden, die nicht durch Freizeit abgegoltenen Mehrarbeitsstunden verringerten sich um 0,1 Stunden auf 1,5 Stunden pro Woche gegenüber 2001. Nach wie vor wurden Überstunden häufi-

³ Arbeiter und Angestellte zusammen

⁴ Arbeiterinnen und Arbeiter aller Leistungsgruppen; einschl. Entgelten für Überstunden, jedoch ohne unregelmäßige oder einmalige Zahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgatifikation usw.)

ger von Männern als von Frauen geleistet: Erstere brachten es 2002 auf 1,6 Mehrarbeitsstunden pro Woche, ihre Kolleginnen auf 0,5 Stunden.

Der **Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter** betrug im Mittel 2 531 Euro, 3,4 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Dabei erreichten die Arbeiterinnen mit einer Wochenarbeitszeit von 37,2 Stunden einen Bruttomonatslohn von 1 901 Euro (+3,0 Prozent); Männer kamen mit 38,5 Stunden auf 2 603 Euro (+3,3 Prozent).



Das durchschnittliche **Bruttomonatsgehalt der Angestellten** im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen⁵ betrug 3 245 Euro; es lag damit um 4,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Männliche Angestellte kamen im Schnitt auf 3 638 Euro (+4,7 Prozent), während weibliche Angestellte (bei allerdings anderen Beschäftigtenstrukturen, z. B. in Bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre) 2 541 Euro (+2,4 Prozent) verdienten.

Im Produzierenden Gewerbe war das Verdienstniveau der Angestellten 2002 mit 3 690 Euro um 2,7 Prozent höher als 2001, während für den anders strukturierten Dienstleistungsbereich ein Gehaltszuwachs um 3,1 Prozent auf 2 866 Euro ermittelt wurde.

Im **Handwerk** beliefen sich die **Bruttomonatsverdienste** der Gesell(inn)en im Mai 2002 im Schnitt auf 2 182 Euro (geg. 2001: +0,7 Prozent), wobei für das Tischlerhandwerk mit 2 231 Euro der höchste und für das Fleischerhandwerk mit 1 866 Euro der niedrigste Durchschnittswert errechnet wurde.

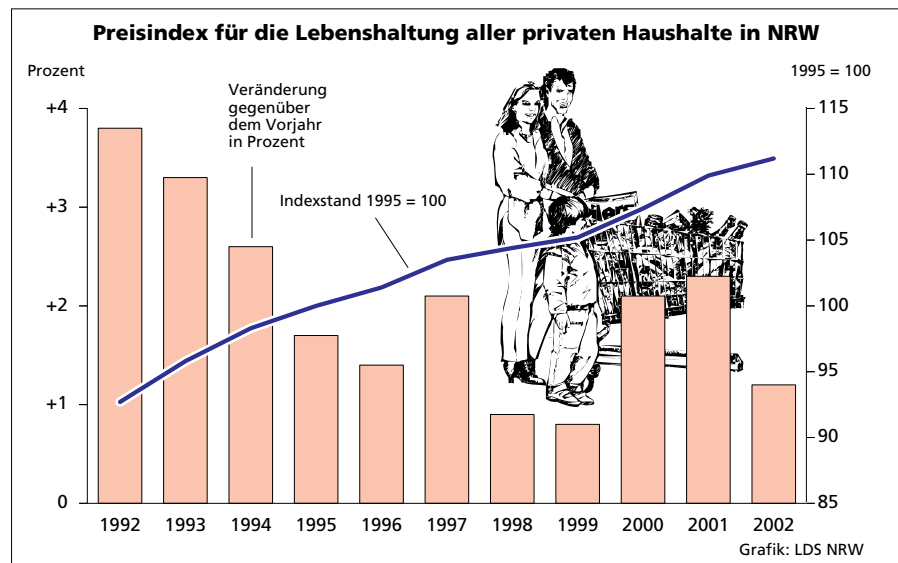
**Verdienste im Handwerk
+0,7 Prozent**

⁵ ohne leitende Kräfte; nur regelmäßige Zahlungen; Produzierendes Gewerbe, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Verbraucherpreise

Teuerungsrate im ersten „Euro-Jahr“ gesunken

Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich im Jahre 2002 ab. Der **Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte stieg gegenüber 2001 um 1,2 Prozent nach +2,3 Prozent im Vorjahr. Die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich im letzten Jahrzehnt um ein Fünftel (2002/1992: +20,0 Prozent) verteuert. Für die Teilindizes der zwölf Ausgabenbereiche des privaten Verbrauchs wurden 2002 Veränderungen zwischen +4,1 Prozent und +0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr ermittelt.



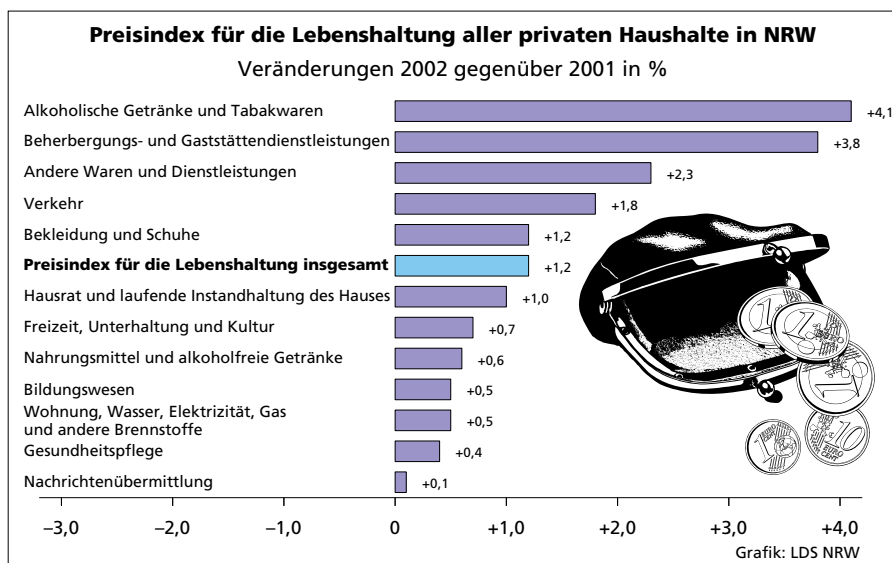
„Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ wurden im Schnitt um 0,6 Prozent teurer; hier kletterten vor allem die Preise für Brot und Backwaren (+3,5 Prozent) sowie Fische und Fischwaren (+3,4 Prozent), während Obst (-1,1 Prozent) und Gemüse (-3,8 Prozent) billiger wurden.

Am stärksten stiegen die Verbraucherpreise in der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+4,1 Prozent); hier verteuerten sich die Tabakwaren um 6,0 Prozent und die alkoholischen Getränke um 2,1 Prozent.

Im Teilindex „Bekleidung und Schuhe“ (+1,2 Prozent) verteuerte sich Bekleidung nur um 0,8 Prozent, Schuhe dagegen um 2,6 Prozent.

In der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“ (+0,5 Prozent) lagen die Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten im Mittel um +1,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Kosten für Haushaltsenergien sanken dagegen um 1,9 Prozent, was besonders auf die Verbilligung

von Heizöl (–8,6 Prozent), Gas (–4,7 Prozent) und Umlagen für Heizung, Warmwasser und Fernwärme (–4,5 Prozent) zurückzuführen ist.



„Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses“ verteuerten sich um 1,0 Prozent. Weiterhin verbraucherfreundlich entwickelten sich die Hauptgruppen „Bildungswesen“ (+0,5 Prozent), „Gesundheitspflege“ (+0,4 Prozent) und „Nachrichtenübermittlung“ (+0,1 Prozent). In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+0,7 Prozent) gaben die Preise im Multimediabereich weiterhin nach (–5,5 Prozent).

In der Hauptgruppe „Verkehr“ (+1,8 Prozent) kletterten die Preise für die Personenbeförderung im Luftverkehr um 6,6 Prozent und im Straßenverkehr um 4,8 Prozent; die Preise für Kraftstoffe stiegen um 2,3 Prozent.

Mit der Einführung des Euro waren vor allem bei der Hauptgruppe „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+3,8 Prozent) Preissteigerungen zu verzeichnen, darunter beim Verzehr in Gaststätten (+4,2 Prozent) und bei den Beherbergungsdienstleistungen (+3,8 Prozent).

**Preise in Gaststätten
+4,2 Prozent**

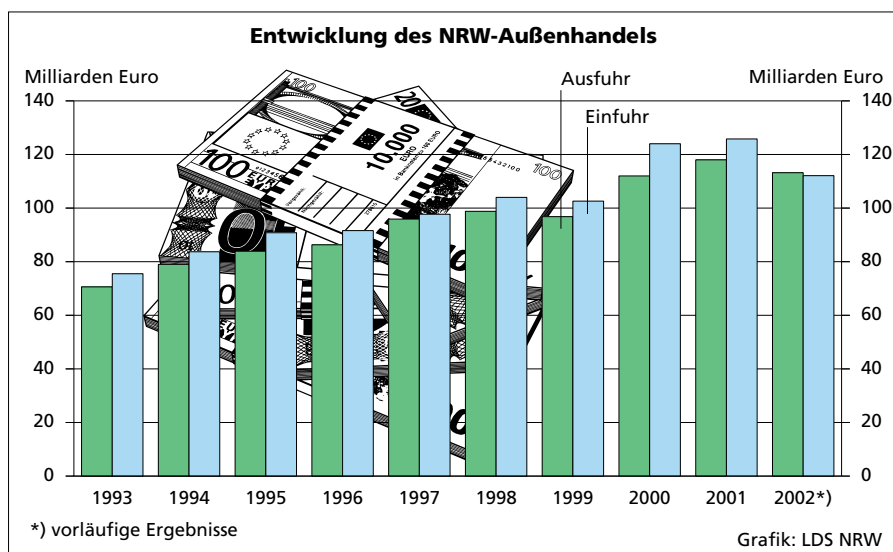
Im Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ (+2,3 Prozent) verteuerten sich überdurchschnittlich die Friedhofsgebühren (+7,0 Prozent) sowie die Preise für Dienstleistungen der Kreditinstitute (+6,5 Prozent) und für Friseurleistungen (3,4 Prozent).

Außenhandel

Der nordrhein-westfälische Außenhandel blieb im Jahr 2002 hinter den Erwartungen zurück: Ein eher verhaltener Konjunkturaufschwung im Euro-Raum sorgte erst in der zweiten Jahreshälfte für eine Belebung der NRW-Exportaktivitäten. Auch die zunehmende Ölverteuerung und die gestraffte Geldpolitik sowie die anhaltend schwächere Binnennachfrage verhinderten eine Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs aus dem Jahre 2001.

**Exporte –4,1 Prozent,
Importe –10,9 Prozent**

So erreichte das Volumen des nordrhein-westfälischen Außenhandels 2002 nach vorläufigen Berechnungen einen Wert von 225,3 Milliarden Euro und blieb damit deutlich unter dem Rekordergebnis von 2001 (243,8 Milliarden Euro). Dabei war der Wert der Importe mit 112,1 Milliarden Euro um 10,9 Prozent niedriger als im Vorjahr. Der Wert der Exporte sank um 4,1 Prozent auf 113,2 Milliarden Euro. Dieses Ergebnis führte zum ersten Mal seit 1989 wieder zu einem Ausfuhrüberschuss.



Den mit Abstand größten Absatzmarkt für die **NRW-Exporte** bilden nach wie vor die Länder der Europäischen Union. Weit mehr als die Hälfte (59,3 Prozent) aller Lieferungen gingen in die Mitgliedsstaaten mit den Hauptabnehmern Benelux, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die EFTA-Länder (unter ihnen die Hauptabnahmeländer Schweiz und Norwegen) hielten einen Anteil von 4,3 Prozent.

**Mehr Exporte nach
Mittel- und Osteuropa**

Der anhaltende Aufschwung in den mittel- und osteuropäischen Ländern spiegelte sich auch 2002 in einem stetigen Anstieg der Ausfuhr dorthin wider. So stiegen die NRW-Exporte in diese Länder um 4,0 Prozent auf 12,0 Milliarden Euro; Hauptabnehmerländer waren die Russische Föderation mit 1,9 Milliarden

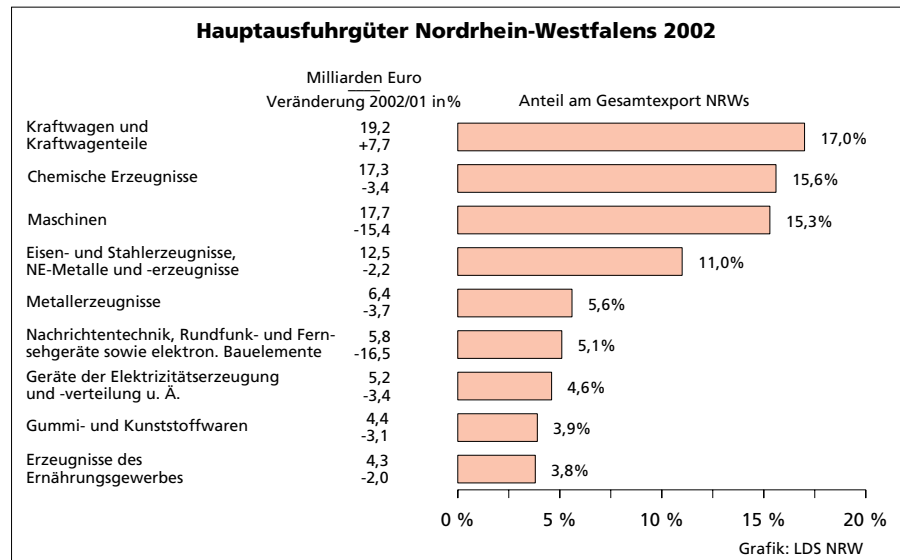
Euro (+5,4 Prozent), Polen mit 3,3 Milliarden Euro (+0,6 Prozent) sowie Tschechien mit 2,5 Milliarden Euro (+4,9 Prozent) und Ungarn mit 1,5 Milliarden Euro (-3,7 Prozent).

Ausfuhr Nordrhein-Westfalens 2002			
Ausfuhr Nordrhein-Westfalens nach ... / in die ...	Ausfuhr 2002*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	113 195,2	-4,1	100
EU-Länder	67 158,2	-5,8	59,3
Belgien	9 502,0	-8,8	8,4
Dänemark	2 327,9	-6,4	2,1
Finnland	1 449,5	-13,4	1,3
Frankreich	10 638,1	-6,5	9,4
Griechenland	761,4	-16,0	0,7
Großbritannien	10 164,7	+9,4	9,0
Irland	711,8	+7,9	0,6
Italien	7 933,4	-9,8	7,0
Luxemburg	569,4	-13,5	0,5
Niederlande	9 997,7	-7,4	8,8
Österreich	5 030,4	-8,9	4,4
Portugal	921,3	-15,3	0,8
Schweden	2 324,7	-11,7	2,1
Spanien	4 825,7	-3,8	4,3
EFTA-Länder	4 913,9	-8,6	4,3
Island	57,5	-6,0	0,1
Liechtenstein	35,5	-2,4	0
Norwegen	902,1	-3,7	0,8
Schweiz	3 918,9	-9,7	3,5
Mittel- und osteuropäische Länder	11 998,4	+4,0	10,6
darunter			
Polen	3 255,1	+0,6	2,9
Russische Föderation	1 893,2	+5,4	1,7
Slowakei	584,6	+1,9	0,5
Tschechische Republik	2 547,1	+4,9	2,3
Ungarn	1 511,1	-3,7	1,3
NAFTA-Länder	9 729,4	-8,9	8,6
Kanada	641,4	-10,6	0,6
Mexiko	969,2	-3,7	0,9
USA	8 118,8	-9,4	7,2
Asiatische Schwellenländer	2 852,7	-0,9	2,5
Hongkong	725,5	-8,2	0,6
Singapur	480,6	-5,9	0,4
Südkorea	895,8	+11,0	0,8
Taiwan	750,8	-2,5	0,7
ausgewählte andere Länder			
Brasilien	914,6	-4,3	0,8
China	3 128,5	+30,7	2,8
Japan	1 327,7	-28,5	1,2

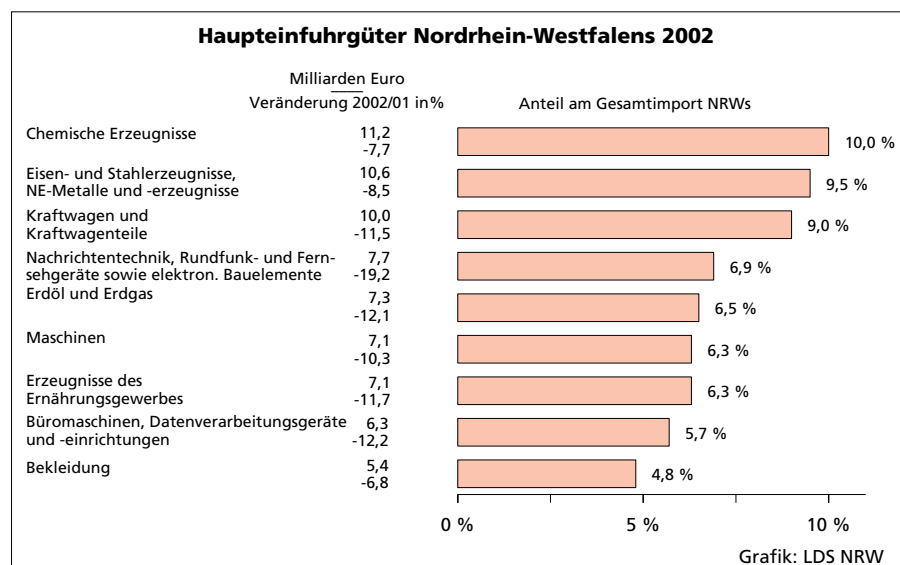
*) vorläufige Ergebnisse

Die Ausfuhr in die NAFTA-Länder summierten sich auf 9,7 Milliarden Euro; dies entspricht einem Exportrückgang von 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hierbei nahmen die Vereinigten Staaten 8,1 Milliarden Euro (-9,4 Prozent), Kanada 0,6 Milliarden Euro (-10,6 Prozent) und Mexiko 1,0 Milliarden Euro (-3,7 Prozent) an NRW-Exporten auf.

Auf den für Nordrhein-Westfalen wichtigsten Märkten im asiatischen Raum orderten die asiatischen Schwellenländer (sog. „Tigerstaaten“) Waren im Wert von 2,9 Milliarden Euro (-0,9 Prozent); die Lieferungen nach Japan verringerten sich auf 1,3 Milliarden Euro (-28,5 Prozent), während die Exporte nach China mit 3,1 Milliarden Euro (+30,7 Prozent) ihren bislang höchsten Wert erreichten.



Wichtigste **Exportgüter** NRWs waren 2002 „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ deren Anteil mit 17,0 Prozent um 1,9 Prozentpunkte höher lag als im Vorjahr und die damit die „chemischen Erzeugnisse“ mit 15,6 Prozent (2001: 17,7 Prozent) auf Rang 2 verwiesen. Auf Platz 3 behaupteten sich „Maschinenbau-erzeugnisse“ mit 15,3 Prozent (15,1 Prozent).



Bei den **Importen** entfielen 10,0 Prozent auf „chemische Erzeugnisse“ (2001: 9,7 Prozent), 9,5 Prozent auf „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“ (9,2 Prozent), 9,0 Prozent auf „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ (7,0 Prozent).

Einfuhr Nordrhein-Westfalens 2002			
Einfuhr Nordrhein-Westfalens aus ... /aus den ...	Einfuhr 2002*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	112 112,5	-10,9	100
EU-Länder	61 310,7	-14,9	54,7
Belgien	9 116,6	-19,5	8,1
Dänemark	2 155,9	-5,9	1,9
Finnland	1 257,3	-19,9	1,1
Frankreich	8 306,5	-12,3	7,4
Griechenland	352,5	-11,3	0,3
Großbritannien	7 322,4	-18,2	6,5
Irland	1 363,7	-18,4	1,2
Italien	6 066,0	-16,7	5,4
Luxemburg	507,4	-18,0	0,5
Niederlande	15 493,6	-14,4	13,8
Österreich	2 887,0	-4,8	2,6
Portugal	680,2	-13,2	0,6
Schweden	2 057,9	-16,8	1,8
Spanien	3 743,7	-9,1	3,3
EFTA-Länder	5 623,2	-6,9	5,0
Island	122,6	+103,1	0,1
Liechtenstein	109,9	-6,6	0,1
Norwegen	2 667,9	-11,6	2,4
Schweiz	2 722,7	-4,2	2,4
Mittel- und osteuropäische Länder	12 188,4	+3,3	10,9
darunter			
Polen	3 544,3	-1,9	3,2
Russische Föderation	25,7	-14,2	0
Slowakei	785,4	-0,1	0,7
Tschechische Republik	2 056,5	-5,0	1,8
Ungarn	628,7	-0,1	0,6
NAFTA-Länder	6 530,7	-7,4	5,8
Kanada	1 042,0	-15,6	0,9
Mexiko	162,3	-13,8	0,1
USA	5 326,4	-5,3	4,8
Asiatische Schwellenländer	3 758,0	-4,1	3,4
Hongkong	592,8	-18,8	0,5
Singapur	645,4	+23,0	0,6
Südkorea	802,6	-8,7	0,7
Taiwan	1 717,3	-3,7	1,5
ausgewählte andere Länder			
Brasilien	877,8	-6,3	0,8
China	5 727,3	+0,8	5,1
Japan	5 612,8	-22,8	5,0

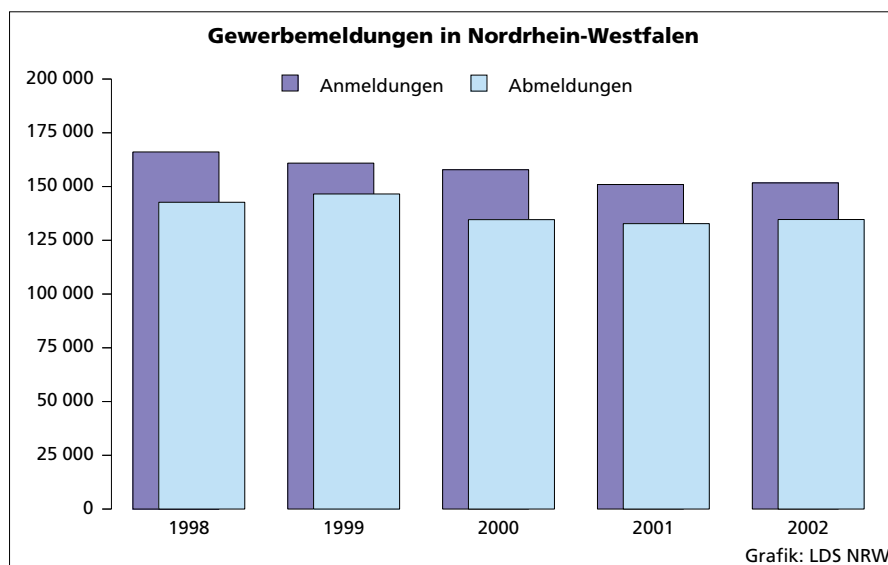
*) vorläufige Ergebnisse

Mit knapp 54,7 Prozent stammten mehr als die Hälfte der eingeführten Waren aus den EU-Ländern. Auf die mittel- und osteuropäischen Länder entfielen 10,9 Prozent und auf die EFTA-Länder 5,0 Prozent der Warenlieferungen. Bei den Einfuhren aus den außereuropäischen Ländern waren die Vereinigten Staaten mit 4,8 Prozent, Japan mit 5,0 Prozent und China mit 5,1 Prozent an den Gesamtimporten NRW beteiligt.

Gewerbemeldungen, Insolvenzen

Mehr Gewerbemeldungen

Im Jahre 2002 gingen bei den nordrhein-westfälischen Gewerbeämtern 151 693 **Gewerbebeanmeldungen** ein, 0,5 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** nahm um 1,4 Prozent auf 134 664 zu.

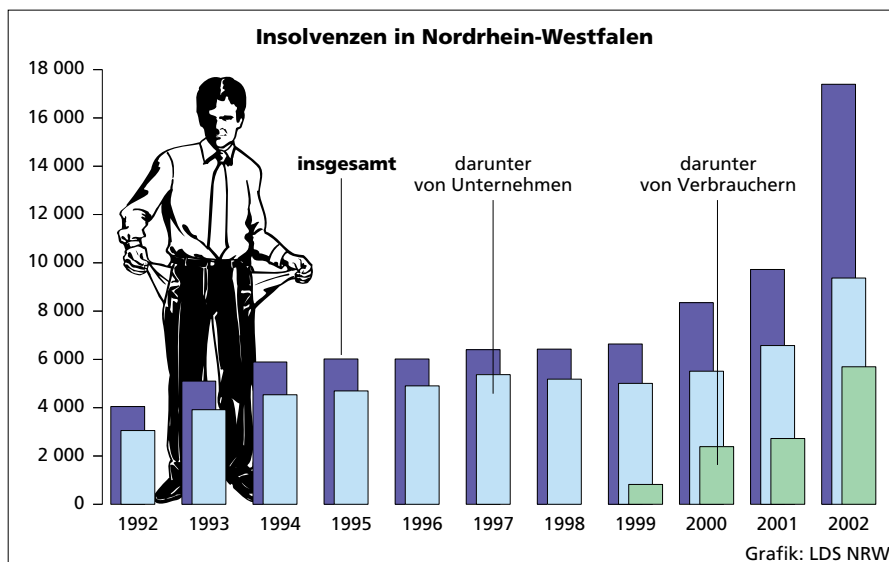


Differenziert man nach Gründen der Gewerbebeanmeldung, so bestand in 124 656 Fällen die Absicht, einen Gewerbebetrieb neu zu errichten. Dies entspricht einem Anteil von 82,2 Prozent an allen Gewerbebeanmeldungen. Bei 20 744 Gewerbebeanmeldungen war die Übernahme eines bestehenden Gewerbebetriebes (Kauf, Pacht, Erbfolge), ein Gesellschaftereintritt oder ein Rechtsformwechsel der Grund der Meldung (13,6 Prozent). In 6 293 Fällen erfolgte der Zuzug aus dem Bereich einer anderen Gewerbebehörde (4,2 Prozent).

31,3 Prozent der Gewerbebeanmeldungen entfielen auf den Bereich „Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“. Weitere 28,0 Prozent der Gewerbebeanmeldungen waren dem sehr heterogen zusammengesetzten Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen“ zuzuordnen. Danach folgten das Gastgewerbe sowie die Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen mit Anteilen von 8,1 Prozent bzw. 7,9 Prozent. 7,4 Prozent der Gewerbebeanmeldungen wurden im Baugewerbe und 4,0 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe ermittelt.

9 370 nordrhein-westfälische Unternehmen stellten 2002 bei den Amtsgerichten einen Antrag auf Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens**, 42,5 Prozent mehr als 2001 (damals: 6 574 Unternehmensinsolvenzen). Dabei wurde in 6 183 Fällen ein Insolvenzverfahren eröffnet; in 3 187 Fällen musste die Eröffnung mangels Masse abgewiesen werden.

Unternehmens-Insolvenzen +42,5 Prozent



Im Gegensatz zum Vorjahr lagen die drei Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Insolvenzzahlen fast gleichauf; es waren dies die Bereiche „Baugewerbe“ (1 942 Fälle, +20,0 Prozent), „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (1 973 Fälle, +44,3 Prozent) und der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen“ (1 928 Fälle, +50,2 Prozent).

Unternehmensinsolvenzen in Nordrhein-Westfalen			
Unternehmen mit ... Beschäftigten	2001		2002
	Anzahl		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
keinem	1 309	3 991	+204,9
1	499	1 048	+110,0
2 bis 5	1 264	1 936	+53,2
6 bis 10	574	783	+36,4
11 bis 100	732	1 071	+46,3
101 oder mehr	58	98	+69,0
unbekannt	2 138	443	-79,3
Insgesamt	6 574	9 370	+42,5

Neben den Unternehmen beantragten 8 024 weitere Schuldner die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Dabei wurde das 1999 im Rahmen der Insolvenzrechtsreform eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren für Personen, die nicht selbstständig tätig sind (z. B. Arbeitnehmer/innen, Rentner/innen, Ar-

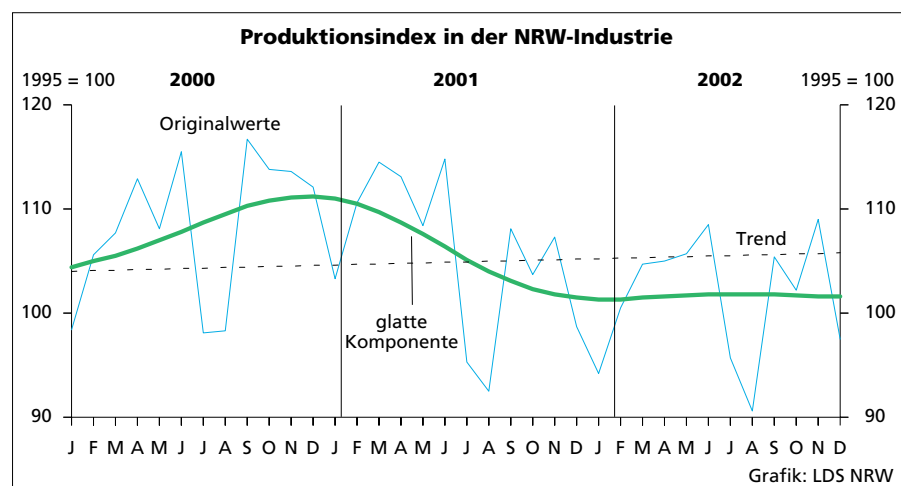
beitslose), im Jahr 2002 in 5 695 Fällen (+109 Prozent) in Anspruch genommen. Der hohe Anstieg der übrigen Insolvenzen (+447 Prozent auf 2 329 Fälle) war fast ausschließlich auf die Insolvenzmeldungen von ehemals selbstständig Tätigen (1 856 Fälle) nach der Insolvenzrechtsreform vom Dezember 2001 zurückzuführen. Das Anwachsen der Verbraucherinsolvenzen kann ebenfalls zu einem guten Teil der Reform des Insolvenzrechts vom Dezember 2001 zugeschrieben werden, die nun eine Stundung der Verfahrenskosten erlaubt.

Insgesamt belief sich die Zahl der Insolvenzverfahren in NRW im Jahre 2002 auf 17 394 (2001: 9 724), die in der Summe zu Forderungen in Höhe von voraussichtlich 13 Milliarden Euro führten.

Industrie, Handwerk, Energieversorgung

Die nordrhein-westfälische **Industrie**⁶ hat nach dem Produktionsrückgang von 2,3 Prozent im Jahr 2001 im abgelaufenen Jahr ihre Produktion um weitere 4,1 Prozent zurückgefahren. Dabei gibt lediglich die Entwicklung im Jahresverlauf insofern zu Hoffnung Anlass, als sich der Konjunkturabschwung spürbar verlangsamt hat. Während im ersten Quartal 2002 der Ausstoß an Gütern und Leistungen um 8,8 Prozent abnahm und sich damit nahtlos an die Entwicklung gegen Ende des Vorjahres anschloss, verringerten sich die Produktionseinschränkungen im zweiten Quartal um 5,1 Prozent, im dritten um 1,4 Prozent und im vierten um 0,3 Prozent.

Industrieproduktion –4,1 Prozent



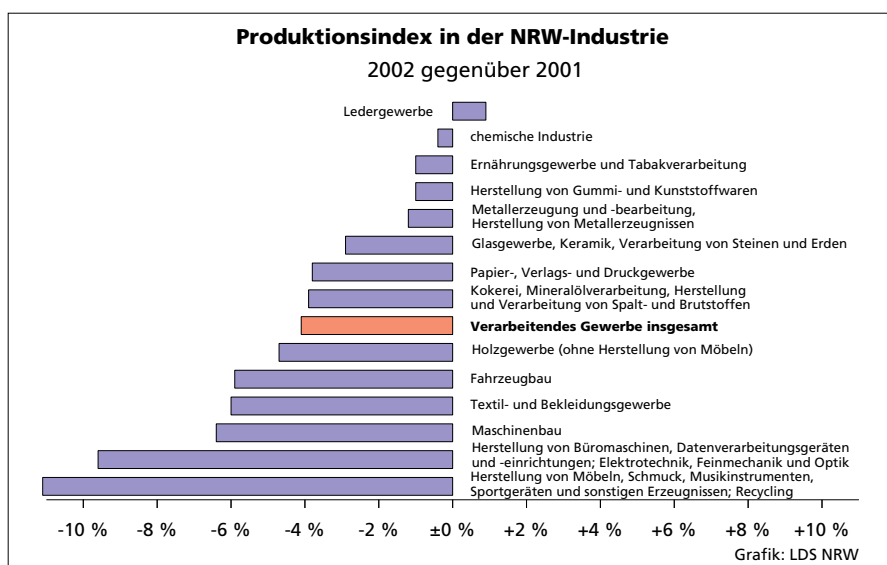
In den einzelnen Industriebauptgruppen variierten die konjunkturellen Entwicklungen. Die Produzenten von Vorleistungsgütern, die gut die Hälfte der industriellen Erzeugung auf sich vereinen, scheinen den Konjunkturunbruch über-

⁶ Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (einschl. des Verarbeitenden Handwerks) mit im allgemeinen mindestens 20 tätigen Personen.

standen zu haben. Die Produktion nahm über das gesamte Jahr gesehen um 2,3 Prozent ab, im zweiten Halbjahr war jedoch erstmals wieder ein Anstieg von 1,4 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu beobachten.

Zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen hat u.a. der Braunkohletagebau, der im abgelaufenen Jahr seine Fördermengen um 4,3 Prozent ausgedehnt hat. Im Gegensatz hierzu wurde im Steinkohlebergbau die Fördermenge um weitere 5,6 Prozent eingeschränkt und beträgt weniger als die Hälfte der im Jahr 1995 geförderten Menge.

**Fördermenge
bei Braunkohle +4,3 Prozent,
bei Steinkohle –5,6 Prozent**



Auch im Wirtschaftsbereich Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Spalt und Brutstoffen liegt die Jahresproduktion im allgemeinen Trend, hat sich jedoch ab der Jahresmitte wieder spürbar erholt (3. Quartal: +4,6 Prozent; 4. Quartal: +9,9 Prozent). In der chemischen Industrie, dem größten Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen, ist ab Jahresmitte die Produktion spürbar angestiegen (3. Quartal: +7,1 Prozent; 4. Quartal: +1,7 Prozent), so dass die Verluste des ersten Halbjahres in etwa ausgeglichen werden konnten. Auf dem Vorjahresniveau behaupten konnte sich auch die Metallerzeugung, wobei positive Produktionsentwicklungen insbesondere im zweiten Halbjahr zu beobachten waren.

**Spürbarer Produktionsanstieg
in der chemischen Industrie**

Im Investitionsgütersektor fiel der Konjunkturunbruch im zweiten Halbjahr 2001 stärker aus als bei den Vorleistungsgütern. Diese Tendenz setzte sich noch verstärkt in den ersten Monaten 2002 fort. Erst im dritten Quartal war eine Verlangsamung der Abwärtstendenz zu beobachten. Im Vorjahresvergleich hat sich die Produktion 2002 um 8,0 Prozent verringert. Diese Entwicklung wurde

maßgeblich beeinflusst vom Maschinenbau (-6,4 Prozent) und dem Automobilbau (-6,7 Prozent). Eine Sonderentwicklung war lediglich im „sonstigen Fahrzeugbau“ zu beobachten. Hervorgerufen durch den Produktionsanstieg im Schienenfahrzeugbau erhöhte dieser Bereich 2002 seine Produktion um 6,2 Prozent, wobei die Wachstumsraten im Jahresverlauf zunahmen.

Die Hauptgruppe der Gebrauchsgüterproduzenten musste 2002 einen Produktionsrückgang von 7,7 Prozent verbuchen. Dieser nahe am Endverbraucher produzierende Industriebereich war im abgelaufenen Jahr insbesondere von der heimischen Nachfrageschwäche betroffen. In Anbetracht der unsicher einzuschätzenden Konjunktur- und Einkommensentwicklung haben viele Haushalte Kaufzurückhaltung bei den langlebigen Konsumgütern geübt. Dies zeigt sich in besonderem Maße bei der in unserem Land angesiedelten Möbelindustrie, die 2002 einen Produktionsrückgang von 11,2 Prozent hinnehmen musste.

Erfahrungsgemäß fallen die konjunkturellen Schwankungen bei der Herstellung von Verbrauchsgütern geringer aus als in den übrigen Hauptgruppen. Dies liegt hauptsächlich am Ernährungsgewerbe, das 2002 seine Produktion fast auf dem Vorjahresniveau halten konnte. Dagegen musste beispielsweise das Bekleidungs-gewerbe einen Rückgang von 7,2 Prozent hinnehmen.

Insgesamt erwirtschafteten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden im Jahr 2002 einen **Umsatz** von 287,287 Milliarden Euro, was einen Rückgang von 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Dabei sind die Inlandsumsätze (-3,8 Prozent) etwas stärker zurückgegangen als die Auslandsumsätze (-2,5 Prozent). Die Exportquote erreichte mit 35,7 Prozent nicht ganz den Vorjahreswert.

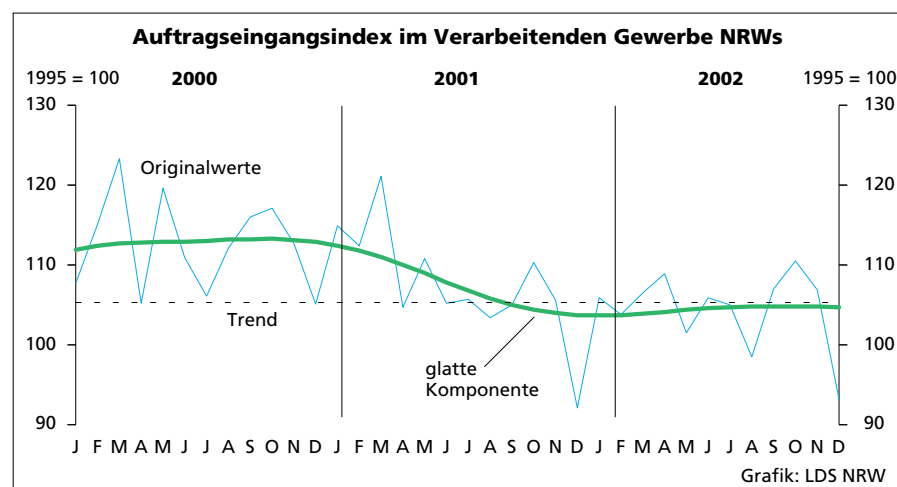
Exportquote der Industrie bei 35,7 Prozent

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten die rund 10 500 Industriebetriebe 1,382 Millionen tätige Personen (-4,9 Prozent). Damit verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um rund 91 000.

Die Entwicklung der **Auftragseingänge**⁷ geht der Produktion voraus. Sie lässt Rückschlüsse über die künftige Entwicklung bei Produktion, Umsatz und Beschäftigung zu. Darüber hinaus wird durch die Unterteilung in Inlands- und Auslandsaufträge eine Aussage möglich, ob die entscheidenden Konjunkturimpulse von der heimischen Nachfrage oder aus dem Ausland kommen. Im Frühjahr 2002 (1. Quartal: -9,2 Prozent) setzte sich der Rückgang der Auftragseingänge stärker fort als in den Vorquartalen. Dabei war der Rückgang der In-

⁷ ohne den Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung

landsnachfrage (-11,6 Prozent) wesentlich intensiver als jener der Bestelleingänge aus dem Ausland (-5,4 Prozent).



Im weiteren Jahresverlauf hat sich der Nachfragerückgang zwar spürbar verlangsamt (2. Quartal: -1,4 Prozent; 3. Quartal: -1,1 Prozent). Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass zu diesem Zeitpunkt die Bestelleingänge aus dem Ausland bereits wieder eine positive Tendenz aufwiesen, während die Inlandsorders nach wie vor im Minusbereich angesiedelt waren. Erst zum Jahresende ist auch hier eine gewisse Beruhigung eingetreten (4. Quartal: +0,8 Prozent).

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe NRW 2002 im Vergleich zu 2001			
Produzenten von ...	Inland	Ausland	insgesamt
	in Prozent		
Vorleistungsgütern	-2,1	+0,9	-1,1
Investitionsgütern	-8,4	-0,8	-5,2
Gebrauchsgütern	-11,4	+5,8	-3,4
Verbrauchsgütern	-5,7	-4,9	-5,5
Insgesamt	-4,7	+0,1	-2,9

**Inlandsnachfrage -4,7 Prozent,
Auslandsnachfrage +0,1 Prozent**

Eine Aussage zur künftigen konjunkturellen Einschätzung gestaltet sich insbesondere deshalb als sehr schwierig, weil von dem privaten Verbrauch in Deutschland kaum nennenswerte Impulse auf die heimische Industrie im Jahr 2003 ausgehen dürften. Die andere bedeutsame Nachfragekomponente, der Export, wird von der wirtschaftlichen Entwicklung in unseren wichtigsten Handelspartnerländern bestimmt. Und diese wiederum ist in Abhängigkeit von einer Lösung des Irakkonfliktes sowie der Entwicklung der Rohölpreise zu sehen.

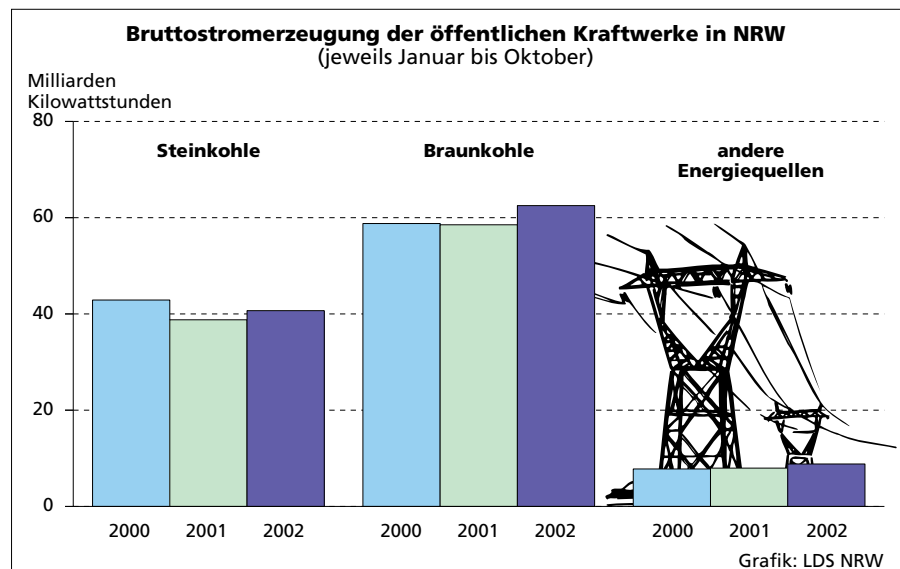
Das **Handwerk** musste auch im Jahr 2002 sowohl Umsatz- als auch Beschäftigungsverluste hinnehmen. So lag der Umsatz nominal um 6,3 Prozent unter

dem Vergleichswert des Jahres 2001 und die Beschäftigtenzahl sank um 6,2 Prozent.

Handwerk in Nordrhein-Westfalen		
Gewerbegruppe	Veränderung 2002 gegenüber 2001	
	Beschäftigte	Umsatz
	in Prozent	
Bau- und Ausbaugewerbe	-9,9	-11,5
Elektro- und Metallgewerbe	-5,6	-6,0
Holzgewerbe	-6,8	-4,5
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	-5,2	-6,3
Nahrungsmittelgewerbe	-6,6	-2,1
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	-4,3	-1,2
Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe	-4,6	-5,9
Handwerk insgesamt	-6,2	-6,3

6,4 Prozent mehr Strom erzeugt

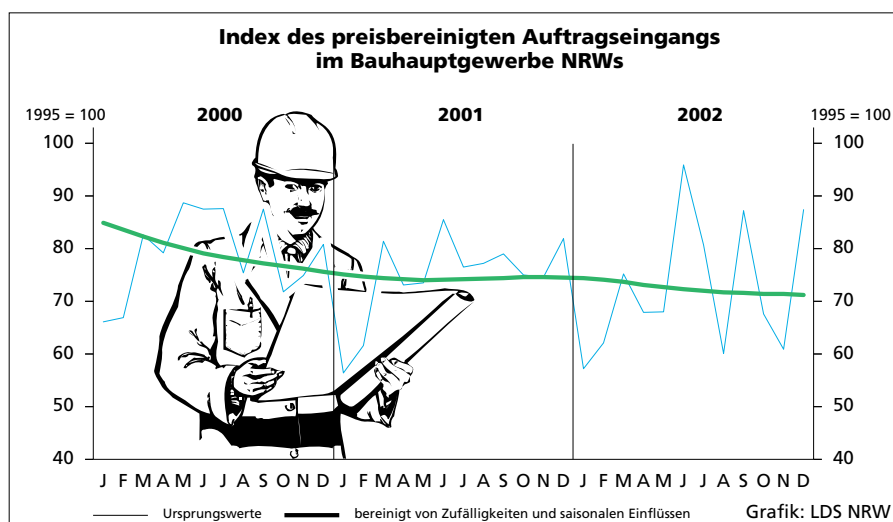
Die Kraftwerke der öffentlichen **Stromversorgung** erzeugten in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres 112,0 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom; das war eine um 6,4 Prozent höhere Leistung als im gleichen Zeitraum 2001. Mehr als die Hälfte (55,8 Prozent) der Stromerzeugung entfiel auf die Braunkohlekraftwerke, 36,3 Prozent auf die Steinkohlekraftwerke, 5,0 Prozent auf Kraftwerke zur Stromerzeugung aus Erdgas, 0,5 Prozent auf Wasserkraftanlagen und 2,2 Prozent auf Kraftwerke mit sonstigen Energiequellen (u.a. Klärgas, Gichtgas und Müll).



Bauwirtschaft

Im Jahr 2002 wurden erneut weniger Bauleistungen bei den nordrhein-westfälischen Betrieben mit den Schwerpunkten „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“ (im weiteren „**Bauhauptgewerbe**“ genannt) nachgefragt. Der reale **Auftragseingangsindex** lag um insgesamt 2,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Sowohl die rückläufige Baunachfrage im Hochbau (–3,2 Prozent) als auch im Tiefbau (–2,2 Prozent) sind für dieses Ergebnis verantwortlich.

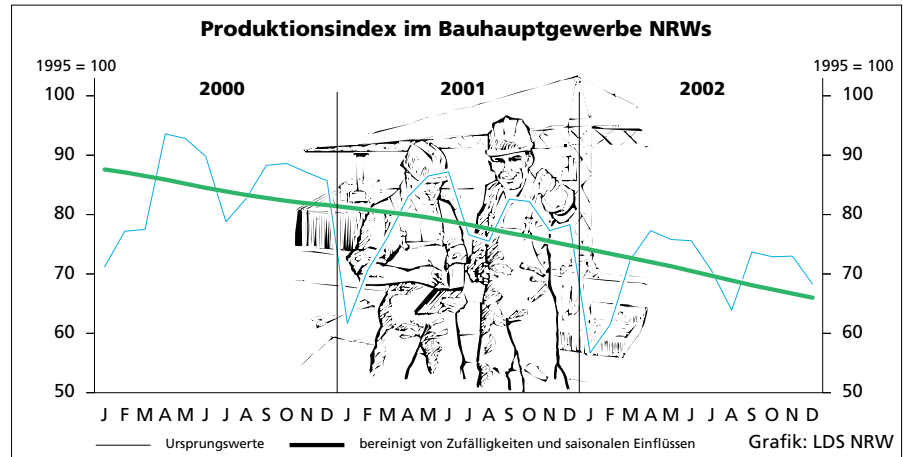
Nachfragerückgang im Bauhauptgewerbe



Innerhalb des Hochbaus nahm das Auftragsvolumen im Wohnungsbau (–8,4 Prozent) gegenüber dem Vergleichszeitraum wiederum deutlich ab, doch auch im öffentlichen Hochbau (–7,9 Prozent) gingen die Auftragseingänge zurück. Dagegen behauptete sich der gewerbliche und industrielle Hochbau (+1,1 Prozent) knapp über seinem Vorjahresniveau. Innerhalb des Tiefbaus konnten die Auftragsverluste im sonstigen öffentlichen Tiefbau (–8,8 Prozent) sowie im Straßenbau (–3,0 Prozent) nicht durch die gestiegene Auftragsvergabe im gewerblichen und industriellen Tiefbau (+3,4 Prozent) kompensiert werden.

Aufgrund der schwachen Baunachfrage blieb auch die Entwicklung der **Produktion** hinter derjenigen des Vorjahres zurück. Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe lag 2002 um 10,2 Prozent niedriger als 2001, basierend auf Rückgängen von 12,1 Prozent im Hochbau und 8,0 Prozent im Tiefbau. Innerhalb des Hochbaus ging die Bauproduktion in allen beteiligten Bausparten in den letzten Jahren permanent zurück. Beim gewerblichen und industriellen Hochbau (–12,8 Prozent) und beim Wohnungsbau (–12,0 Prozent) zeigten sich Verluste in zweistelliger Höhe, doch auch beim öffentlichen Hochbau (–9,2 Prozent) bewegte sich die Bauleistung

unterhalb des Vorjahresniveaus. Alle Tiefbausparten mussten Produktionseinbußen hinnehmen, die von 7,2 Prozent im Straßenbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau bis hin zu 9,0 Prozent im gewerblichen und industriellen Tiefbau reichten.



2002 wurde von allen Betrieben des Bauhauptgewerbes ein **Umsatz** von insgesamt 13,9 Milliarden Euro erwirtschaftet, das waren nominal 6,7 Prozent und real – d. h. unter Berücksichtigung der Baupreisentwicklung – 6,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Negative reale Veränderungsraten ergaben sich in fast allen Sparten, vor allem im öffentlichen Hochbau (–15,3 Prozent) sowie im gewerblichen und industriellen Hochbau (–11,5 Prozent). Im sonstigen öffentlichen Tiefbau (–4,2 Prozent), im gewerblichen und industriellen Tiefbau (–3,8 Prozent) sowie im Wohnungsbau (–3,2 Prozent) wurden geringere Einbußen verzeichnet. Allein der Straßenbau (–0,1 Prozent) konnte sein Vorjahresergebnis erreichen.

Zum Stichtag der letzten Bautotalerhebung (30. Juni 2002) waren in NRW insgesamt 11 024 **Betriebe** des Bauhauptgewerbes mit 143 857 **Beschäftigten** tätig. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 589 Betriebe mehr und 5 976 Beschäftigte weniger. Aufgrund eines im Jahr 2002 durchgeführten Registerabgleichs sind die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen mit dem Vorjahr allerdings nur bedingt vergleichbar.

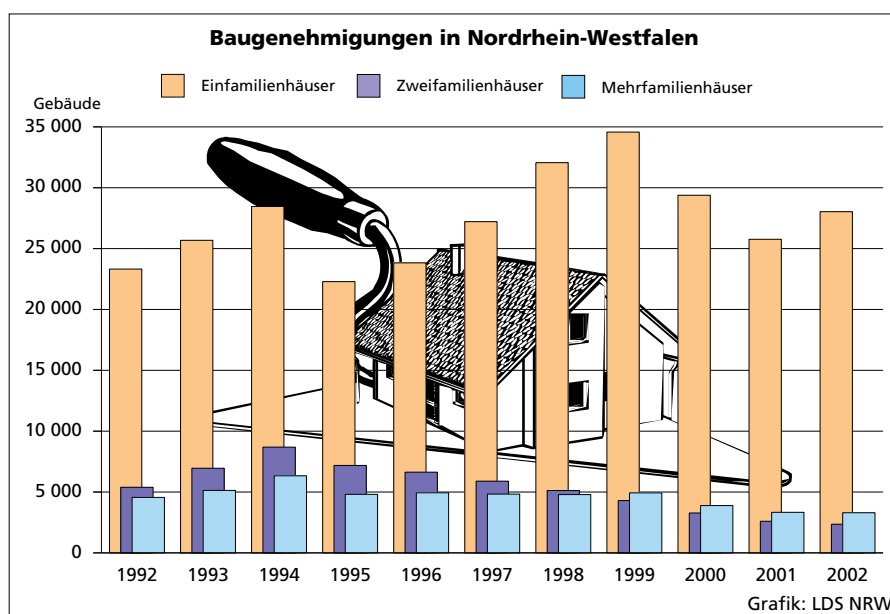
Im **Ausbaugewerbe**⁸ standen Ende Dezember 2002 rund 60 600 Arbeitsplätze zur Verfügung und damit 7,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der für das Jahr 2002 gemeldete Gesamtumsatz belief sich auf knapp 5,7 Milliarden Euro. Dies waren nominal 9,6 Prozent weniger und real – d. h. unter Berücksichtigung der Baupreisentwicklung – 10,3 Prozent weniger als im Jahr 2001.

⁸ Betriebe von Unternehmen mit zwanzig und mehr Beschäftigten

Bautätigkeit und Wohnungsbestand

Die Entwicklung der **Baugenehmigungen** war 2002 uneinheitlich: In den ersten elf Monaten hielt das Minuswachstum der vergangenen Jahre (zuletzt 2001 bei Neubauten $-12,7$ Prozent) z. T. mit zweistelligen Prozentzahlen an, bis im Dezember 2002 durch einen Sonderfaktor im Einfamilienhausbau sogar erstmals wieder ein Wachstum erzielt werden konnte: Die gegen Jahresende feststellbare Verdoppelung der Baugenehmigungsmeldungen gegenüber dem Vorjahr ist jedoch aus vorweggenommenen Anträgen im Zusammenhang mit den geplanten Änderungen bei der Eigenheimzulage erklärbar. Aufgrund dieser Sonderentwicklung schloss das Jahr 2002 bei den Neubauvorhaben mit nur einer Wohnung mit einem Plus von $8,8$ Prozent ab. Im Geschosswohnungsbau, der 2001 mit $20,2$ Prozent den eklatantesten Rückgang aufgewiesen hatte, fiel die Minusrate mit $10,3$ Prozent noch gemäßigt aus. Insgesamt sorgten die genannten Umstände für einen Genehmigungsanstieg um $6,2$ Prozent bei Neubauten.

Anstieg der Baugenehmigungen zum Jahresende 2002



Der langfristige Rückgang bei den **Baufertigstellungen** blieb von dieser Entwicklung noch unbeeinflusst: Rückgänge von 18 Prozent bei neu bezugsfertigen Wohnungen und 13 Prozent bei neuen Wohngebäuden bestätigten die Größenordnung der schon für 2001 verzeichneten Werte. Mit $55\,100$ Wohnungen wurden im Jahr 2002 in NRW 40 Prozent weniger Wohnungen fertiggestellt als 1997.

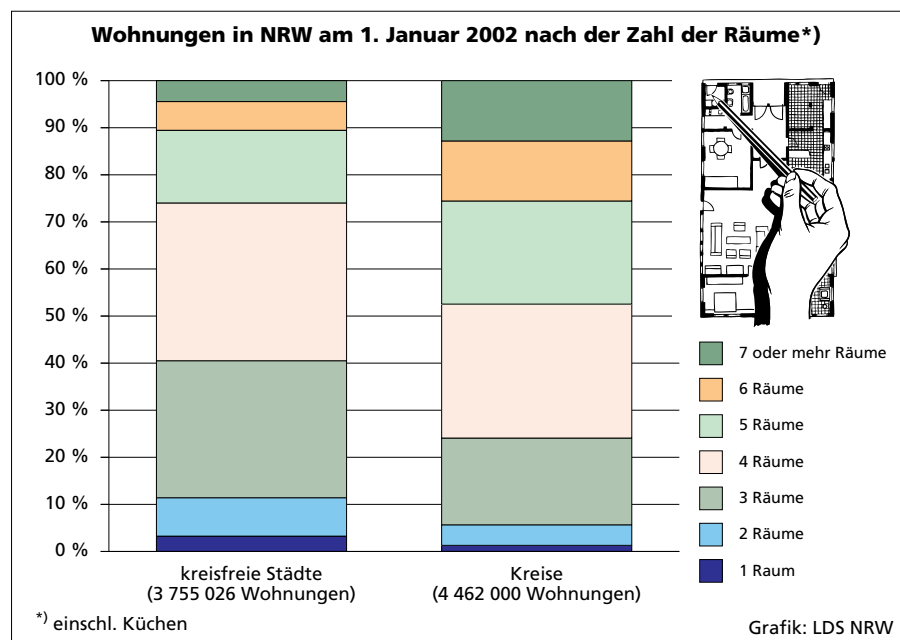
Der **Baupreisindex** für konventionell gefertigte Wohngebäude⁹ ging 2002 um $0,1$ Prozent gegenüber 2001 zurück; im Vorjahr (2001/2000 $+0,3$ Prozent) war

⁹ Bauleistungen am Bauwerk; nicht dazu gehören u.a. Baunebenleistungen und Außenanlagen.

Baupreise bleiben stabil

er noch geringfügig gestiegen. Wie schon in den letzten Jahren verteuerten sich Ausbaurbeiten (+0,7 Prozent); die Preise für Rohbaurbeiten dagegen gaben nach (-1,1 Prozent). Von 1992 bis 2002 ist das Bauen um 16 Prozent teurer geworden. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum kletterten die Wohnungsmieten um 31 Prozent.

Der **Wohnungsbestand** lag Anfang 2002 in Nordrhein-Westfalen mit rund 8 217 000 Einheiten um 63 500 Wohnungen oder 0,8 Prozent über dem Vorjahresbestand, Wohnungen in Nichtwohngebäuden hinzugerechnet. Den Zuwachs von rund 34 400 Wohngebäuden (+1,0 Prozent) auf 3 462 000 Gebäude trugen zu fast neun Zehnteln die Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen. Der Zuwachs im Geschosswohnungsbestand lag unter einem halben Prozent.



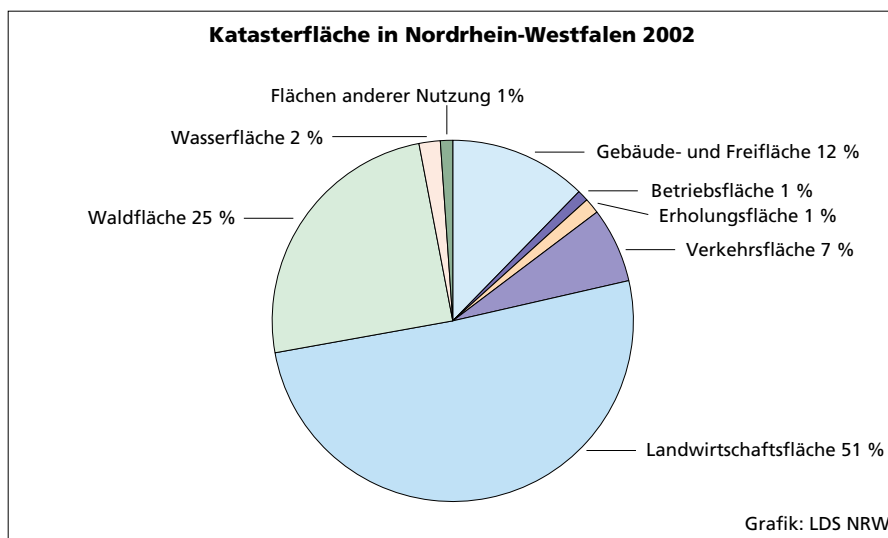
Die Wohnfläche pro Einwohner belief sich im Schnitt auf 38,1 Quadratmeter (Anfang 2001: 37,8). Die durchschnittliche Wohnungsbelegung verharrte bei 2,2 Bewohnern, die Zahl der Räume pro Wohnung bei 4,3.

Flächennutzung, Landwirtschaft

Ergebnissen der „Flächenerhebung 2002“ zufolge sind in Nordrhein-Westfalen 77,4 Prozent der **Landesfläche** (34 082 Quadratkilometer oder 3,41 Millionen Hektar) den Nutzungsarten Landwirtschafts- (1,73 Millionen Hektar), Wald- (846 000 Hektar) und Wasserfläche (63 100 Hektar) zuzuordnen. Obwohl die Landwirtschaftsfläche erneut abgenommen hat, beansprucht sie nach wie vor mit 50,7 Prozent mehr als die Hälfte des gesamten Landesgebietes.

Über die Hälfte der NRW-Fläche ist Landwirtschaftsfläche

Zwischen 1997 und 2002 nahm die für siedlungswirtschaftliche Zwecke genutzte Fläche in Nordrhein-Westfalen zu. Insbesondere die Gebäude- und zugehörige Freifläche vergrößerte sich in diesem Zeitraum um 16 832 Hektar oder 4,2 Prozent auf 420 145 Hektar. Zum Vergleich: Die Gebäude- und Freifläche der größten Stadt im Lande, Köln, belief sich im Jahr 2002 auf 13 131 Hektar. Auch die Verkehrsfläche wurde um knapp 5 232 Hektar (+2,3 Prozent) auf nunmehr 227 961 Hektar ausgeweitet. Die Ausdehnung entspricht in etwa der Größenordnung der Gesamtfläche der Stadt Herne.



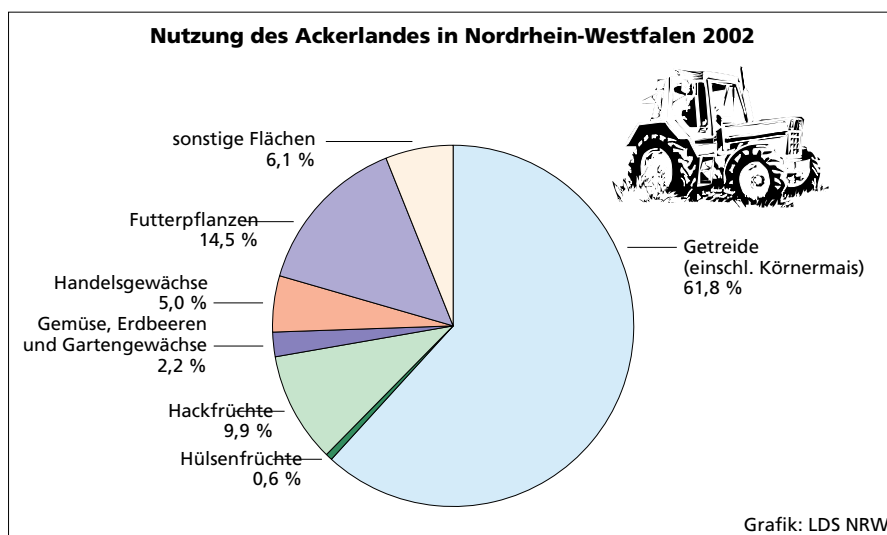
Die rund 50 800 nordrhein-westfälischen Landwirtinnen und Landwirte bewirtschafteten im Frühjahr 2002 insgesamt 1 051 929 Hektar **Ackerland**, 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort.

**Weniger Ackerland
bewirtschaftet**

Von dem Rückgang der Ackerfläche waren vor allem Getreide (–1,5 Prozent), Kartoffeln (–0,6 Prozent) und Zuckerrüben (–0,6 Prozent) betroffen, während die Anbaufläche für Winterraps um 9,5 Prozent zunahm. Die Entwicklung der Anbauflächen bei den Getreidearten verlief markt- und witterungsbedingt unterschiedlich. Während die Landwirte beim Winterweizen (einschl. Dinkel) eine Zunahme der Fläche um 1,1 Prozent meldeten, verringerten sich die Anbauflächen beim Sommerweizen um 22,8 Prozent, beim Roggen um 9,4 Prozent und bei der Sommergerste um 18,1 Prozent. Dagegen blieb die Fläche bei der Wintergerste mit 171 760 Hektar fast unverändert. Außerdem säten die Landwirte mehr Triticale (+0,4 Prozent) und weniger Hafer (–0,9 Prozent) aus.

Der Kartoffelanbau insgesamt wurde mit 29 947 Hektar gegenüber dem Vorjahr leicht eingeschränkt (–0,6 Prozent). Jedoch verzeichneten die Industriekar-

toffeln (Anbaufläche: 13 628 Hektar) ein Plus von 8,5 Prozent gegenüber 2001. Ein geringfügiger Anbaurückgang (–0,6 Prozent) war auch bei den Zuckerrüben festzustellen. Der Anbau von Futterpflanzen auf dem Ackerland (Anteil: 14,5 Prozent) ist mit 152 161 Hektar ebenfalls rückläufig (–3 Prozent). Für Ölfrüchte wurde in diesem Jahr eine Anbaufläche von 50 518 Hektar gemeldet. Den größten Anteil daran hat mit 49 012 Hektar der Winterraps. Der Anbauumfang wurde um 9,5 Prozent gegenüber 2001 ausgedehnt.



Schlechtes Wetter beeinflusst Getreideernte

Durch ungünstige Witterungsverhältnisse, welche sowohl den zügigen Ablauf der Erntearbeiten behinderten als auch zu niedrigeren Hektarerträgen gegenüber dem Vorjahr bei allen Getreidearten führten, wurde 2002 in Nordrhein-Westfalen eine **Getreideernte** (einschl. Körnermais) eingefahren, die mit 4,9 Millionen Tonnen um 10,8 Prozent unter dem sehr guten Vorjahresergebnis blieb und auch den Sechsjahresdurchschnitt um 1,7 Prozent unterschritt.

Anbau und Ernte von Getreide in Nordrhein-Westfalen 2002						
Getreideart	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent
Getreide insgesamt	649,8	-1,2	4 927,3	-10,8	7,58	-9,8
darunter						
Winterweizen*)	256,4	+1,7	2 115,4	-9,3	8,25	-10,8
Roggen	22,9	-9,4	156,6	-14,9	6,83	-6,2
Wintergerste	171,8	-0,0	1 190,0	-9,0	6,93	-9,1
Sommergerste	17,4	-18,1	83,5	-25,4	4,79	-8,9
Hafer	22,0	-0,9	103,1	-15,8	4,69	-15,0
Triticale	72,4	+0,4	446,0	-18,6	6,16	-18,8
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	82,5	-6,1	806,4	-8,8	9,78	-2,8

*) Im Jahr 2001 wurden bei Winterweizen Erntemenge und Hektarertrag ohne Dinkel (1 537 ha Anbaufläche) ermittelt.

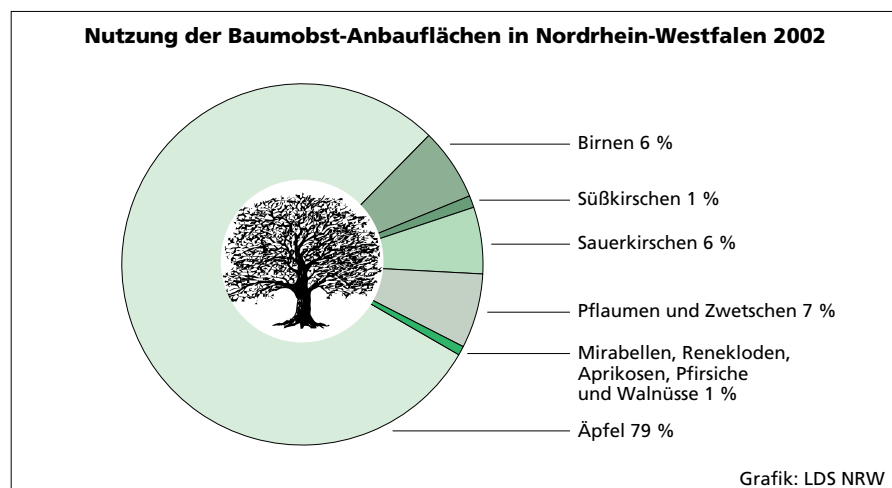
Dagegen wurde bei **Kartoffeln** im Berichtsjahr ein um 1,9 Prozent höherer Flächenertrag von 43,36 Tonnen je Hektar geerntet, so dass trotz einer leicht eingeschränkten Anbaufläche (-0,6 Prozent) eine um 1,2 Prozent höhere Gesamternte von rund 1,3 Millionen Tonnen erzielt wurde.

Mehr Kartoffeln geerntet

Anbau und Ernte von ausgewählten Feldfrüchten in Nordrhein-Westfalen 2002						
Feldfrüchte	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung geg. 2001 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung geg. 2001 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung geg. 2001 in Prozent
Zuckerrüben	71,3	-0,6	4 045,6	+2,7	56,73	+3,3
Kartoffeln	29,9	-0,6	1 298,4	+1,2	43,36	+1,9
Raps	50,0	+10,1	157,1	-6,9	31,41	-15,6
Silomais	123,9	-3,3	6 139,1	-1,8	49,55	+1,6

Der Anbau von **Gemüse** auf dem Freiland nahm gegenüber 2001 um 1,2 Prozent zu. Bedeutsame Zuwächse erzielten dabei verschiedene Kohlsorten (Blumen-, Weiß-, Rot- und Rosenkohl), Spargel, Kopfsalat sowie rote Rüben (rote Beete); hingegen wurden deutlich weniger Bohnen und Gurken angebaut.

Die in Nordrhein-Westfalen am häufigsten angebaute Gemüseart auf dem Freiland ist nach wie vor der Spargel (13,0 Prozent der Gemüseanbaufläche), gefolgt von Möhren und Karotten (8,2 Prozent), Spinat (7,7 Prozent), Blumenkohl (7,2 Prozent), Weißkohl (6,4 Prozent) und Bohnen (6,3 Prozent).



Die Flächen für den **Marktobstanbau** sind in den letzten fünf Jahren um 20,8 Prozent auf 2 376 Hektar zurückgegangen. Diesem Rückgang steht jedoch eine intensivere Nutzung der vorhandenen Flächen gegenüber, da in den über 300 Betrieben gut fünf Millionen Obstbäume (+2 Prozent gegenüber 1997) gezählt wurden. Auf fast vier Fünfteln der Flächen stehen Apfelbäume, während die Restflächen sich ungefähr gleichmäßig auf Birnen, Kirschen und Pflaumen/

Zwetschen verteilen. Zu den wichtigsten Tafelobst-Apfelsorten zählen Elstar, Cox Orangenrenette, Jonagold und Boskoop.

Konzentrationsprozess in der Viehhaltung hält an

Nach Ergebnissen der repräsentativen **Viehzählung** am 3. November 2002 gab es in Nordrhein-Westfalen 1,4 Millionen Rinder und 6,16 Millionen Schweine. Dies bedeutet bei den Rindern eine Abnahme um 3,4 Prozent und bei den Schweinen eine Zunahme um 1,5 Prozent gegenüber der Novemberzählung 2001. Die Zahl der Betriebe mit Rinderhaltung nahm um 4,8 Prozent auf 22 518 ab. Bei den Betrieben mit Schweinehaltung setzte sich der Konzentrationsprozess ebenfalls fort: Hier schrumpfte die Anzahl der Betriebe um rund 5,6 Prozent auf 16 369.

In den nordrhein-westfälischen Schlachtbetrieben wurden in den ersten zehn Monaten 2002 mehr Tiere geschlachtet als im Vorjahr, so dass die **Fleischerzeugung** aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft um 5,2 Prozent anstieg. Während mit 1,12 Millionen Tonnen 6,6 Prozent mehr Schweinefleisch produziert wurde, sank die Fleischerzeugung bei Rindern um 0,8 Prozent auf 177 186 Tonnen, bei Kälbern um 11,5 Prozent auf 17 485 Tonnen und bei Schafen sogar um 18 Prozent auf 1 826 Tonnen.

Bei der Erzeugung von Geflügelfleisch (Tiere aus dem In- und Ausland) gab es gegenüber Januar bis Oktober 2001 einen Rückgang um 18,9 Prozent auf 46 836 Tonnen, wobei 30 258 Tonnen (-23,6 Prozent) auf Truthühner und 15 877 Tonnen auf Jungmasthühner (-7,5 Prozent) entfielen.

Groß- und Einzelhandel

Umsatzminus im Einzelhandel ...

Der **Einzelhandel** Nordrhein-Westfalens erzielte im Jahr 2002 nominal einen um 3,0 Prozent geringeren Umsatz als im Vorjahr. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Umsatzrückgang von 3,3 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent ab.

Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen		
Wirtschaftszweig	Veränderungen 2002 gegenüber 2001 in Prozent	
	Beschäftigte	Umsatz (real)
Einzelhandel*) insgesamt	-1,7	-3,3
Einzelhandel in Verkaufsräumen	-1,8	-3,5
darunter		
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art**)	-1,2	-1,8
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln	-2,9	-5,4
Apotheken sowie Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw.	+4,3	+2,3
Sonstiger Facheinzelhandel	-3,9	-7,1
Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	+0,3	+0,1

Im **Großhandel** sank 2002 der Personalstand um 1,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt verringerte sich die Zahl der Vollbeschäftigten um 2,1 Prozent, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 3,4 Prozent. Der Umsatz nahm gegenüber 2001 nominal um 6,1 Prozent ab. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Umsatzrückgang von 4,6 Prozent.

... und im **Großhandel**

Reiseverkehr, Messen

Die rund 5 400 Betriebe des nordrhein-westfälischen **Beherbergungsgewerbes**¹⁰ konnten im Jahr 2002 knapp 14,4 Millionen Gäste begrüßen, die insgesamt 36,3 Millionen mal übernachteten. Die Zahl der Gäste nahm damit gegenüber 2001 um 0,8 Prozent und die Zahl der Übernachtungen um 1,8 Prozent ab. Erfreulich war die Bilanz bei den ausländischen Gästen: mit 2,5 Millionen Besuchern kamen 2,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Sie übernachteten fast 5,9 Millionen mal und erreichten damit eine Zunahme in den Übernachtungszahlen von 1,2 Prozent.

**Mehr ausländische Gäste
in Tourismus-Betrieben**

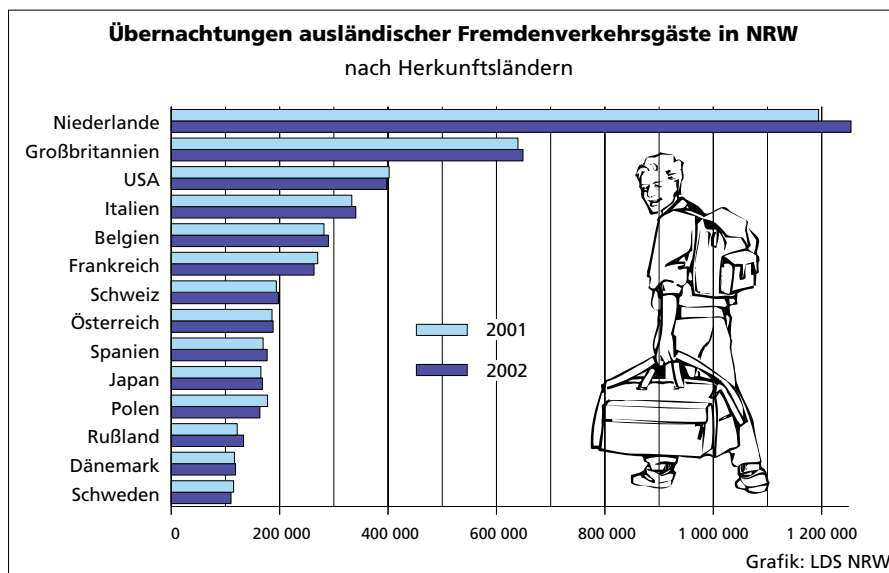
Reisegebiet	Übernachtungen in NRW-Beherbergungsbetrieben 2002			
	insgesamt		darunter von Gästen aus dem Ausland	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent	Anzahl	Veränderung gegenüber 2001 in Prozent
Eifel und Region Aachen	2 715 600	-1,2	438 000	-2,8
Niederrhein	2 873 800	-0,7	570 600	+13,4
Münsterland	2 586 500	+0,1	199 700	-1,0
Teutoburger Wald	6 385 000	-3,7	366 600	-3,5
Sauerland	6 022 100	-2,0	867 700	-0,1
Siegerland-Wittgenstein	1 015 600	-3,1	53 900	-1,9
Bergisches Land	2 945 600	-3,4	403 200	-3,8
Bonn und Rhein-Sieg-Kreis	2 097 600	-5,6	323 700	-7,5
Köln	3 302 200	+1,4	1 083 000	+0,4
Düsseldorf	2 459 600	+3,0	999 900	+6,5
Ruhrgebiet	3 932 000	-2,1	566 300	+1,7
NRW insgesamt	36 335 600	-1,8	5 872 700	+1,2

Auf die nordrhein-westfälischen Reisegebiete verteilen sich die Übernachtungszahlen sehr unterschiedlich: Das Münsterland (+0,1 Prozent), Köln (+1,4 Prozent) und Düsseldorf (+3,0 Prozent) meldeten 2002 mehr Übernachtungen als im Vorjahr, alle anderen Regionen mussten leichte Verluste hinnehmen. Wie die Tabelle zeigt, sehen die Übernachtungszahlen der ausländischen Gäste, von „Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis“ abgesehen, etwas freundlicher aus.

*) ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen – **) Mehrheitlich sind Agenturtankstellen entsprechend ihrer Wertschöpfung dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art zugeordnet

¹⁰ Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten (neben Hotels und Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen auch Jugendherbergen, Sanatorien usw.)

Das Übernachtungsprofil der ausländischen Gäste in der Aufgliederung nach ihrem Herkunftsland ist gegenüber 2001 fast unverändert. Nach wie vor dominieren unsere niederländischen Nachbarn, auf die etwas mehr als ein Fünftel aller Übernachtungen von Ausländer(inne)n entfallen, das sind etwa 3,5 Prozent aller Übernachtungen in NRW.



Die 169 (Wintersaison) bzw. 194 (Sommersaison) **Campingplätze** im Lande, die nicht nur Dauer-Campers offen standen, konnten im letzten Jahr 302 540 (-0,6 Prozent) Camper als Gäste begrüßen, die es auf 957 670 (+0,3 Prozent) Übernachtungen brachten. Die stärkste Gruppe waren wieder die Niederländer (39 435 Gäste).

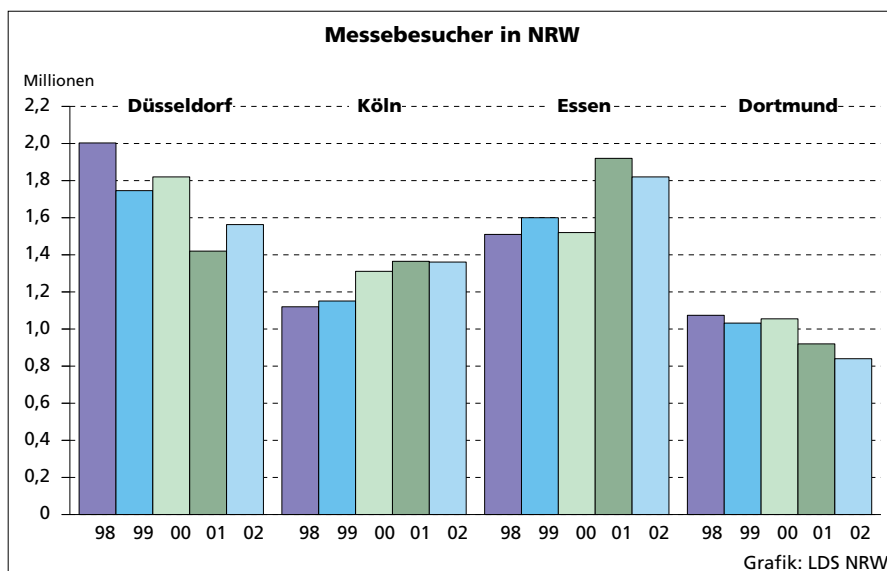
Gewerbebezug	Veränderung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe NRWs 2002 gegenüber 2001				
	Umsatz		Beschäftigte		
	nominal	real	insgesamt	davon	
				Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
in Prozent					
Gastgewerbe insgesamt	-5,0	-8,2	-4,1	-3,9	-4,3
davon Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	-3,2	-6,5	-4,4	-3,0	-6,8
sonstiges Beherbergungsgewerbe*)	-10,9	-13,8	-17,9	-18,5	-17,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	-6,3	-9,6	-4,0	-4,7	-3,3
sonstiges Gaststättengewerbe**)	-1,4	-5,0	-3,0	-1,2	-3,9
Kantinen und Caterer	-9,8	-12,4	-6,5	-7,1	-6,1

*) u. a. Erholungs- und Ferienheime, Ferienhäuser und -wohnungen, Campingplätze – **) u. a. Schankwirtschaften, Bars und Diskotheken

Das **Gastgewerbe**, zu dem neben dem Beherbergungsgewerbe auch das Gaststättengewerbe und die Kantinen und Caterer zählen, hatte 2002 nominal einen Umsatzrückgang um 5,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Minus von 8,2 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 4,1 Prozent ab (Teilzeitbeschäftigte –4,3 Prozent, Vollbeschäftigte –3,9 Prozent).

Weniger Beschäftigung und Umsatz im Gastgewerbe

In den **Messestädten** Düsseldorf, Essen, Köln und Dortmund wurden im Jahr 2002 fast 5,6 Millionen Besucherinnen und Besucher gezählt. Dabei verbuchte Düsseldorf ein Plus von 10,1 Prozent, während in Köln (–0,3 Prozent), Essen (–5,2 Prozent) und Dortmund (–8,7 Prozent) Rückgänge gegenüber 2001 zu verzeichnen waren. Insgesamt ergab sich ein Minus von 0,7 Prozent.¹¹



Dienstleistungen

Im letzten Jahr wurden erstmals Strukturdaten für den Dienstleistungsbereich in NRW ermittelt. In den Wirtschaftszweigen Verkehr, Nachrichtenwesen und wirtschaftsnahe Dienstleistungen waren der neuen Statistik zufolge im Jahre 2000 knapp 1,4 Millionen Menschen beschäftigt, die einen Umsatz von rund 161 Milliarden Euro erwirtschafteten. Die neue Erhebung wird in Zukunft eine detaillierte jährliche Darstellung der wirtschaftlichen Strukturentwicklungen im jeweils vorvergangenen Jahr ermöglichen.

Erste Ergebnisse aus neuer Statistik im Dienstleistungsbereich

¹¹ Die hohen Schwankungen der Besucherzahlen erklären sich auch durch nicht in jedem Jahr stattfindende Großmessen, die zu zyklischen Schwankungen der Besucherzahlen führen.

Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftszweigen NRWs im Jahr 2000		
Wirtschaftszweig	Umsatz in Mrd. Euro	Beschäftigte
Verkehr, Transport in Rohrfernleitungen	9,8	136 449
Schifffahrt	1,7	9 767
Luftfahrt	7,6	32 284
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	17,3	91 648
Nachrichtenübermittlung	49,3	401 068
Grundstücks- und Wohnungswesen	15,2	51 698
Vermietung beweglicher Sachen	4,0	13 388
Datenverarbeitung und Datenbanken	7,1	53 681
Forschung und Entwicklung	0,8	10 914
Erbringung von Dienstleistungen über- wiegend für Unternehmen*)	49,4	598 946
Zusammen	160,9	1 392 157

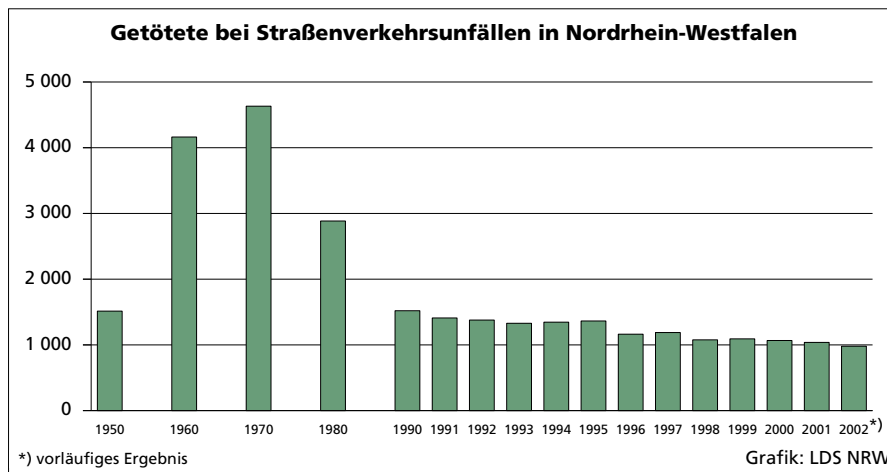
*) z. B. Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung, Gebäudereinigung

Zusätzlich wird die neue „Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen“ zeitnah aktuelle Daten zur konjunkturellen Entwicklung in diesen Wirtschaftsbereichen liefern. Sie wird ab dem 1. Quartal 2003 vierteljährlich erhoben; die Ergebnisse werden jeweils zwei Monate nach Quartalsende zur Verfügung stehen.

Verkehr

Die Zahl der bei **Straßenverkehrsunfällen** getöteten Menschen ist im Jahr 2002 weiter zurückgegangen. Nach vorläufigen Ergebnissen erreichte sie mit 980 den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik 1950 und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 7,7 Prozent auf 16 773 und die Zahl der Leichtverletzten um 3,3 Prozent auf 72 357 zurück.

Verkehrstote: Niedrigster Stand seit Einführung der Statistik

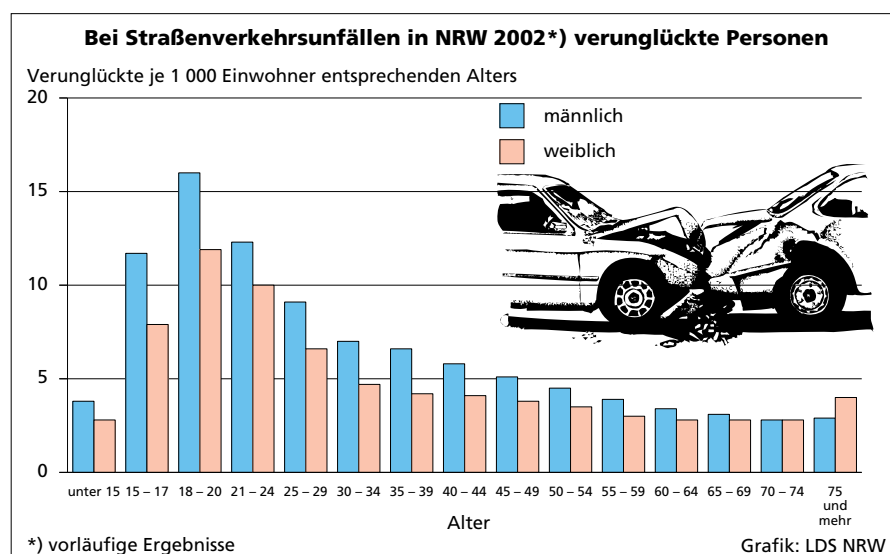


Die Zahl der Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, nahm um 4,6 Prozent auf 69 994 ab. Die reinen Sachschadensunfälle lagen bei 475 831, jedoch haben auch diese gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent abgenommen. Bei 4 748 Unfällen (-5,8 Prozent) spielte Alkoholeinwirkung eine Rolle.

Merkmal	Straßenverkehrsunfälle in Nordrhein-Westfalen					Veränderung 2002 gegenüber 2001 in Prozent
	1998	1999	2000	2001	2002*)	
Straßenverkehrsunfälle**)	525 915	558 637	553 297	561 508	545 825	-2,8
Unfälle mit Personenschaden	74 392	78 181	74 632	73 348	69 994	-4,6
Unfälle nur mit Sachschaden	451 523	480 456	478 665	488 160	475 831	-2,5
Verunglückte Personen insgesamt	95 928	99 667	96 046	94 051	90 110	-4,2
davon						
Getötete	1 077	1 092	1 067	1 038	980	-5,6
Schwerverletzte	21 227	21 704	19 748	18 166	16 773	-7,7
Leichtverletzte	73 624	77 963	75 231	74 847	72 357	-3,3

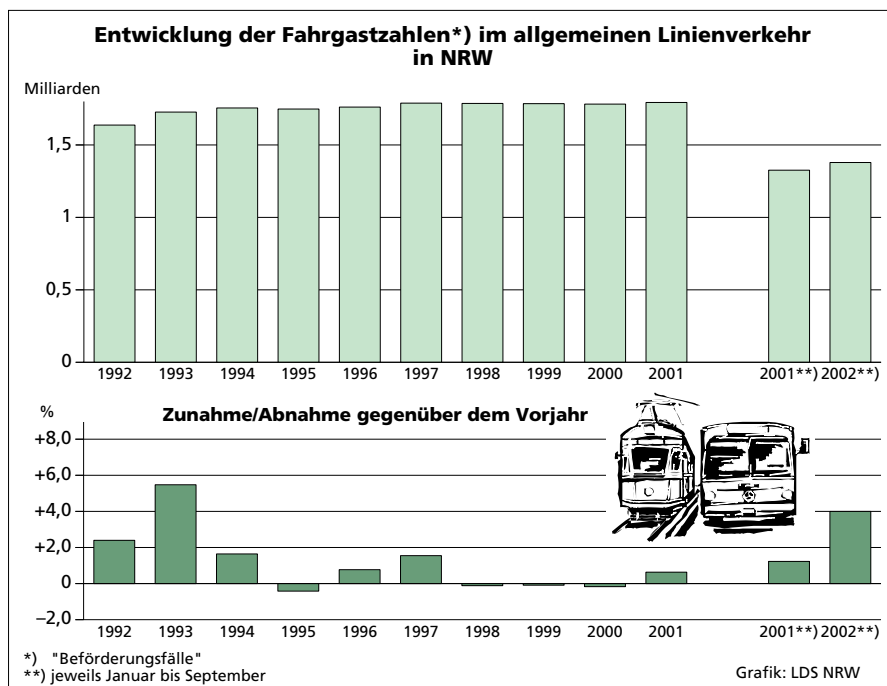
*) vorläufige Ergebnisse – **) einschl. Bagatellunfällen

Die Grafik zeigt die im Jahre 2002 verunglückten Personen nach Altersgruppen. Junge Menschen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren stellen die am stärksten gefährdete Altersgruppe.



Im **öffentlichen Straßenpersonenverkehr** wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 rund 1,38 Milliarden Personen im allgemeinen Linienverkehr befördert, 4,0 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Einnahmen der Verkehrsunternehmen aus dem allgemeinen Linienverkehr waren mit 859,9 Millionen Euro um 2,4 Prozent höher als von Januar bis September 2001.

**ÖPNV: Mehr Fahrgäste
im Linienverkehr**



Kfz-Dichte weiter gestiegen

Der **Kraftfahrzeugbestand** in NRW stieg wie in den Vorjahren weiter an. Zu Jahresbeginn 2002 waren nach Auswertungen des Kraftfahrt-Bundesamtes fast 11,2 Millionen Kraftfahrzeuge in Nordrhein-Westfalen zugelassen, 1,9 Prozent mehr als Anfang 2001. Die Kraftfahrzeugdichte in Nordrhein-Westfalen nahm damit von 609 auf 620 Kfz pro 1 000 Einwohner zu.

Weniger Flugpassagiere

Auf den internationalen Verkehrsflughäfen Nordrhein-Westfalens wurde 2002 mit knapp 23,9 Millionen **Fluggästen** im gewerblichen Verkehr das Passagieraufkommen des Vorjahres nicht erreicht (-5,0 Prozent). Den größten Rückgang hatte der Flughafen Mönchengladbach (-35,5 Prozent) zu verzeichnen, während die Flughäfen Düsseldorf (-4,2 Prozent) und Paderborn/Lippstadt (-3,2 Prozent) die geringsten Einbußen hinnehmen mussten.

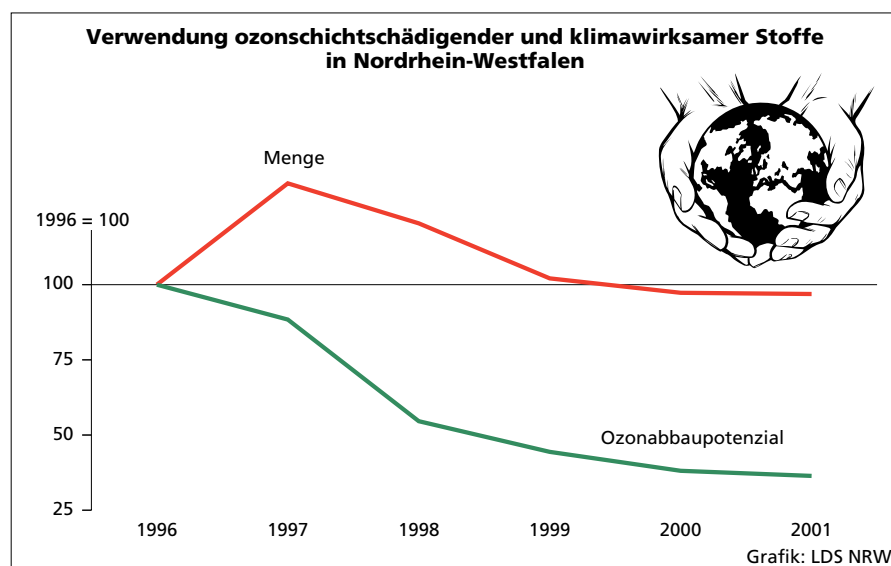
Flughafen	Fluggäste (Ein- und Aussteiger)				
	1998	1999	2000	2001	2002*)
Dortmund/Wickede	584 800	677 400	694 300	1 044 600	977 200
Düsseldorf	15 749 700	15 925 600	16 027 100	15 394 800	14 743 000
Köln/Bonn	5 383 900	5 990 200	6 291 700	5 705 800	5 375 100
Mönchengladbach	237 900	190 700	141 600	131 300	84 700
Münster/Osnabrück	1 280 000	1 563 600	1 764 800	1 606 600	1 478 600
Paderborn/Lippstadt	928 400	1 174 900	1 342 200	1 265 200	1 224 900
Insgesamt	24 164 800	25 522 400	26 261 800	25 148 400	23 883 400

*) vorläufige Ergebnisse

Umwelt

Seit der erstmaligen Erhebung **ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe** (FCKW u.a.) für das Jahr 1996 zeichnet sich ein klarer Trend zum Umstieg auf weniger schädliche Ersatzstoffe ab. Dies ist Ergebnis nationaler und internationaler gesetzlicher Vorgaben, die den Einsatz bestimmter Stoffe verbieten oder beschränken. So sank die ozonschichtschädigende Wirkung der verwendeten Stoffe von 256,8 ODP-Tonnen¹² (1996) auf nur noch 93,4 ODP-Tonnen (2001) – ein Rückgang um 63,6 Prozent –, während die absolute Menge (rd. 900 Tonnen) nahezu konstant blieb. Im Einsatzbereich als Kältemittel, der von der Öffentlichkeit hauptsächlich mit der Problematik des „Ozonlochs“ verbunden wird, reduzierte sich die ozonschichtschädigende Wirkung der eingesetzten Stoffe sogar um 72,9 Prozent (1996: 77,5 ODP-Tonnen, 2001: 21,0 ODP-Tonnen), während auch hier die absolute Menge lediglich von 643,4 Tonnen auf 601,5 Tonnen zurückging.

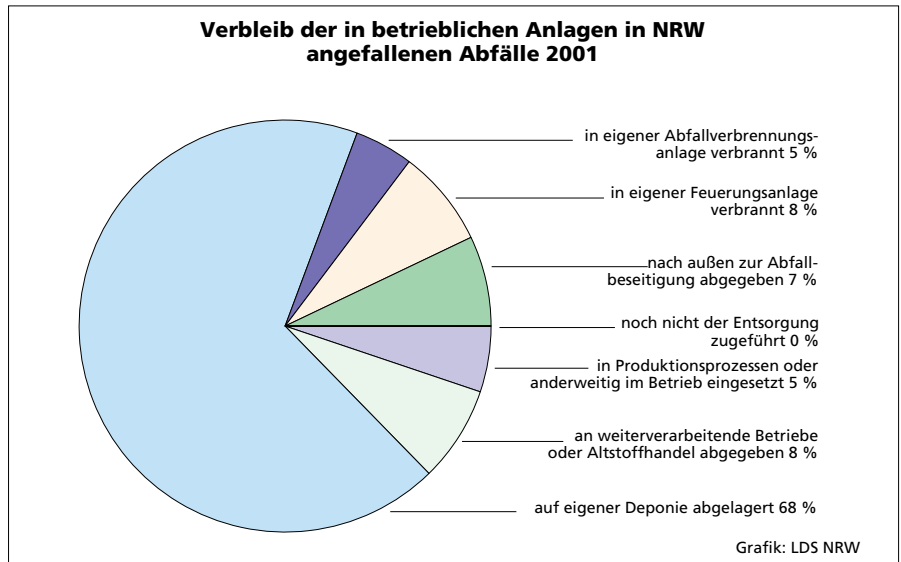
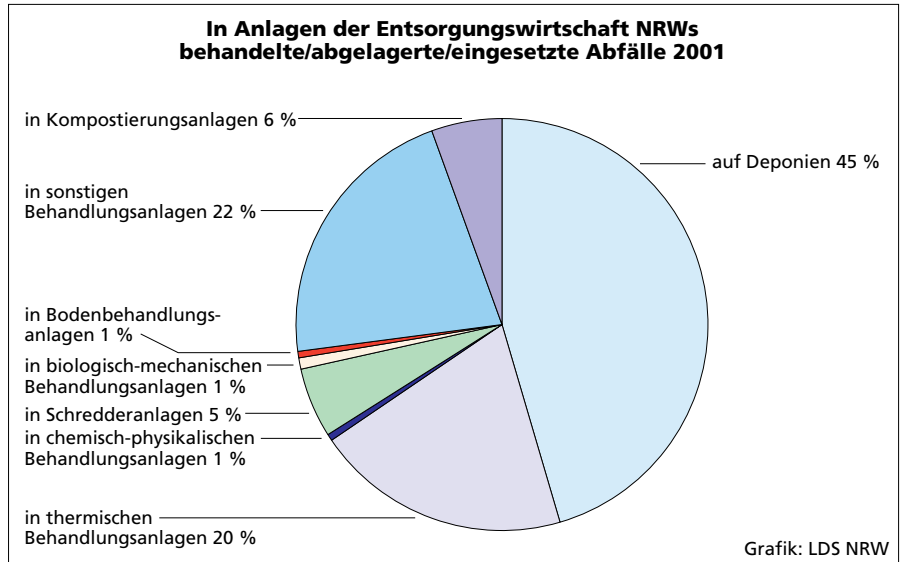
**Ozonschicht-Schädigung
reduziert**



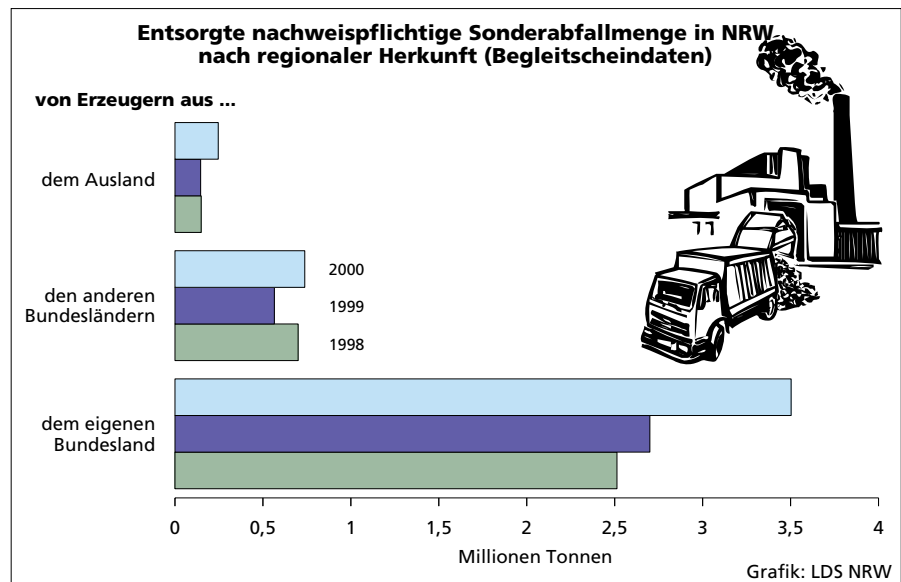
Im Jahr 2001 wurden in 451 nordrhein-westfälischen Anlagen der Entsorgungswirtschaft (sog. „**Fremdentsorgung**“) insgesamt 27,6 Millionen Tonnen nicht nachweispflichtige Abfälle (darunter 7,6 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle aus Haushalten und Gewerbe) entsorgt, rund 400 000 Tonnen weniger als im Vorjahr. Knapp die Hälfte davon (45,5 Prozent) wurde auf Deponien abgelagert.

Weitere 9,8 Millionen Tonnen (2000: 10,0) wurden der betrieblichen Abfallentsorgung (sog. „**Eigenentsorgung**“) zugeführt. Rund 800 000 Tonnen davon waren nachweispflichtige Abfälle außerhalb des Begleitscheinverfahrens.

¹² ODP = Ozone Depletion Potential (Maßeinheit zur Beschreibung der ozonschichtschädigenden Wirkung)



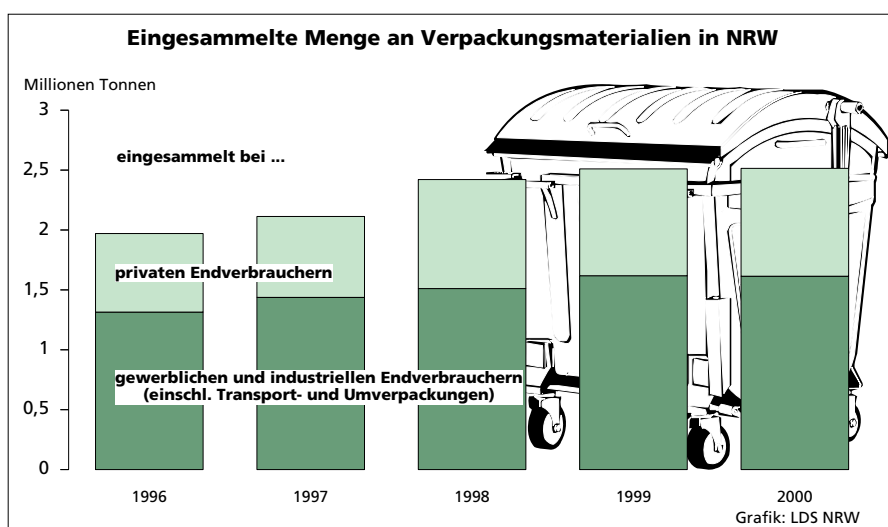
Darüber hinaus wird durch das behördliche Begleitscheinverfahren, das Kontroll- und Überwachungszwecken dient, der Entsorgungsweg von Sonderabfäl-



len differenziert nach Herkunft (Abfallerzeuger), Entsorgung (Abfallentsorger), Abfallart und Menge erfasst. Im Rahmen dieser Auswertung wurden insgesamt 4,5 Millionen Tonnen Abfälle nachgewiesen, wovon 974 000 Tonnen (21,6 Prozent) aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland importiert wurden.

Erfreulich ist die weitere Zunahme der **Altstoffverwertung**: 2000 wurden 2,5 Millionen Tonnen Verpackungsmaterialien eingesammelt, ein Plus von rund 30 Prozent gegenüber der ersten Erhebung 1996. Ähnlich hohe Steigerungsraten wurden bei der Aufarbeitung von Altkunststoffen (2000: 365 000 Tonnen) erzielt. Auch das Bauabfall-Recycling zeigt mit rund 13 Millionen Jahrestonnen einen nahezu unverändert positiven Trend.

Hohe Steigerungsraten bei der Altstoffverwertung



In der **öffentlichen Wasserversorgung** ist die Wassergewinnung seit 1991 durchweg rückläufig. Wurden damals noch 1,49 Milliarden Kubikmeter gewonnen, reduzierte sich durch wassersparende Techniken der gewerblichen Abnehmer und sparsameren Verbrauch der Privathaushalte – auch auf Grund gestiegener Wasserpreise – die Wasserförderung 2001 auf 1,28 Milliarden Kubikmeter (–14,1 Prozent). Entsprechend sank der Wasserverbrauch je Einwohner und Tag von 152,5 Litern (1991) auf 141,1 Liter (2001).

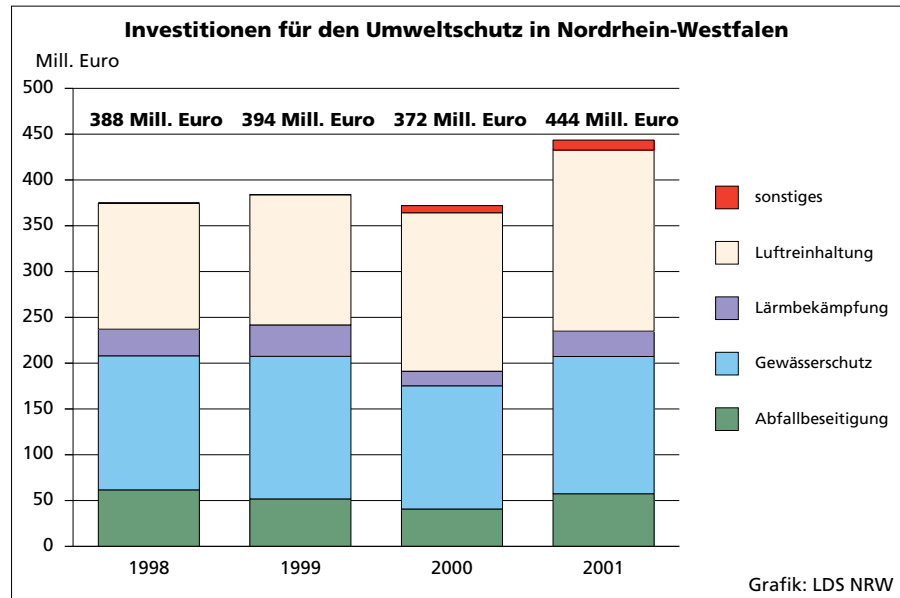
Sparsamerer Wasserverbrauch

Stark rückläufig war auch die **Wasserförderung der Wärmekraftwerke** für die öffentliche Versorgung: Sie sank gegenüber 1991 um 40,7 Prozent auf 2,15 Milliarden Kubikmeter. Ursächlich hierfür ist die geringere Energieproduktion in diesem Marktsegment, auch in Folge der zunehmenden Liberalisierung des Strommarktes.

Umweltschutz-Investitionen

+16 Prozent

Die Betriebe des Produzierenden Gewerbes¹³ **investierten** 2001 mit 444 Millionen Euro 72 Millionen Euro mehr in den **Umweltschutz** als im Vorjahr (+16 Prozent). Traditionell entfiel der höchste Anteil auf Maßnahmen der Luftreinhaltung (44,6 Prozent), gefolgt von den Investition für den Gewässerschutz (33,8 Prozent) und die Abfallbeseitigung (13,0 Prozent).



Hinsichtlich des hohen Anteils der Umwelt- an den Gesamtinvestitionen (41,7 Prozent) fällt der Wirtschaftszweig „Kokerei und Mineralölverarbeitung, Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen“ ins Auge: Grund hierfür ist die Ende 1998 in Kraft getretene EU-Richtlinie über die Qualität von Dieselmotorkraftstoffen, die zum Ziel hat, verbesserte umweltfreundliche Kraftstoffe herzustellen.¹⁴ Entsprechend sind in Raffinerien Anlagenneubauten bzw. -umrüstungen erforderlich.

Durch Unfälle wurden 2001 205 Kubikmeter **wassergefährdende Stoffe** freigesetzt. Nur 3,6 Prozent der freigesetzten Stoffe waren jedoch als stark wassergefährdend eingestuft. Die Hauptursache war in 180 Fällen Fehlverhalten oder menschliches Versagen, in 121 Fällen lagen Materialfehler zugrunde und 107 Unfälle hatten sonstige Ursachen (z. B. höhere Gewalt). Bei den ausgelaufenen Substanzen, die dauerhaft den Wasserhaushalt belasten (80 Kubikmeter) handelte es sich zum überwiegenden Teil um Mineralölprodukte (59 Kubikmeter), die über den Boden bzw. das Kanalnetz die Gewässer verunreinigten.

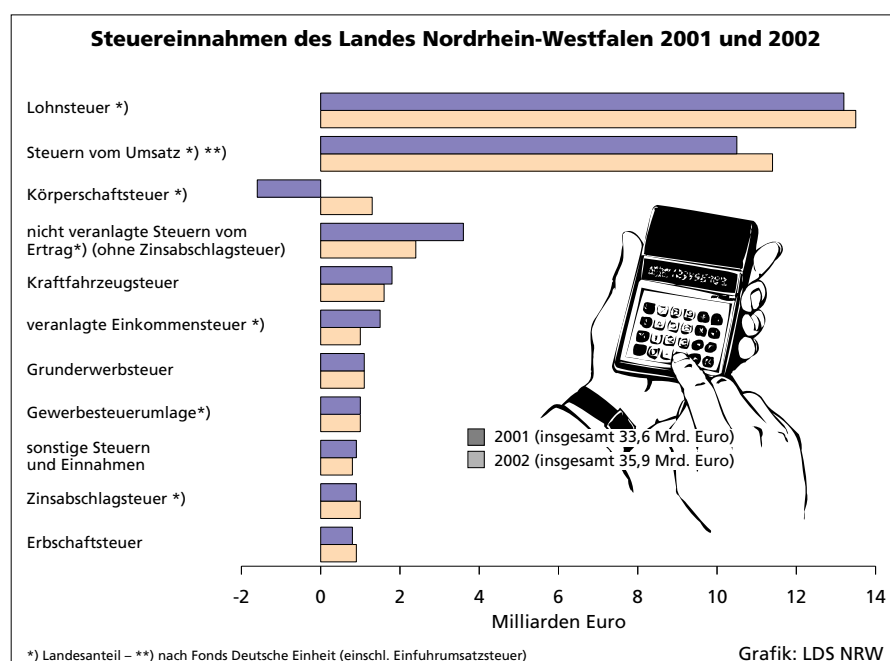
¹³ hier: ohne die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung

¹⁴ Ab dem Jahr 2005 soll eine Absenkung des Schwefelanteils für Benzin und Diesel auf maximal 50 ppm [ppm = parts per million] erfolgen.

Öffentliche Finanzen

Die dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2002 verbleibenden **Steuereinnahmen**¹⁵ beliefen sich auf 35,9 Milliarden Euro. Das waren zwar 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr, aber 5,0 Prozent weniger als im Jahr 2000. Der im Gesamtbetrag enthaltene Anteil an gemeinschaftlichen Steuern stieg gegenüber 2001 um 8,5 Prozent auf 31,6 Milliarden Euro und erreichte damit einen Anteil von 87,9 Prozent an den Gesamtsteuereinnahmen. Die reinen Landessteuern sanken auf 4,4 Milliarden Euro (-4,4 Prozent). Damit trugen die reinen Landessteuern einen Anteil von 12,1 Prozent zu den gesamten Steuereinnahmen des Landes bei.

Steuereinnahmen des Landes:
6,8 Prozent mehr als 2001,
5,0 Prozent weniger als 2000



Wichtigste Einnahmequelle war die Lohnsteuer, die auf 13,5 Milliarden Euro anstieg (+2,1 Milliarden Euro). Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer sanken um 30,3 Prozent auf 1,0 Milliarden Euro. Das Umsatzsteuerertrag erhöhte sich um 8,6 Prozent auf 11,4 Milliarden Euro. Nachdem die Möglichkeiten des neuen Körperschaftsteuerrechts massiv ausgeschöpft wurden, was zu einem negativen Steueraufkommen im Jahre 2001 geführt hatte, waren die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer mit 1,3 Milliarden Euro wieder positiv. Auf 2,4 Milliarden Euro (-32,9 Prozent) gesunken sind jedoch die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die eigentlich die Ausfälle der Körperschaftsteuer kompensieren soll. Ursächlich dafür dürfte ein rückläufiges Ausschüttungsvolumen der Unternehmen sein, zumal

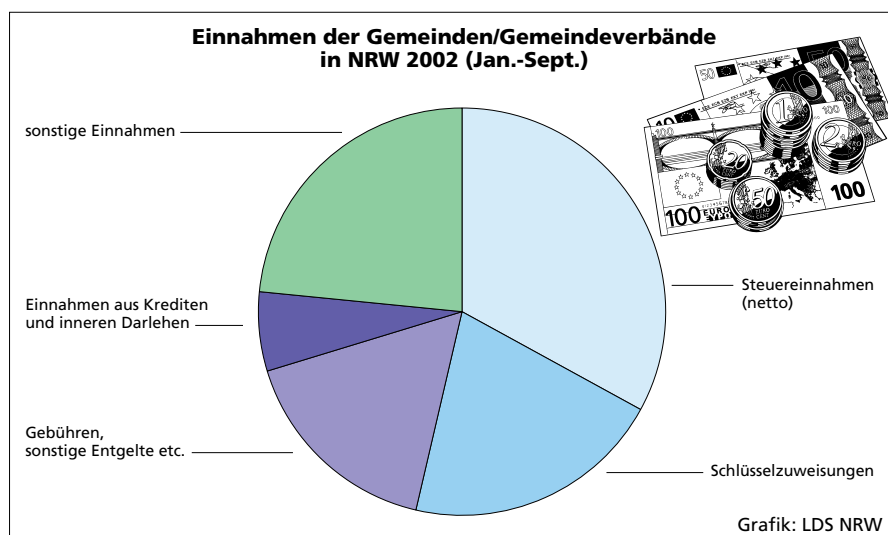
¹⁵ vorläufige Ergebnisse; nach Abzug der dem Bund und den Gemeinden zustehenden Anteile aus den Gemeinschaftssteuern, vor Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen – Quelle: Finanzministerium NRW

das Vorjahr durch hohe Sonderausschüttungen gekennzeichnet war. Das Aufkommen aus dem Zinsabschlag stieg um 2,3 Prozent auf 1,0 Milliarden Euro.

Die wichtigste Einzelsteuer unter den reinen Landessteuern war auch 2002 die Kraftfahrzeugsteuer mit 1,6 Milliarden Euro (-10,2 Prozent). Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer (1,1 Milliarden Euro) blieben im Grunde unverändert, während sich die Erbschaftsteuer um 7,9 Prozent auf 0,9 Milliarden Euro erhöhte.

Die **Gemeinden und Gemeindeverbände** in Nordrhein-Westfalen – Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände – verzeichneten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2002 Einnahmen von 25,3 und Ausgaben von 27,2 Milliarden Euro.¹⁶ Die Einnahmen sanken somit um 2,9 Prozent, die Ausgaben erhöhten sich um 1,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Kommunale Finanzen:
Einnahmen -2,9 Prozent,
Ausgaben +1,6 Prozent

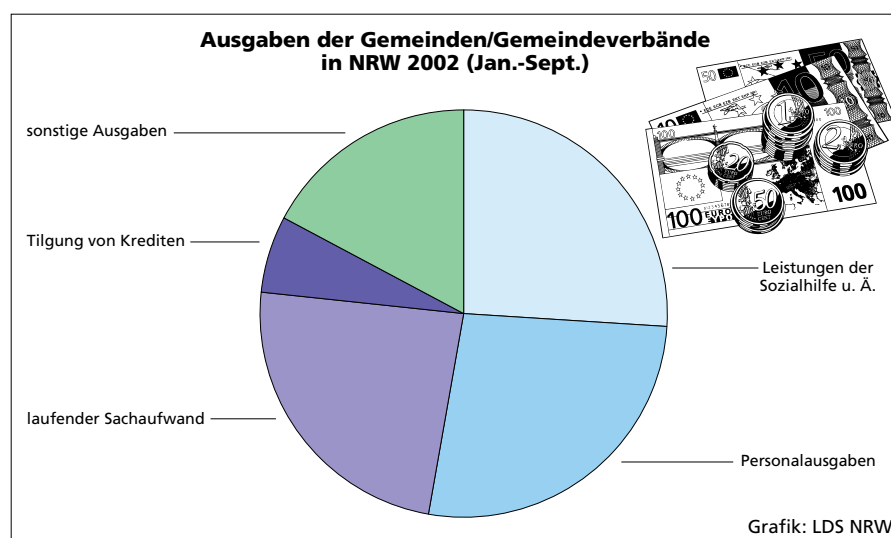


Auf der Einnahmenseite der Verwaltungshaushalte gingen die Steuereinnahmen (netto) um 8,0 Prozent auf 8,3 Milliarden Euro zurück, wobei der Hauptanteil auf die Gewerbesteuer (netto) mit einem Minus von 0,5 Milliarden Euro oder 15,7 Prozent entfiel. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten verzeichneten ein leichtes Plus (+1,2 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro), während bei den für die kommunalen Haushalte ebenso bedeutenden Schlüsselzuweisungen vom Land ein Rückgang von 1,4 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro feststellbar war.

¹⁶ Die Zahlen sind bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen Gemeinden/Gemeindeverbänden und um haushaltstechnische Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge.

Die für die Vermögenshaushalte vom Volumen her bedeutenden Einnahmen blieben gegenüber dem Vorjahreszeitraum größtenteils nahezu konstant; die Kreditaufnahme erhöhte sich hingegen um 11,6 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro.

Auf der Ausgabenseite der Verwaltungshaushalte stiegen die Personalausgaben um 2,5 Prozent auf 7,1 Milliarden Euro, die Leistungen der Sozialhilfe erhöhten sich um 1,9 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro. Der laufende Sachaufwand ging um 1,8 Prozent auf 7,3 Milliarden Euro zurück.



Das zu den Einnahmen der Vermögenshaushalte Gesagte gilt sinngemäß auch für die Ausgaben, die sich ebenfalls nur geringfügig veränderten. Auch die Kredittilgung blieb mit 1,7 Milliarden Euro konstant.

Im **öffentlichen Dienst**¹⁷ arbeiteten Mitte 2001¹⁸ 698 000 Vollzeitbeschäftigte, 2,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Von diesen Vollzeitkräften entfielen 289 000 auf den Arbeitgeber Land, 222 000 auf die Gemeinden und Gemeindeverbände und 134 000 auf den Bund bzw. auf unter Bundesaufsicht stehende Dienststellen. 52 000 Personen waren bei Zweckverbänden u. dgl., bei Sozialversicherungen und bei unter Landesaufsicht stehenden, rechtlich selbständigen Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform – dazu zählen ebenfalls die zum 1. Januar 2001 in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelten Universi-

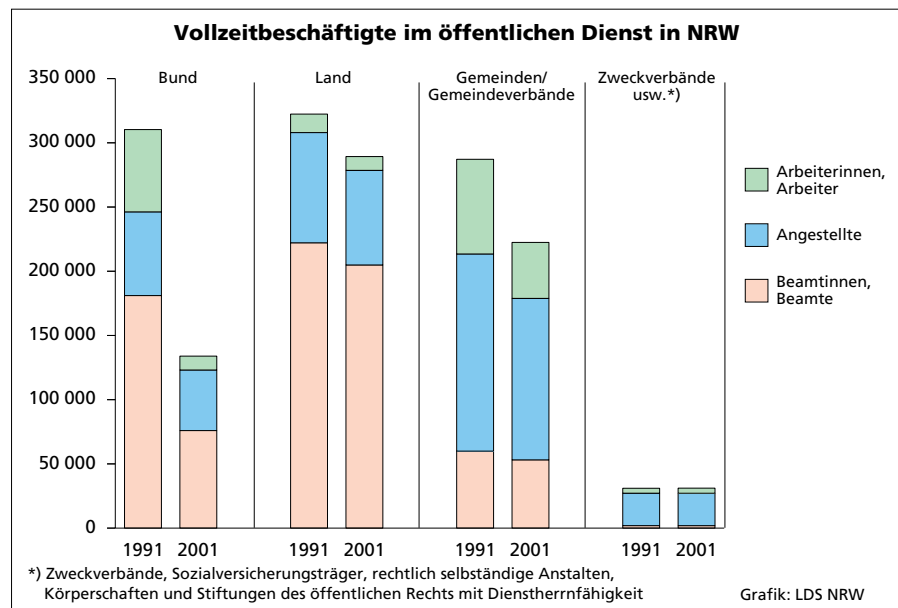
2,2 Prozent weniger Vollzeitpersonal im öffentlichen Dienst

¹⁷ Die Ergebnisse dieses Abschnitts beziehen sich auf den „unmittelbaren“ und den „mittelbaren“ öffentlichen Dienst in NRW zusammen. Der „unmittelbare“ öffentliche Dienst umfasst Bund, Land, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Zweckverbände und andere Organisationen zwischenkommunaler Zusammenarbeit; „mittelbarer“ öffentlicher Dienst sind Sozialversicherungen und rechtlich selbständige Einrichtungen, die in öffentlicher Rechtsform betrieben werden. Rechtlich selbständige Einrichtungen in privater Rechtsform bleiben – aufgrund gravierender methodischer Änderungen in den Abgrenzungen der Berichtskreise und der dadurch bedingten fehlenden Vergleichbarkeit mit Vorjahresergebnissen – unberücksichtigt.

¹⁸ Ergebnisse für 2002 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

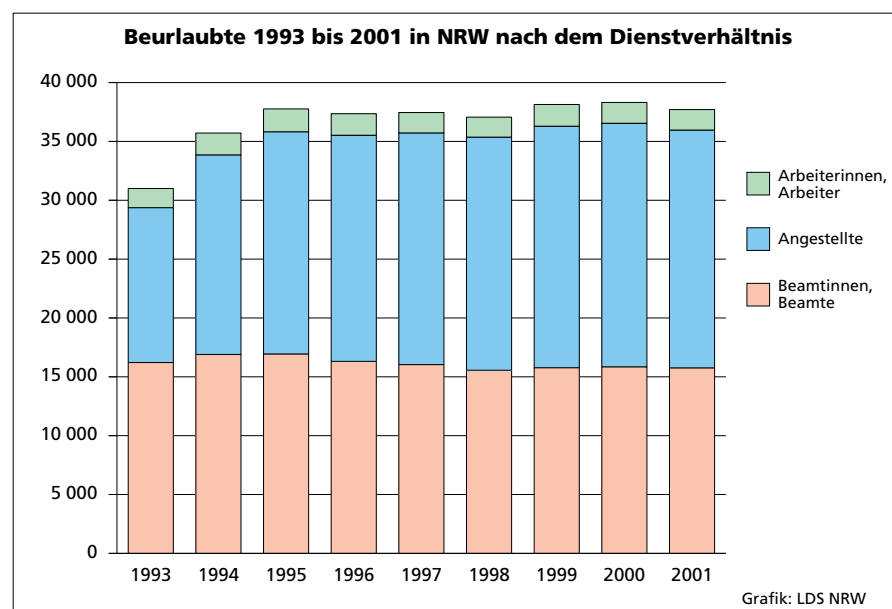
tätsklinika, deren Personal vormals dem Arbeitgeber Land zugeordnet waren – beschäftigt.

Zu den Vollzeitbeschäftigten kamen 177 000 Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte und 36 000 Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der tariflichen Arbeitszeit sowie 26 000 geringfügig Beschäftigte. 14 000 ehemals Voll- oder Teilzeitbeschäftigte nahmen das Angebot ihres Arbeitgebers zur Aufnahme einer Altersteilzeit (im Block- oder Teilzeitmodell) wahr.



Betrachtet man die Entwicklung im unmittelbaren und im mittelbaren öffentlichen Dienst in NRW in den Jahren von 1991 bis 2001, so hat die Beschäftigtenzahl um 21,4 Prozent abgenommen (Rückgang der Vollzeitbeschäftigten um 26,6 Prozent bei einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigten um 2,9 Prozent). Ein großer Anteil ist dabei auf den Rückgang des Bundespersonals, vorwiegend bedingt durch die Verselbstständigung von Bundesbahn und Bundespost, zurückzuführen. Ließe man den Bundesdienst außer Betracht, so wäre die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 12,0 Prozent gesunken, die Zahl der Teilzeitkräfte jedoch um 15,3 Prozent angestiegen. Die in den letzten Jahren bei kommunalen Körperschaften verstärkt feststellbare Tendenz, kommunale Aufgaben aus den Kernhaushalten auszugliedern und sie Eigenbetrieben, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen oder Zweckverbänden u. dgl. zu übertragen oder sie in rechtlich selbstständiger Form z. B. als Anstalt oder als GmbH weiterzuführen, spiegelt sich natürlich ebenfalls in der rückläufigen Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Voll- und Teilzeitkräfte wider.

Die Anzahl der **beurlaubten Bediensteten** des öffentlichen Dienstes (ohne ehemalige Bundesbedienstete in Dienstorten des Landes NRW) belief sich 2001 auf 38 000 und hat sich damit seit 1993 um mehr als ein Fünftel erhöht.¹⁹ Während die Dienststellen des Landes NRW weniger Beurlaubungen meldeten (-10,4 Prozent), wiesen kommunale Arbeitgeber 2001 rund 55 Prozent mehr beurlaubtes Personal aus als 1993.



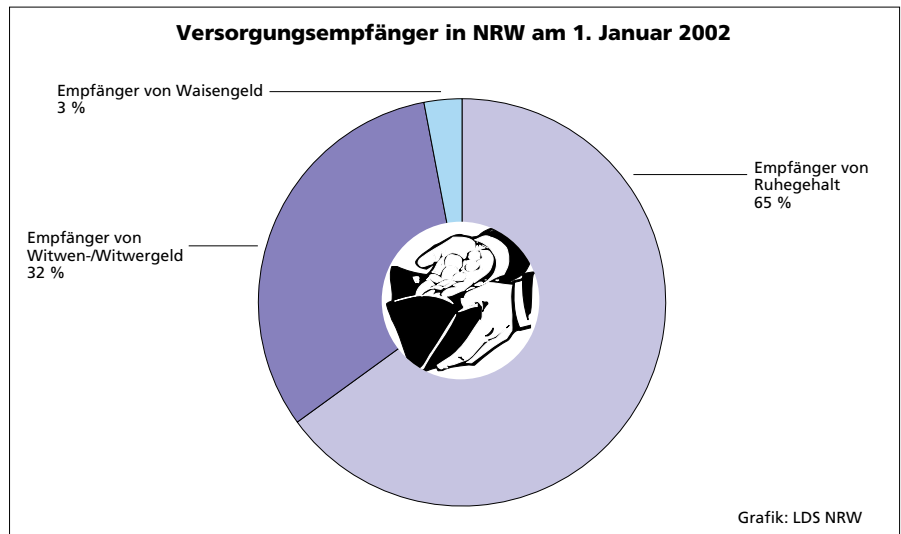
Die Versorgungsempfängerstatistik erfasst zum einen die Empfänger(innen) von **Ruhegehalt** (Pension), die ehemals beim Arbeitgeber Land NRW, bei Gemeinden, Gemeinde- oder Zweckverbänden im Land NRW oder bei Rentenversicherungsträgern unter Landesaufsicht beschäftigt waren, zum anderen deren Hinterbliebene, soweit sie Anspruch auf Witwen- bzw. Witwergeld oder auf Waisengeld besitzen. Dieser Statistik zufolge gab es Anfang 2002 in NRW 179 000 Versorgungsempfänger(innen), 12,6 Prozent mehr als 1994.²⁰

Während Anfang 1994 gut 55 Prozent der Versorgungsfälle Empfänger von Ruhegehalt waren, ist dieser Anteil seither um jährlich etwa einen Prozentpunkt auf nunmehr rund 65 Prozent angestiegen. Ein Vergleich der Fallzahlen der Jahre 2002 und 1994 ergibt, dass die Zahl der Ruhegehaltsfälle um fast 33 Pro-

¹⁹ Seit 1993 sind neben den „aktiven“ auch die „ehemaligen“ Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erfassen, die beurlaubt sind für eine Tätigkeit außerhalb der Verwaltung des Dienstherrn, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, zur Betreuung und Pflege von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, zur Bewerbung um ein Mandat oder zur Ausübung eines Mandats, zur Erziehung eines Kindes, zur Ableistung des Grundwehr- bzw. des Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres. Da dieser Personenkreis nach Ablauf der Beurlaubung ein Anrecht auf Reaktivierung seines Beschäftigungsverhältnisses hat, kommt dieser „Personalreserve“ angesichts der in den öffentlichen Bereichen allgemein anzutreffenden Einsparungsbestrebungen eine wachsende Bedeutung zu.

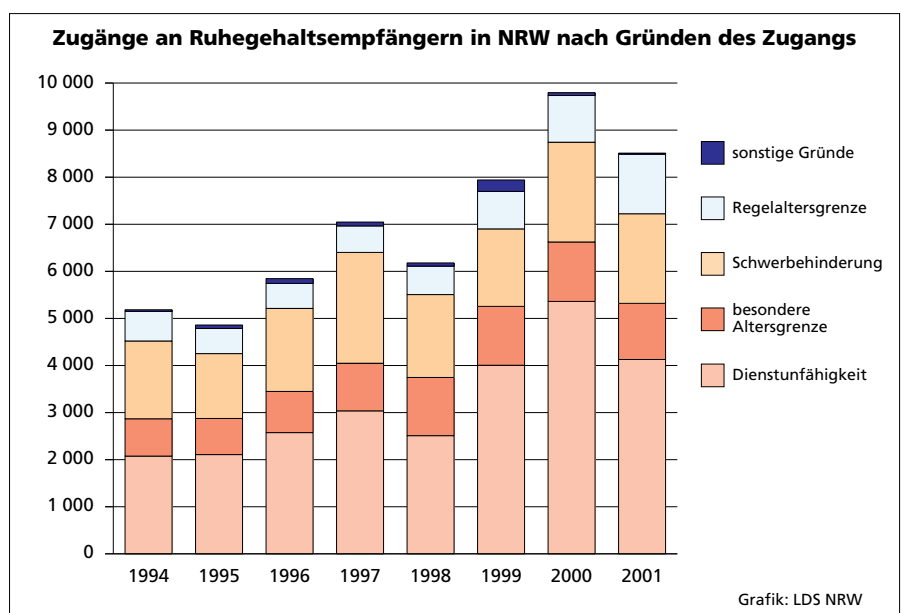
²⁰ Wegen umfassender Veränderungen bei dieser Statistik ist ein Vergleich mit den Jahren vor 1994 nicht möglich.

zent zugenommen hat, während jene der Witwen-/Witwergeldfälle um mehr als 12 Prozent und die der Waisengeldfälle um knapp 9 Prozent zurückgegangen ist.



Pro Jahr kamen seit 1994 zwischen 4 900 und 9 800 Ruhegehaltsempfänger hinzu, davon 3 600 bis 8 200 ehemalige Landesbedienstete. Nur knapp 15 Prozent der neuen „Versorgungsfälle“ ergaben sich wegen des Erreichens der Regel-Altersgrenze. Häufige Gründe waren (bei 14 Prozent) das Erreichen einer besonderen Altersgrenze (z. B. ehemalige Bedienstete im Vollzugsdienst und bei der Feuerwehr) und die Pensionierung aufgrund einer Schwerbehinderung (bei 22 Prozent), vor allem aber die Dienstunfähigkeit, deren Anteil seit 1994 von rund 40 Prozent auf mittlerweile 49 Prozent angestiegen ist.

Jede zweite Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit



Gesundheitswesen und Soziales

Von den rund 185 000 **Todesfällen** des Jahres 2001²¹ war wie in den vergangenen Jahren fast die Hälfte (49,8 Prozent) auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen, ein weiteres Viertel (25,3 Prozent) auf bösartige Neubildungen, unter denen die Krebserkrankungen der Verdauungsorgane dominierten. Die Zahl der Selbstmorde lag mit 1 726 deutlich über jener der bei Transportmittelunfällen Gestorbenen (979).

Von den 462 **Krankenhäusern**, die im Jahr 2001 in NRW für die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung standen, befanden sich 90 in öffentlicher Trägerschaft. Bei 334 handelte es sich um freigemeinnützige Häuser. Die restlichen 38 Häuser wurden in privater Trägerschaft betrieben. Die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sank von 146 auf 144.

Die Mitgliederzahl der **gesetzlichen Krankenkassen**²² belief 2001 auf 10,8 Millionen. Etwa 6,1 Millionen Mitglieder waren noch nicht verrentete Pflichtversicherte und knapp 1,6 Millionen freiwillig Versicherte; der Anteil der Rentner(innen), Rentenantragsteller(innen), Altenteiler und sonstigen Versicherten machte gut 3,1 Millionen Versicherte aus.

Leistungsempfänger(innen) der Pflegeversicherung in NRW im Dezember 2001				
Leistungsempfänger und zwar ...	Pflegestufe			zusammen*)
	I	II	III	
Pflegebedürftige	87 600	99 900	39 700	227 800
darunter Frauen	67 100	75 800	29 800	173 200
Pflegegeldempfänger	137 300	76 300	17 900	231 600
darunter Frauen	88 800	44 400	10 000	143 200
Insgesamt	224 900	176 200	57 600	459 400
darunter Frauen	155 900	120 200	39 800	316 400

*) einschließlich Leistungsempfänger(inne)n, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren

459 400 Menschen erhielten 2001 in NRW Leistungen aus der **Pflegeversicherung**. Das waren 1,4 Prozent weniger als 1999. Rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt; bei fast 30 Prozent erfolgte die Pflege in Heimen. 231 600 Pflegebedürftige erhielten ausschließlich Pflegegeld, um ihre Pflege im eigenen Haushalt durch selbst beschaffte Pflegehilfen (z. B. Verwandte) sicherzustellen. Weitere rund 92 000 Pflegebedürftige wurden zu Hause zum Teil bzw. vollständig durch ambulante Dienste betreut. In Heimen

Pflegebedürftige: Sieben von zehn werden zu Hause versorgt

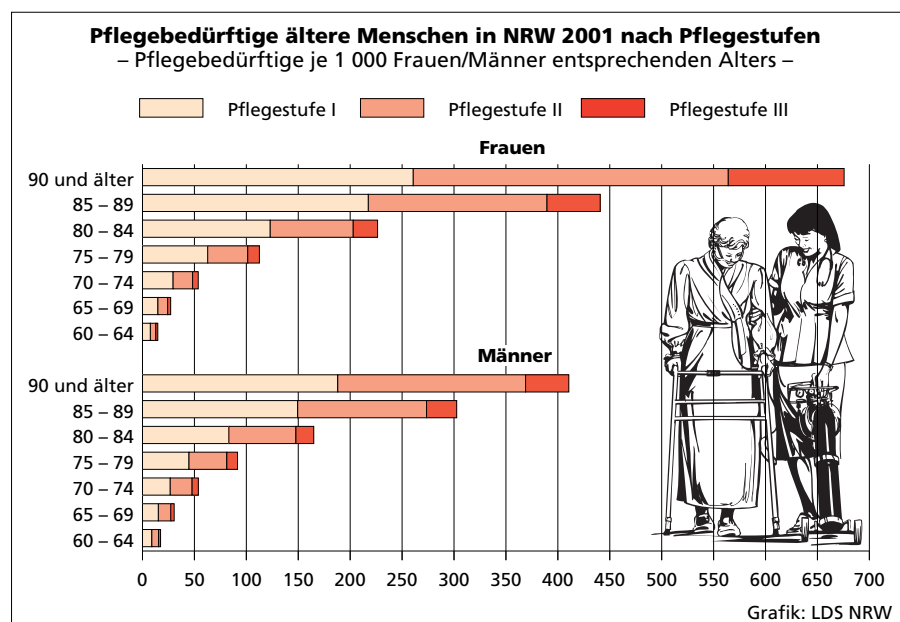
²¹ Ergebnisse für das Jahr 2002 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

²² Orts-, Innungs-, Betriebs- und landwirtschaftliche Krankenkassen, Bundesverwaltungskassen, Ersatzkassen für Angestellte und Arbeiter, Bundesknappschaft und Seekrankenkasse

waren 135 500 pflegebedürftige Menschen überwiegend in vollstationärer Dauerpflege untergebracht.

Knapp die Hälfte der Pflegebedürftigen wies die niedrigste Pflegestufe I auf. 38 Prozent erhielten Leistungen der Pflegestufe II und rund 13 Prozent gehörten zur Gruppe der Schwerstpflegebedürftigen, der Pflegestufe III.

Rund zwei Drittel der Pflegebedürftigen waren Frauen, von denen beinahe jede zweite 85 Jahre oder älter war. Dies liegt nicht nur daran, dass Frauen in den höheren Altersgruppen überdurchschnittlich vertreten sind. Sie weisen mit zunehmendem Alter auch eine höhere Pflegewahrscheinlichkeit auf. 68 Prozent der 90jährigen und älteren Frauen erhielten Leistungen aus der Pflegeversicherung. Dies traf nur auf 41 Prozent der mindestens 90jährigen Männer zu.



Bei den 2 078 im Pflegebereich tätigen ambulanten Diensten und 1 849 Heimen waren 158 014 Personen (+4,5 Prozent) beschäftigt. Rund drei Viertel arbeiteten in Heimen. Frauen stellten sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich rund 83 Prozent der Beschäftigten. Somit besteht auf der pflegebedürftigen und auf der pflegenden Seite eine eindeutige Frauendominanz.

Auf den Bezug von **Sozialhilfe** als laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) waren Anfang 2002 mit rund 661 800 Einwohnerinnen und Einwohnern zwei Prozent mehr Personen angewiesen als im Vorjahr (+12 800 Personen), was einer Quote von 3,7 Prozent an der Landesbevölkerung entspricht. Mit jeweils rund 67 000 Betroffenen sind bei den Frauen die Altersgruppen der bis 10-jährigen und der 30- bis 39-jährigen (in dieser Altersgruppe halten allein Erzie-

Mehr Sozialhilfe-Empfänger

hende einen Anteil von 40 Prozent) am stärksten repräsentiert; Minderjährige bilden bei den männlichen HLU-Beziehern mit 45 Prozent die auffälligste Altersgruppe. Parallel zur Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nahm auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 340 600 auf 344 000 (+1 Prozent) zu.

In Summe beliefen sich 2001 (Ergebnisse für 2002 liegen noch nicht vor) die Bruttoausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in NRW auf 2 519 Millionen Euro, 2,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Zusammen mit den Hilfen in besonderen Lebenslagen (3 463 Millionen Euro; +5,0 Prozent) ergaben sich Sozialhilfe-Gesamtausgaben von 5 982 Millionen Euro (+1,9 Prozent).

Unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen erwies sich mit Ausgaben von 2 389 Millionen Euro (+6,1 Prozent gegenüber 2000) die Eingliederungshilfe erneut als die kostenexpansivste Hilfeart. Infolge ihrer besonderen Zuständigkeit für die hiermit geförderte Gruppe Behinderter wiesen die Landschaftsverbände mit +3,9 Prozent auch ein deutliches Ausgabenwachstum auf, so dass sie die Drei-Milliarden-Euro-Ausgabengrenze erstmals überschritten haben. Bei höheren Durchschnittsausgaben pro Einwohner in den kreisfreien Städte und einer sinkenden Belastung in den Kreisen verstärkte sich das Stadt-Land-Gefälle 2001 noch weiter.

85 900 Menschen bezogen Anfang 2002 Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz**, rund 9 400 Personen oder zehn Prozent weniger als im Vorjahr. Die Unterbringung in Gemeinschafts- und dezentralen Einrichtungen ging sogar noch stärker zurück, während die Auslastung der zentralen Aufnahmeeinrichtungen um fast fünf Prozent anstieg. Das Durchschnittsalter verharrte bei rund 23 Jahren. Das Ausgabenvolumen für das Jahr 2001 vor Abzug von Rückerstattungen belief sich auf 461 Millionen Euro, was gegenüber dem Jahr davor eine um 8,7 Prozent niedrigere Ausgabenbelastung insbesondere der Gemeinden bedeutete.

Weniger Asylbewerber

Die öffentlichen und freien Träger der **Jugendhilfe** leisten „ambulante erzieherische Hilfe“ in drei Formen: der Erziehungsberatung (institutionelle Beratung), der Betreuung einzelner junger Menschen²³ sowie der sozialpädagogischen Familienhilfe.

Im Jahre 2002 wurden nach ersten Schätzungen 71 000 Maßnahmen der Erziehungsberatung beendet. Der durchschnittliche Beratungszeitraum betrug da-

²³ Als junge Menschen gelten nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind.

bei sieben Monate. 18 Prozent der betroffenen jungen Menschen befanden sich im Vorschulalter, drei Viertel (75 Prozent) im Schulalter. In ca. 70 Prozent aller Fälle nahm die Mutter den Kontakt zur Beratungsstelle auf; nur in etwa jedem sechzehnten Fall ging die Initiative vom jungen Menschen selbst aus.

In Betreuung durch einen Träger der Jugendhilfe befanden sich Anfang 2002 insgesamt 3 300 junge Menschen, sei es auf dem Wege über einen Erziehungsbeistand bzw. Betreuungshelfer (76 Prozent), sei es im Rahmen sozialer Gruppenarbeit (24 Prozent). Hauptanlass für den Hilfebedarf waren Entwicklungsauffälligkeiten, Schwierigkeiten in Schule und Berufsausbildung sowie Beziehungsprobleme.

Betreuung in Form der sozialpädagogischen Familienhilfe erhielten Anfang 2002 rund 4 400 Familien, wobei es sich in gut der Hälfte der Fälle um allein Erziehende mit Kindern handelte. In den meisten Fällen wurde die Hilfe durch das Jugendamt bzw. den allgemeinen Sozialdienst angeregt.

Neben der „ambulanten Erziehungshilfe“ gewähren die Träger der Jugendhilfe „Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses“. Anfang 2002 wurden 34 000 junge Menschen außerhalb ihres Elternhauses erzogen, rund 50 Prozent in Heimen oder sonstigen betreuten Wohnformen, 37 Prozent in Vollzeitpflege bei Pflegefamilien oder Verwandten und 10 Prozent in Tagesgruppen. Gut 900 junge Menschen erhielten eine intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung als Unterstützung zur sozialen Integration und zu eigenverantwortlicher Lebensführung.

Geschlecht Alter	Schwerbehinderte in NRW		
	31.12.1999	31.12.2001	Veränderung in Prozent
männlich			
unter 18	21 200	21 900	+3,1
18 bis 59	284 500	274 600	-3,5
60 und mehr	600 500	596 700	-0,6
Zusammen	906 200	893 300	-1,4
weiblich			
unter 18	15 900	15 900	-0,1
18 bis 59	212 500	214 200	+0,8
60 und mehr	601 900	585 800	-2,7
Zusammen	830 300	815 900	-1,7

In der Zahl **schwerbehinderter Menschen** zeigte sich zwischen 1999 und 2001 ein Rückgang um rund 27 300 Personen auf unter 1 709 200 Betroffene. Der Rückgang ist bei den Frauen mit 1,7 Prozent stärker als bei den Männern

mit 1,4 Prozent und fast ausschließlich auf die 55-jährigen und Älteren beschränkt. In diese Altersgruppe fallen vier von fünf schwerbehinderten Frauen und mehr als drei von vier Männern. Mädchen und Jungen unter 18 Jahren machen dagegen nur Anteile von 1,8 bzw. 2,3 Prozent aus.

Ende Dezember 2002 lag die Zahl der **Wohngeldempfänger** mit 636 400 um über 70 000 Haushalte über dem Vorjahreswert. Im Schnitt wurden pro Fall 114 Euro an „Allgemeinem Wohngeld“ für Mieter, 139 Euro an Lastenzuschuss und 171 Euro an „Besonderem Mietzuschuss“ gezahlt, das waren sieben, 16 bzw. vier Euro mehr als zwölf Monate zuvor. Zwei Jahre nach Einführung des neuen Wohngeldrechts lagen die Durchschnittsbeträge beim „Allgemeinen Wohngeld“ um 35 Euro und beim „Besonderen Mietzuschuss“ um 17 Euro höher als im Dezember 2000. In diesem Punkte wie in der Zielsetzung, das „Allgemeine Wohngeld“ (371 200 Fälle) gegenüber dem Zuschuss für Sozialhilfe- und Kriegsofopferfürsorgefälle (298 700) wieder zur dominierenden Leistungsart zu machen, hat sich damit der Ansatz des neuen Wohngeldrechts erfüllt.

Mehr Wohngeld-Empfänger

Zur Jahresmitte 2002 waren 21 163 Personen in NRW als behördlich untergebrachte **Obdachlose** gemeldet. Damit liegt die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr mit –8,2 Prozent erstmals seit fünf Jahren wieder über –10 Prozent. Seit 1997 hat sich die Zahl der obdachlosen Personen mehr als halbiert. Die Zahl der obdachlosen Haushalte ging von 11 768 im Jahre 2001 auf 11 246 zurück, das sind 4,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Die geringste Änderungsrate mit einem Rückgang von unter einem Prozent haben die Einpersonenhaushalte aufzuweisen. Sie bilden weiterhin die stärkste Gruppe mit einem Anteil von 59,1 Prozent an der Gesamtzahl der obdachlosen Haushalte.

Schulen, Hochschulen, Aus- und Fortbildung

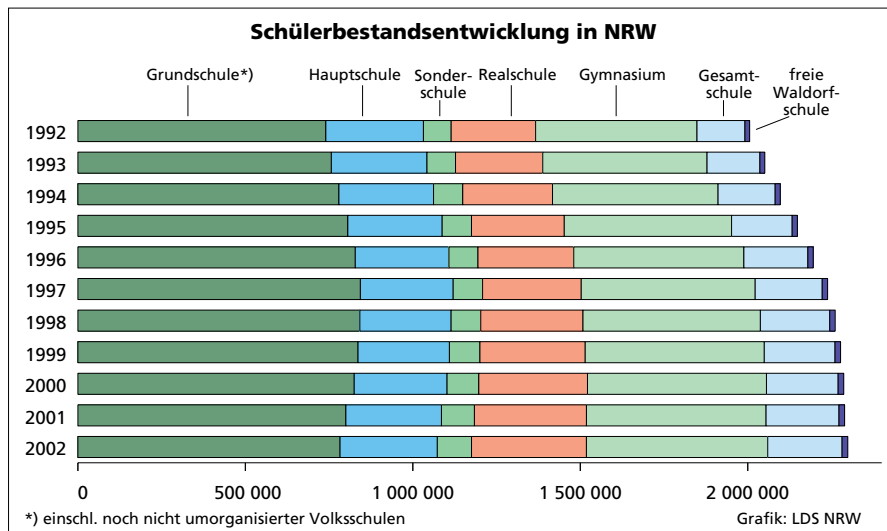
Die 6 350 **Schulen der allgemeinen Ausbildung**²⁴ in Nordrhein-Westfalen werden im laufenden Schuljahr 2002/2003 von 2,3 Millionen Schülerinnen und Schülern besucht, das sind 0,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Schülerzahl +0,4 Prozent

Die stärkste Schülergruppe bilden die 783 000 Grundschülerinnen und Grundschüler. Ihre Zahl ist um knapp ein Viertel (23,8 Prozent) höher als 1985, dem Jahr mit der bislang niedrigsten Grundschülerzahl. Die zweitstärkste Schülergruppe stellen die Gymnasiast(inn)en mit 541 000, gefolgt von den Realschüler(inne)n mit 343 000 und den Hauptschüler(inne)n mit 290 000. In die Ge-

²⁴ Grundschulen (einschl. Schulkindergärten), Hauptschulen, noch nicht umorganisierte Volksschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, freie Waldorfschulen, Sonderschulen (ohne berufsbildenden Bereich)

samtschulen gehen 222 000, in die Sonderschulen 102 000 und in die freien Waldorfschulen 17 000 Kinder und Jugendliche.



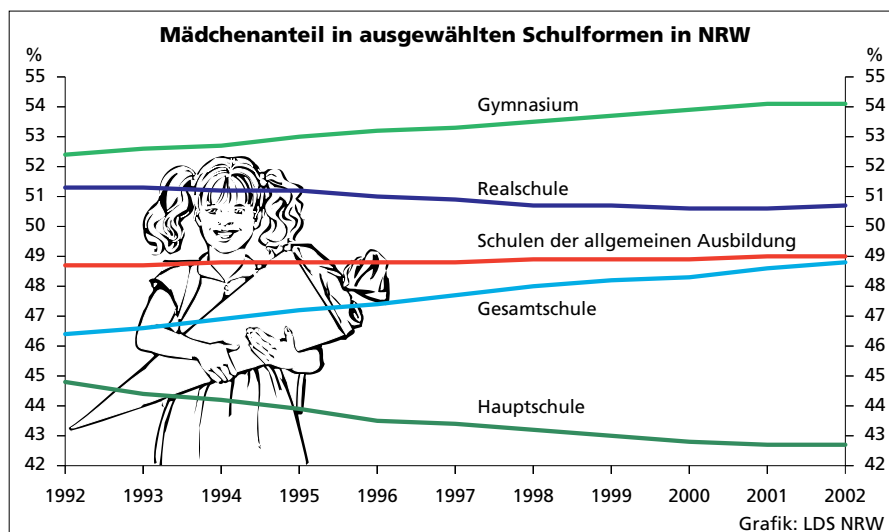
Die Schülerzahlen sind an den Grundschulen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent gesunken. Alle anderen Schulformen verzeichnen steigende Schülerzahlen. In Bezug auf die Höhe der Zuwachsrate liegt die Realschule mit +2,6 Prozent vor der Gesamtschule (+2,0 Prozent). Es folgen die freie Waldorfschule (+1,8 Prozent), die Hauptschule (+1,7 Prozent) und das Gymnasium (+0,9 Prozent). Im Sonderschulbereich ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 3,7 Prozent höher als im vorigen Schuljahr.

Prognose: Ab 2004 Rückgang in der Sekundarstufe I

Nach den **Schülerprognosen** des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik wird der Rückgang der Schülerzahl ab 2004 den Bereich der Sekundarstufe I und ab 2009 den Bereich der Sekundarstufe II erfassen. Anfang des nächsten Jahrzehnts wird die Schülerzahl insgesamt voraussichtlich die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten.

In den letzten zehn Jahren sind die Schülerzahlen an Gesamtschulen und freien Waldorfschulen im Zuge von Ausbaumaßnahmen und Neugründungen um mehr als die Hälfte bzw. um ein Viertel gestiegen. An Realschulen liegt die Zahl der Jungen und Mädchen um ein Drittel, an Gymnasien um 12,3 Prozent höher als vor einem Jahrzehnt. Die **Mädchenquote** ist im Durchschnitt aller Schulformen mit 49,0 Prozent nahezu unverändert geblieben. An Gymnasien hat sie mit 54,1 Prozent den Vorjahreswert bestätigt. Auch an freien Waldorfschulen und Realschulen sind Mädchen mit 51,1 Prozent bzw. 50,5 Prozent überrepräsentiert. Deutlich niedriger ist ihre Quote an den Grund- und Ge-

samtschulen (jeweils 48,8 Prozent), den Hauptschulen (42,7 Prozent) und vor allem an den Sonderschulen (35,5 Prozent).



Die Zahl der deutschen Schülerinnen und Schüler erhöhte sich gegenüber dem vorigen Schuljahr um 0,4 Prozent, die der **ausländischen Schülerinnen und Schüler** um 0,1 Prozent (auf 308 700). Der Ausländeranteil an den Schulen der allgemeinen Ausbildung blieb gegenüber dem Vorjahr mit 13,2 Prozent unverändert. Die höchste Ausländerquote weist mit 22,3 Prozent die Sonderschule auf, gefolgt von der Hauptschule (22,0 Prozent), der Gesamtschule (16,4 Prozent) und der Grundschule (15,8 Prozent). Nach wie vor sind ausländische Kinder und Jugendliche an Realschulen (8,7 Prozent), Gymnasien (4,9 Prozent) und freien Waldorfschulen (1,8 Prozent) deutlich unterrepräsentiert.

Die Zahl der **Schülerinnen und Schüler aus Aussiedlerfamilien** ist mit 107 400 um 7,5 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt aller Schulformen liegt ihr Anteil an der gesamten Schülerschaft bei 4,6 Prozent. Am höchsten ist der Aussiedleranteil an der Hauptschule (10,6 Prozent), gefolgt von der Realschule (5,7 Prozent), der Gesamtschule (5,6 Prozent), der Grundschule (3,7 Prozent), der Sonderschule (3,4 Prozent), dem Gymnasium (1,8 Prozent) und der freien Waldorfschule mit der niedrigsten Aussiedlerquote von unter 0,1 Prozent.

An den Schulen der allgemeinen Ausbildung sind im Schuljahr 2002/2003 insgesamt 158 700 **Lehrerinnen und Lehrer** tätig, 0,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast alle von ihnen (93,4 Prozent) sind hauptamtliche bzw. hauptberufliche Lehrkräfte. 28,0 Prozent unterrichten an einer Grundschule, 23,1 Prozent an einem Gymnasium, 13,2 Prozent an einer Hauptschule und 12,2 Prozent an einer

Realschule. 11,7 Prozent üben ihren Beruf an einer Sonderschule, 10,8 Prozent an einer Gesamtschule aus. 1,0 Prozent der Lehrkräfte sind an einer freien Waldorfschule tätig.

Rund zwei Drittel (66,2 Prozent) der Lehrerschaft sind Frauen; vor zehn Jahren hatte der **Frauenanteil** noch 59,9 Prozent betragen. Überdurchschnittlich hoch ist die Frauenquote im Grund- und im Sonderschulbereich (88,0 Prozent bzw. 73,7 Prozent). Weniger stark sind weibliche Lehrkräfte an Gymnasien (46,8 Prozent), Gesamtschulen (54,2 Prozent), Hauptschulen (58,5 Prozent), freien Waldorfschulen (61,9 Prozent) und Realschulen (65,2 Prozent) vertreten.

23 600 Menschen auf dem zweiten Bildungsweg

Das Angebot des **zweiten Bildungsweges** an den **Weiterbildungskollegs**²⁵ wird im laufenden Wintersemester von 23 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrgenommen. Das sind 1 925 mehr als vor Jahresfrist und 10,6 Prozent mehr als 1992. 10 000 Personen entfallen auf den Bildungsgang Abendrealschule, 7 300 besuchen das Abendgymnasium und 6 300 das Kolleg. Rund die Hälfte der Teilnehmer sind Frauen (49,2 Prozent). Der Ausländeranteil, der im Wintersemester 1989/90 erstmals die Zehn-Prozent-Marke überschritten hatte, liegt jetzt bei 20,6 Prozent.

An den 361 **Berufskollegs**²⁶ werden im laufenden Schuljahr 2002/2003 557 100 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 367 100 Schülerinnen und Schüler nehmen am ausbildungsbegleitenden Unterricht im Rahmen des dualen Systems (Teilzeitberufsschule) teil, und an Fachoberschulen streben 18 900 Jugendliche und junge Erwachsene die Fachhochschulreife an, die diese Schulform nach ein- oder zweijähriger Ausbildung vermittelt. In den einjährigen Bildungsgängen des Berufsgrundschuljahres einschl. Vorklasse (Vollzeit) beträgt die Teilnehmerzahl etwas mehr als 18 500. Die Berufsfachschulen werden von 109 900 Jugendlichen und die Fachschulen, die die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung bieten, von 42 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

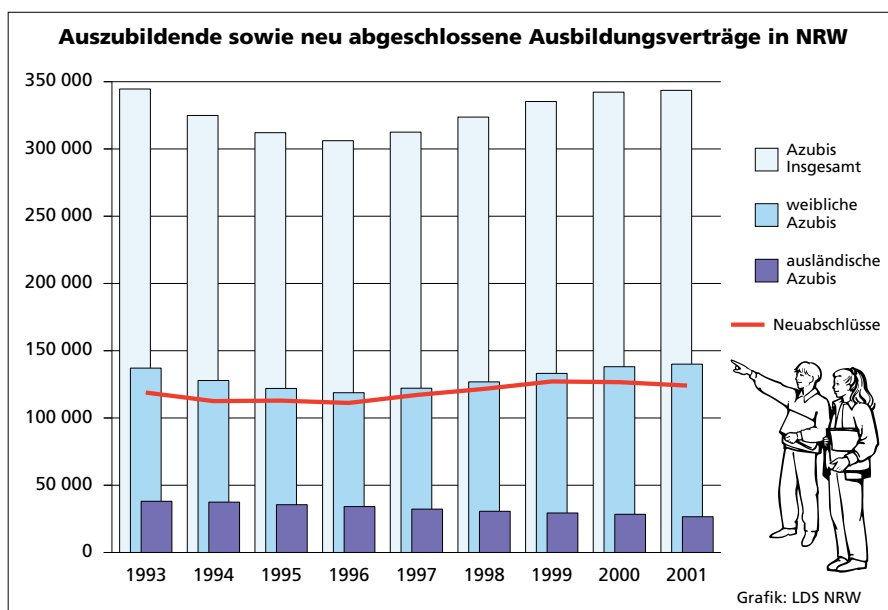
²⁵ Bildungsgänge Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg

²⁶ Berufliche Bildung wurde in Nordrhein-Westfalen von jeher in den „Berufsbildenden Schulen“ mit ihren Schulformen Berufsschule (Teilzeit/Vollzeit), Berufsfachschule, Fachoberschule und Fachschule vermittelt. 1977 wurden außerdem als Schulversuch die „Kollegschulen“ eingerichtet, in denen neben den herkömmlichen beruflichen zusätzlich doppeltqualifizierende Abschlüsse (gekoppelte berufliche und allgemein bildende Abschlüsse) erworben werden konnten. Aus den Erkenntnissen dieses Schulversuchs heraus wurde 1998 im „Berufskolleggesetz“ eine neue Struktur der beruflichen Bildung eingeführt. Dazu erfolgte mit dem Schuljahr 2000/2001 die Umwandlung der ehemaligen berufsbildenden Schulen und Kollegschulen in „Berufskollegs“, die sich noch in die bisherigen Schulformen (Berufsschule, Berufsfachschule, usw.) untergliedern.

An den 572 **Schulen des Gesundheitswesens**²⁷ mit Schulbetrieb werden gegenwärtig nach vorläufigen Ergebnissen gut 42 100 junge Menschen (darunter 81,1 Prozent Frauen) in gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen ausgebildet. Das sind etwa 570 mehr als im Vorjahr; damit wurde erneut eine steigende Schülerzahl gemeldet.

Ende 2001 waren in NRW insgesamt 343 577 **Auszubildende** registriert. Damit hat sich die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze nach dem historischen Tief von 1996 (mit 306 100 Auszubildenden) zum fünften Mal hintereinander erhöht; gegenüber dem Vorjahr nahm sie um 0,4 Prozent zu, liegt aber immer noch rund ein Drittel unter dem Höchststand von 1985 (mit damals 505 600 Auszubildenden). Mit 40,8 Prozent lag der Frauenanteil der Auszubildenden – wie schon im Vorjahr – über der 40-Prozent-Marke. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden hingegen hat sich im siebten Jahr hintereinander verringert und lag Ende 2001 bei nur noch 7,7 Prozent.

Weniger ausländische Auszubildende



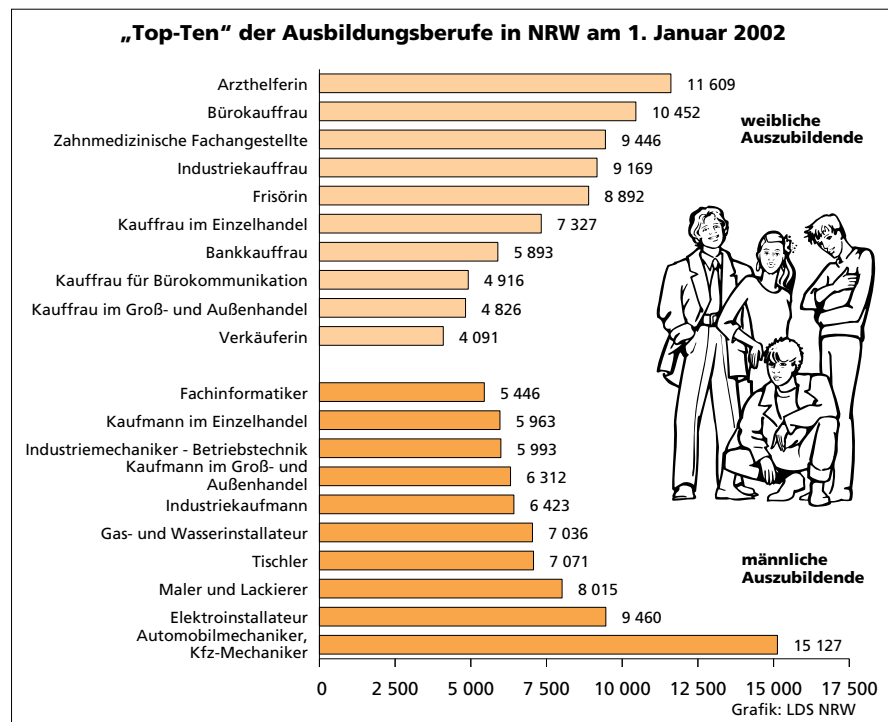
Mit 52,4 Prozent entfiel etwas mehr als die Hälfte der Auszubildenden auf den Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe“, der damit seinen Anteil gegenüber 1995 (46,7 Prozent) kontinuierlich ausgebaut hat. Vom Handwerk wurden fast ein Drittel (31,7 Prozent) der Auszubildenden gemeldet; dies entspricht gegenüber 1995 einem Minus von 4,1 Prozentpunkten. Die übrigen Auszubildenden verteilten sich auf

²⁷ Im Gegensatz zu den Vorjahren werden ab dem Schuljahr 2000/2001 die Schulen des Gesundheitswesens nicht mehr je Schultyp als Einheit angesehen, sondern es werden die organisatorisch unter einer Leitung stehenden Einrichtungen gezählt. Da in solchen „Bündelschulen“ mehrere Schultypen enthalten sein können, verringert sich die Anzahl der Schulen gegenüber dem Vorjahr nur scheinbar.

freie Berufe (10,8 Prozent), öffentlichen Dienst (2,6 Prozent), Landwirtschaft (1,8 Prozent) und sonstige Bereiche (0,7 Prozent).

Ausbildungsbereich	Auszubildende in Nordrhein-Westfalen (jew. am 31. 12.)				
	1997	1998	1999	2000	2001
Industrie, Handel, Banken u. a.	149 439	159 024	170 540	176 285	180 027
Handwerk	109 952	112 050	112 850	112 351	108 885
Landwirtschaft	5 951	6 322	6 447	6 163	6 255
Öffentlicher Dienst	8 173	8 119	8 199	8 829	9 033
Freie Berufe	36 855	35 826	34 828	36 297	37 017
Sonstige	2 144	2 357	2 406	2 295	2 360
Insgesamt	312 514	323 698	335 270	342 220	343 577

Betrachtet man die einzelnen Berufsbereiche, so ist festzustellen, dass zunehmend mehr junge Menschen in Dienstleistungsberufen (52,3 Prozent) als in Fertigungsberufen (43,2 Prozent) ausgebildet werden, nachdem noch Mitte der neunziger Jahre (1995) beide fast gleichauf lagen (Dienstleistungsberufe: 47,5 Prozent, Fertigungsberufe: 47,4 Prozent). Nur 14 Prozent der weiblichen Auszubildenden entschieden sich für eine Ausbildung außerhalb des Dienstleistungsbereiches. Bei den männlichen Auszubildenden dominieren nach wie vor die Fertigungsberufe mit 67 Prozent.



Der Beruf des Industriekaufmanns bzw. der Industriekauffrau ist seit fünf Jahren der in der Summe am häufigsten gewählte Ausbildungsberuf in NRW. Auf Platz eins der insgesamt 140 035 weiblichen Auszubildenden steht nach wie vor der Beruf der Arzthelferin mit 11 609 Auszubildenden. Bei den männlichen

Auszubildenden nimmt der Ausbildungsberuf des Automobil- bzw. Kraftfahrzeugmechanikers mit 15 127 Auszubildenden die Spitzenposition ein.

Unter den „neu geregelten“ IT-Berufen befindet sich der Fachinformatiker mit 5 446 Auszubildenden bereits auf Platz 10 der Hitparade der männlichen Auszubildenden. In diesem Berufsfeld lag der Frauenanteil zwischen 1,9 Prozent (Informationselektronikerin) und 26,4 Prozent (IT-Kauffrau); in den „neuen“ Medien-Berufen stellen die weiblichen Auszubildenden hingegen 55,6 Prozent.

Auszubildende: IT-Berufe weiter im Aufwind

IT-Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich	Auszubildende am 31.12.2001				
		insgesamt	und zwar			
			weiblich		Ausländer	
			Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Fachinformatiker/-in	IH/ÖD/Hw	6 117	671	11,0	199	3,3
Informatikkaufmann/-frau	IH	1 634	304	18,6	41	2,5
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	IH/Hw	1 920	77	4,0	69	3,6
Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-frau	IH/Hw	1 871	494	26,4	90	4,8
Informationselektroniker/-in	Hw	1 050	20	1,9	64	6,1
IT-Berufe zusammen		12 592	1 566	12,4	463	3,7

*) IH = Industrie und Handel; ÖD = Öffentlicher Dienst; Hw = Handwerk

2001 besaßen beim Ausbildungsstart im IT-Bereich 49,6 Prozent die Hoch- bzw. Fachhochschulreife (zum Vergleich: Neuabschlüsse insgesamt 21,6 Prozent) und 23,2 Prozent die Fachoberschulreife (Neuabschlüsse insgesamt 31,0 Prozent).

IT-Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 2001				
		insgesamt	darunter mit			
			Fach-/Hochschulreife		Fachoberschulreife	
			Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Fachinformatiker/-in	IH/ÖD/Hw	2 602	1 551	59,6	434	16,7
Informatikkaufmann/-frau	IH	744	436	58,6	83	11,2
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	IH/Hw	748	208	27,8	340	45,5
Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-frau	IH/Hw	799	428	53,6	122	15,3
Informationselektroniker/-in	Hw	486	44	9,1	269	55,3
IT-Berufe zusammen		5 379	2 667	49,6	1 248	23,2

*) IH = Industrie und Handel; ÖD = Öffentlicher Dienst; Hw = Handwerk

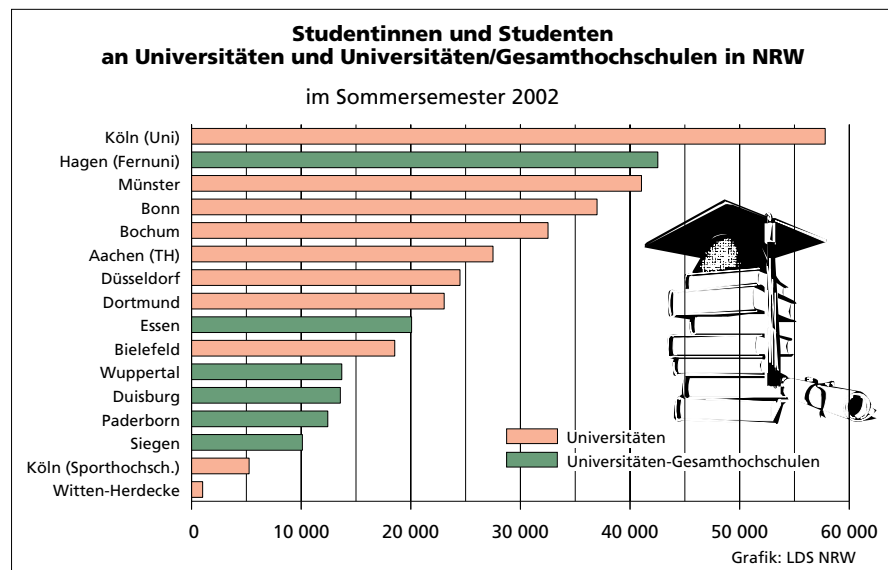
In der Zeit vom 1. Oktober 2001 bis zum 30. September 2002 begannen 115 361 junge Menschen eine Ausbildung. Damit verringerte sich die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** gegenüber dem entsprechendem Vor-

jahreszeitraum um 8,5 Prozent und liegt nun wieder auf dem Niveau von 1995. 62 365 Neuabschlüsse entfielen auf den Ausbildungsbereich Industrie, Handel u.a. (-9,6 Prozent gegenüber 2001), 34 087 Neuabschlüsse wurden im Handwerk registriert (-9,5 Prozent) und im Bereich Landwirtschaft gab es mit 2 184 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen als einzigem Ausbildungsbereich ein Plus von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Erstmals wurde in dieser Erhebung auch nach dem Geschlecht gefragt. Der durchschnittliche Frauenanteil bei den Ausbildungsanfängern lag bei 43,3 Prozent.

Studentenzahl +3,3 Prozent

Im Sommersemester 2002 waren an den **Hochschulen** in Nordrhein-Westfalen 485 757 Studierende eingeschrieben (ohne Zweithörer, Beurlaubte und Besucher des Studienkollegs). Das waren 15 413 oder 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr und 20 138 oder 4,3 Prozent mehr als vor zehn Jahren (Sommersemester 1992: 465 619). Erstmals seit Mitte der 90er Jahre stieg damit die Studierendenzahl im Jahresvergleich wieder an. Mehr als die Hälfte (55,2 Prozent) studierte an Universitäten. Dort hat sich die Zahl der Immatrikulierten binnen Jahresfrist um 2,6 Prozent erhöht.



Größte Hochschule im Land war mit 57 805 Studierenden die Universität Köln. Auf Platz zwei der Rangliste befand sich die Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen (42 535), gefolgt von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (41 043) sowie den Universitäten Bonn (36 991) und Bochum (32 519). Fast ein Drittel (31,7 Prozent) der Studentinnen und Studenten studiert innerhalb der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften waren 26,7 Prozent, im Bereich Mathematik

und Naturwissenschaften 16,4 Prozent und im Bereich Ingenieurwissenschaften 14,4 Prozent eingeschrieben.

Hochschulart	Studierende in NRW im Sommersemester		
	2001	2002	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in Prozent
Universitäten (einschl. TH Aachen und Deutscher Sporthochschule Köln)	261 406	268 187	+2,6
Universitäten-Gesamthochschulen	111 203	112 424	+1,1
Theologische und kirchliche Hochschulen	533	531	-0,4
Kunst- und Musikhochschulen	4 809	4 889	+1,7
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	86 707	93 671	+8,0
Verwaltungsfachhochschulen	5 686	6 055	+6,5
Hochschulen insgesamt	470 344	485 757	+3,3

Die Zahl der Studentinnen lag bei 221 293. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden betrug 45,6 Prozent; vor zehn Jahren waren es noch 38,1 Prozent gewesen.

Die Zahl der ausländischen Studierenden erhöhte sich gegenüber dem Sommersemester 2001 um 9,2 Prozent auf 56 218. In den letzten zehn Jahren hat sich ihre Zahl um 80,7 Prozent erhöht (Sommersemester 1992: 31 112).

Im Jahr 2001 erhielten 118 649 Personen in NRW Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -empfänger nahm um 16,2 Prozent zu, womit erstmals seit zehn Jahren wieder ein Anstieg bei den Geförderten zu verzeichnen war. Insgesamt brachten der Bund und das Land NRW im Jahr 2001 für Studierende, Schülerinnen und Schüler in NRW einen Betrag von 313 Millionen Euro für BAföG-Leistungen auf, das sind 26,2 Prozent mehr als noch im Jahr 2000 (248 Millionen Euro).

Erstmals seit zehn Jahren wieder mehr BAföG-Empfänger

Mehr als die Hälfte der Geförderten (57,0 Prozent) erhielt eine „Vollförderung“, d. h. bei ihnen wurde der errechnete Gesamtbedarf in voller Höhe ausbezahlt. Der BAföG-Förderbetrag betrug bei Studierenden durchschnittlich 369 Euro pro Monat, Schülerinnen und Schüler wurden im Schnitt mit 301 Euro im Monat gefördert. Im Jahr 2000 hatte der Anteil der Vollgeförderten noch bei 35,5 Prozent gelegen; auch die Fördersätze lagen mit 335 Euro bzw. 260 Euro unter dem Ergebnis des Jahres 2001. Die Zuwächse sind Folge des Ausbildungsförderungsreformgesetzes vom April 2001, in dem u.a. die Anhebung der BAföG-Freibeträge und Bedarfssätze sowie die Nichtanrechnung des Kindergeldes festgeschrieben wurden.

Jahr	Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Geförderte in NRW			
	Studentinnen und Studenten		Schülerinnen und Schüler	
	Geförderte	durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag je Empfänger	Geförderte	durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag je Empfänger
1997	79 412	327 €	31 943	274 €
1998	73 695	325 €	31 666	270 €
1999	71 359	316 €	30 931	267 €
2000	71 310	335 €	30 760	260 €
2001	81 967	369 €	36 682	301 €

Im Jahr 2001 wurden 10 921 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt. Das so genannte „**Meister-BAföG**“ erhielten 9 077 Männer (83,1 Prozent) und 1 844 Frauen (16,9 Prozent).

**„Meister-BAföG“: Rund 11 000
Personen pro Jahr gefördert**

Jahr	Nach dem AFBG*) Geförderte und bewilligte Fördermittel in NRW			
	geförderte Personen	bewilligte Fördermittel in Euro		
		insgesamt	davon als	
			Darlehen	Zuschüsse
1996	6 216	33 254 000	29 922 200	3 331 800
1997	10 957	45 316 200	39 441 700	5 874 500
1998	11 900	42 937 700	37 192 400	5 745 300
1999	11 550	42 528 400	36 859 800	5 668 600
2000	10 708	39 523 900	34 280 400	5 243 600
2001	10 921	41 779 100	36 004 400	5 774 700

*) Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“)

Die Förderzusagen für das Jahr 2001 umfassten insgesamt knapp 42 Millionen Euro, die als Darlehenszusagen (36 Millionen Euro) oder als Zuschüsse zum Lebensunterhalt und zur Kinderbetreuung (6 Millionen Euro) gewährt wurden. 56 Prozent der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil und 44 Prozent an einer Teilzeitfortbildung.

